

Albrecht Metzger

Z U M B E I S P I E L

Kurden

»Kurden haben keine Freunde«
Kurdisches Sprichwort



ZUM BEISPIEL

KURDEN

Redaktion:
Albrecht Metzger

süd-Nord

Lamuv Taschenbuch 275

Bitte fordern Sie unser kostenloses Gesamtverzeichnis an:
Lamuv Verlag, Postfach 2605, D-37016 Göttingen
Telefax (0551) 413 92, e-mail lamuv@t-online.de
www.lamuv.de

Gedruckt auf Öko 2001 Papier zur ökologischen Buchherstellung
(80 Prozent Altpapier, 20 Prozent Durchforstungsholz
aus nachhaltiger Forstwirtschaft, ohne Färbung, ohne optische
Aufheller)

99 00 01 02 03 7 6 5 4 3 2 1

1. Auflage 1999

(aktualisierte und erweiterte Ausgabe der Auflage von 1996)

© Copyright Lamuv Verlag GmbH, Göttingen 1996, 1999

Alle Rechte vorbehalten

Umschlaggestaltung: Gerhard Steidl

Gesamtherstellung: Steidl, Göttingen

Printed in Germany

Scanned by Shango; für mein Violinchen

ISBN 3-88977-563-2

Inhalt

Türkei	
»Befriedung« durch Vertreibung	5
Einführung	
Verfolgung und Genozid	10
Interview	
Die einigende Kraft des Exils	32
Geschichte	
Das Abkommen von Sèvres	36
Geschichte	
»Ein guter Kurde ist ein toter Kurde«	39
Irak	
»Anfal«	46
Iran	
»Wehe, man interessiert sich für Politik«	52
Irak	
Die Flucht der Kurden 1991	58
Irak	
Gelb oder Grün - Kurdische Bruderkämpfe	62
Stammesgesellschaft	
Die Barsanis und Talabanis	67
Irak	
Halabaja	71
Syrien	
200 000 Kurden fordern Staatsbürgerschaft	76

Türkei	
Leyla Zana - Eine Kurdin im Parlament	80
PKK	
Zu Besuch bei der PKK	86
PKK	
Interview mit Abdullah Öcalan (1996)	90
PKK	
Die PKK nach Öcalans Festnahme	94
Türkei	
Rache, Rache, Rache	105
Türkei	
Nicht mehr tabu	114
Kulturpolitik	
Öcalans Stimme verstummt	118
Deutschland	
Kurden in Deutschland	122
Kommentar	
Was tun mit der PKK?	129
Deutschland	
Durchs deutsche Kurdistan	133
Adressen	143
Tips zum Weiterlesen	144
Quellenverzeichnis	145
Über den Redakteur	146

»Befriedung« durch Vertreibung

Ibrahim kauert auf dem Boden. Seine Hände zittern, tiefe Furchen haben sich in die Stirn gegraben. Kein Lächeln huscht über das knochige, bleiche Gesicht des Kurden. Die Augen haben ihren Glanz verloren. Ibrahim stammt aus dem Dörfchen Ovalcik in Tunceli (dem kurdischen Dersim), ein alter Mann ohne Zukunft.

»Eines Tages«, so erzählt er, »verließen die Soldaten ihren Posten in der Mitte unseres Dorfes. Sie brüllten uns zu, wir hätten der PKK (der kurdischen Guerillaorganisation) geholfen. Dann setzten sie alle Häuser in Brand. Sie trieben alle Bewohner von Ovalcik auf den Hauptplatz und zwangen uns Männer, die Kleider auszuziehen. Vor den Augen der Frauen schlugen sie auf uns ein.«

Die tiefe Demütigung ist bis heute nicht aus Ibrahim's Seele gewichen. »Sie trennten die Männer von den Frauen, und wir glaubten, nun würden sie auch uns töten. Doch sie nahmen nur einige von uns mit in die Berge. Die Leichen unserer Freunde fanden wir später. Die >Terroristen< (der PKK) hätten sie erschossen, sagten die Soldaten. Das sagen sie in solchen Fällen immer.«

Ibrahim mußte seine Schafe weit unter Wert verkaufen. Dann machte er sich mit seiner zehnköpfigen Familie auf zu Verwandten nach Istanbul.

Seine Geschichte ist die Geschichte

Hunderttausender Kurden, die Atatürks Staat seit Jahren systematisch aus ihrer angestammten südostanatolischen Heimat vertreibt.

Ankara setzt auf diese Weise uralte Traditionen des Osmanischen Reiches fort, das so oft in seiner Geschichte durch Massendeportationen Land unter seine Kontrolle zwang. Die anatolische Erde ist getränkt mit den Tränen dieser Verjagten. Nun ist die moderne Türkei entschlossen, durch Entvölkerung weiter Regionen das Problem der rebellierenden Kurden endgültig zu regeln, »den Guerillas das Wasser abzugraben, in dem sie wie Fische schwimmen«, wie ein Vertreter der Sicherheitskräfte sagt. Stolz verkündet Ernal Ürkan, der für die Kurdenregionen verantwortliche Generalgouverneur: »Wir haben bereits große Gebiete von Südostanatolien befriedet.«

Im Juli 1991 hat das türkische Innenministerium erstmals die Zerstörung von 59 Dörfern und 304 Weilern zugegeben. Im September 1992 rief der damalige Präsident Turgut Özal auf seiner Reise in den Südosten die Zivilbevölkerung auf, die »sensiblen Zonen« - jene Gebiete, in denen die PKK kämpft - zu verlassen. Seit November 1994 verfolgen die Sicherheitskräfte eine Strategie der verbrannten Erde - systematisch.

Weite Teile von Kurdistan sind bereits totes Land. Nach Angaben der türkischen Menschenrechtsorganisation IHD haben die Sicherheitskräfte zwischen 1990 und 1994 insgesamt 2374 Dörfer niedergebrannt. Vielleicht zwei Millionen Menschen, vielleicht auch mehr,

sind geflohen. Aus mehreren Gründen, nicht allein wegen der Zerstörung von Dörfern: Armut und ein wachsendes Gefühl der Unsicherheit spielen ebenso eine Rolle wie die Vernichtung der Viehherden, die radikale Beschränkung der Bewegungsfreiheit oder die Zerstörung von Wäldern, Obstgärten und Feldern unmittelbar vor der Ernte oder die Vergiftung von Brunnen.

Die Städte schwellen zu Monstern an, die jeder Kontrolle entgleiten. Der Gouverneur von Hakkari wandte sich verzweifelt an das Rote Kreuz und erbat Hunderte von Zelte. Denn die rund 55 000 Flüchtlinge aus den umliegenden Dörfern kann die Stadt in den wildromantischen Bergen Kurdistans nicht mehr aufnehmen. Ohnedies hatte sich die Bevölkerung binnen weniger Jahre verdreifacht.

Diyarbakir zählte noch 1990 kaum mehr als 300 000 Menschen. Nun ist die Millionengrenze überschritten. Nur die Ärmsten verschlägt es dorthin. Wer seine Habseligkeiten in ein Auto packen kann, zieht an die Mittelmeerküste. In Adana suchten seit 1990 schätzungsweise 700 000 Kurden Zuflucht. Vielen hausen in Garagen, Baracken, in Ruinen oder in Rohbauten ohne Fensterscheiben und ohne Türen, oft auch ohne Wände. Anderen gestatten die Sicherheitskräfte, in Zelten unterzuschlüpfen, die sie am Rande der Stadt errichtet haben, damit PKK-Guerillas nicht eindringen können.

Ibrahim hingegen hat es nach Istanbul verschlagen. Aber dort findet er nicht einmal für einige Stunden Arbeit. »Ich bin Schäfer, ich kann

mit Tieren umgehen. Mein Platz ist nicht in der Stadt«, murmelt er. Seines Berufes, seines Besitzes und seines Heimes beraubt, ist er ein gebrochener Mann.

Genau das, analysiert ein türkischer Soziologe, ist das Ziel der Politiker in Ankara. Sie wollen das Kurdenproblem lösen, indem sie den Willen der Menschen brechen und die Bevölkerung vermischen. Mehr als die Hälfte der rund zwölf Millionen Kurden ist heute schon in den Westen des Landes gezogen, vielleicht zwei Millionen davon nach Istanbul. Ihr Leben dort soll ihnen allmählich ihre Identität rauben.

Doch diese Strategie wird sich als gefährlicher Bumerang erweisen, meint der türkische Menschenrechtler Hüsni Öndül. Denn die Herrscher in Ankara tragen damit den Konflikt mit den Kurden aus Südostanatolien in die großen Städte des Landes. »Diese Menschen, denen der Staat alles nahm und ihnen dafür nichts geben will, nähren in ihren Herzen einen tiefen Haß auf diesen Staat. Und die Regierung treibt einen tiefen Keil in die Bevölkerung.«

»Wir haben immer friedlich mit den Türken zusammengelebt«, erzählt eine alte Kurdin, »doch nun hat die offizielle Propaganda die Atmosphäre vergiftet. Die Türken in unserer Nachbarschaft sprechen nicht einmal mehr mit uns.« Immer mehr Türken in den Städten weigern sich heute, Kurden eine Wohnung zu vermieten, und immer häufiger werden selbst hochqualifizierten Kurden nur wegen ihrer ethnischen Herkunft Arbeitsplätze verweigert.

So wachsen Verzweiflung, Ängste, die Bereitschaft zur Gewalt und damit der Haß auf beiden Seiten. »Der Staat läßt uns keine andere Wahl, als uns in den Städten zu organisieren«, ruft ein junger Kurde ungeduldig aus. »Wir müssen den Terror mit gleicher Waffe beantworten.«

Birgit Cerha

Verfolgung und Genozid

Flucht und Vertreibung sind seit Jahrzehnten Teil des kurdischen Schicksals. Und das wird vermutlich auch so bleiben. Denn einen unabhängigen kurdischen Staat, der alle Kurden beherbergen würde, wird es wohl nie geben. Dagegen sprechen die Geographie Kurdistans und die politische Realität, wie sie sich in den vergangenen Jahrzehnten im Nahen Osten entwickelt hat.

Der Zug für einen kurdischen Staat ist bereits vor über 70 Jahren abgefahren. Damals, nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches, bestand vielleicht ein Fünkchen Hoffnung, wenigstens für Teile Kurdistans eine Autonomie zu erreichen. So war es im Vertrag von Sèvres vorgesehen, der die Aufteilung des Nahen Ostens nach dem Ersten Weltkrieg regelte (siehe Seite 32). Doch zu einer Autonomie sollte es gar nicht erst kommen. Im Falle Kurdistans hat seit dem Ersten Weltkrieg alles dagegen gesprochen, daß dort jemals ein solcher Staat entstehen würde. Die Kurden wurden zu einem Volk, daß permanent auf der Flucht vor Verfolgung und Genozid ist.

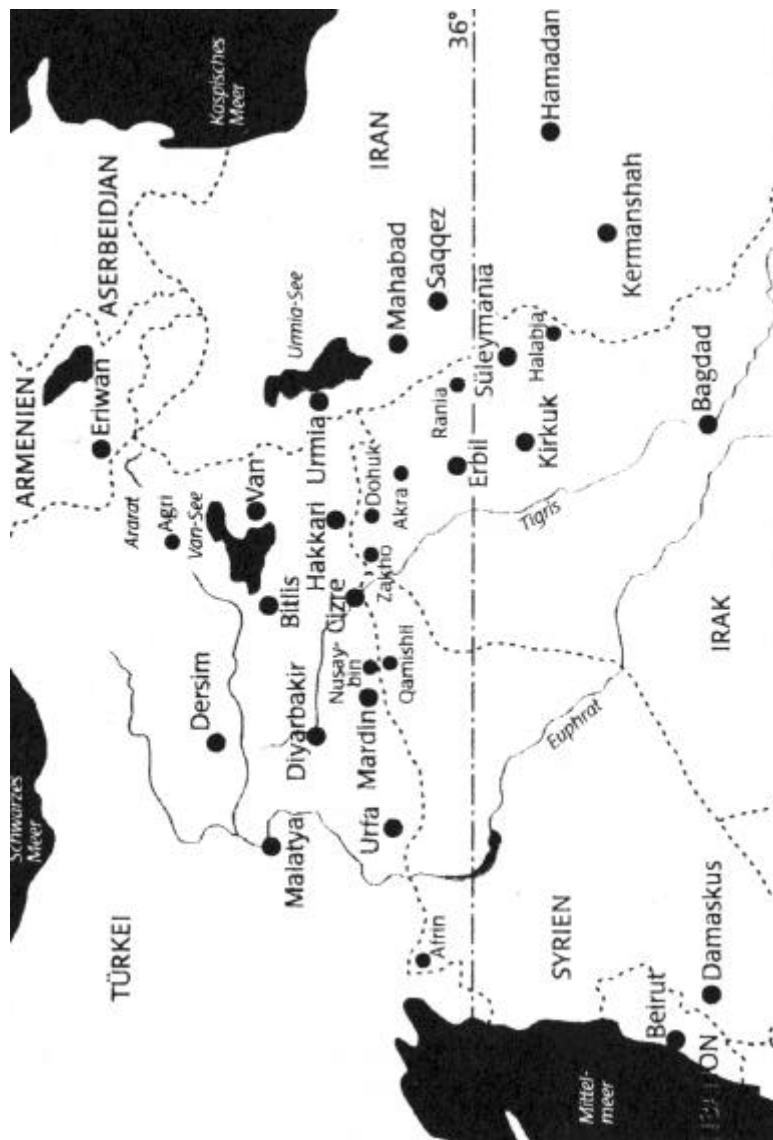
Im Vertrag von Sèvres einigten sich Engländer, Franzosen und Amerikaner 1920 darauf, den Nahen Osten nach ihrem Gutdünken aufzuteilen. Über Nacht entstanden aus den Trümmern des Osmanischen Reiches neue Staaten, die keine historischen Vorbilder hatten. Manche unter ihnen

waren als Nationalstaaten denkbar ungeeignet, da ihre Bevölkerung alles andere als homogen war.

Länder wie Syrien und der Irak hatten nicht nur große religiöse, sondern auch ethnische Minderheiten, als größte Gruppe unter ihnen die Kurden. Und auch die Türkei, die 1919 ganze 100 000 Quadratkilometer umfaßte, verleibte sich im Zuge der »Befreiungskriege« unter Kemal Atatürk die kurdischen Gebiete in Südostanatolien ein, die laut Sèvres Autonomie genießen sollten. Der Iran schließlich als vierter im Bunde mit einer nennenswerten kurdischen Minderheit hatte als Staat bereits einige Jahrhunderte Erfahrung mit den Kurden, doch im Zeitalter des Nationalismus wurden sie auch dort zum Problem.

Aus dieser geographischen und politischen Konstellation wird deutlich, warum es die Kurden seither nie geschafft haben, einen eigenen Staat zu errichten: Ohne Zugang zum Meer sind die kurdischen Befreiungsbewegungen, sei es im Irak oder in der Türkei, immer auf die Unterstützung zumindest eines der Nachbarländer angewiesen. Die bekamen sie auch häufig. Doch genau darin liegt die eigentliche Tragik des Kurdenkonflikts: Denn immer wieder gab das dem Befreiungskampf neuen Auftrieb, gab das Anlaß zu Hoffnung, wo es keine Hoffnung gab, und immer wieder zog das Vertreibung und Massenmord nach sich - immer dann, wenn die jeweilige Schutzmacht ihre Unterstützung zurückzog. Aus Überzeugung hat die Kurden niemand unterstützt.

Weder die Türkei noch der Irak oder Iran haben



Interesse daran, daß die kurdischen Befreiungsbewegungen in den Nachbarländern echte Erfolge erzielen, denn das würde nur die eigenen Kurden beflügeln.

Die vier Nachbarstaaten waren sich also einig, daß es nie einen kurdischen Staat geben durfte. Warum aber hat dann der Irak immer wieder die iranischen Kurden unterstützt und umgekehrt der Iran die irakischen oder Syrien die PKK? Die Antwort ist einfach: Genau wie diese Länder die Kurden fürchten, fürchten sie sich gegenseitig. Manche sind sich gar spinnefeind.

Die Türkei, der Iran und Irak machen sich gegenseitig den Anspruch der wichtigsten Regionalmacht streitig; hinzu kommen teilweise jahrhundertealte Animositäten, die vor allem die Beziehungen zwischen der Türkei und dem Iran auf der einen und dem Irak und Iran auf der anderen Seite belasten.

Neu hinzugekommen ist in jüngerer Zeit der Streit um das Wasser von Euphrat und Tigris, der für die Türkei auf der einen und Syrien/Irak auf der anderen Seite nach Meinung von Experten in Zukunft sogar zum Kriegsgrund werden könnte. In Syrien und dem Irak schließlich herrschen zwei unterschiedliche Flügel der Baath-Partei, die sich gegenseitig vehement die Legitimation absprechen. Zwischen beiden Staaten gibt es noch nicht einmal diplomatische Beziehungen.

Die Kurden waren das ideale Faustpfand: Gehst du nicht auf meine Forderungen ein, so schicke ich deinen Kurden Waffen und unterstütze sie notfalls

mit der eigenen Armee, lautete die Devise. Einigen wir uns aber, ziehe ich meine Unterstützung zurück, und du kannst deine Kurden für ihre Kollaboration so hart bestrafen, wie du willst.

Es mag zynisch klingen: Aber wäre Kurdistan so flach wie Nordfriesland, dann wäre den Kurden einiges Leid erspart geblieben. Zwar wäre dann der kurdische Widerstand längst tot und würde kaum wiederbelebt werden können, aber auch die schaurigen Nebeneffekte, nämlich Deportation und Vertreibung der Zivilbevölkerung, wären höchstwahrscheinlich ausgeblieben. Denn Kurdistan eignet sich nicht zuletzt aufgrund seiner Geographie ideal für einen Guerillakrieg.

Weite Teile bestehen aus Hochgebirge, das für eine Armee nur schwer zu durchdringen ist. Deswegen griffen die Regierungen bisweilen zu brachialen Methoden, um der Aufstände Herr zu werden. Einzig in Syrien hat sich der kurdische Befreiungskampf nicht entfalten können, denn die Gezira, das Siedlungsgebiet der Kurden, ist flach - wenn auch nicht ganz so flach wie Nordfriesland.

Bereits in den zwanziger und dreißiger Jahren gab es in ganz Kurdistan Aufstände und Revolten, und 1946 entstand im iranischen Mahabad eine autonome kurdische Republik von Moskaus Gnaden, die noch heute die Phantasie kurdischer Nationalisten anregt. Nach nur neun Monaten war jedoch Schluß mit dem Experiment. Die Sowjetunion zog ihre Unterstützung zurück, nachdem sie sich mit Teheran über die Nutzung der iranischen Ölfelder geeinigt hatte.

So weit ließen es die Türken und Iraker gar nicht erst kommen. Welche Methoden man anwenden mußte, um den kurdischen Separatisten beizukommen, machten erst die Türken vor, später kopierten sie die Iraker. In Europa ist vor allem der Giftgasangriff auf Halabja im März 1988 noch im Bewußtsein, bei dem Saddam Husseins Armee bis zu 5 000 Menschen auf einen Schlag umbrachte. Seither gilt der Irak als das Land, das am grausamsten mit seiner kurdischen Bevölkerung umgesprungen ist. Doch was das irakische Regime Ende der achtziger Jahre anstrebte - des Kurdenproblems durch Genozid endgültig Herr zu werden -, hatten die Türken bereits in den dreißiger Jahren versucht.

Die Staatsräson Kemal Atatürks besagte, daß die Türkei ein einheitlicher Nationalstaat sei, in dem es nur Türken gebe. Nie sollte der Staat das Schicksal des Osmanischen Reiches teilen, das im Laufe des 19. Jahrhunderts an seiner Völkervielfalt zerbrochen war. Ethnische Minderheiten wie die Kurden hatten hier nur Platz, wenn sie ihre Andersartigkeit verneinten. Sie wurden kurzerhand zu »Bergtürken« erklärt, die Eigenart der kurdischen Dialekte, die mit dem Türkischen auch nicht im entferntesten verwandt sind, wurde schlichtweg ignoriert.

Die Kurden wehrten sich von Anfang an gegen den Versuch, sie zu türkifizieren, und veranstalteten zwischen 1925 und 1938 mehrere Aufstände. Besonders hartnäckig war der Widerstand in der Region Dersim, einige hundert Kilometer nördlich

von Diyarbakir, der heimlichen Hauptstadt Kurdistans. So viel Widerspenstigkeit reizte die türkischen Militärs bis aufs Blut. »Wer sich gegen unseren Staat, unsere junge Republik stellt, wird erbarmungslos vernichtet. Wo immer ihr sie antrefft, zu Hause, auf dem Feld, in den Bergen und Tälern, ist das einzige, was ihr denken dürft: Vernichtet unsere Feinde! Ein guter Kurde ist ein toter Kurde.«

Wo leben die Kurden?

Türkei

Bevölkerung: 56 Millionen

Davon Kurden: etwa 12 Millionen

Größe: 779 542 Quadratkilometer

Davon kurdische Gebiete:

rund 230 000 Quadratkilometer

Iran

Bevölkerung: 58 Millionen

Davon Kurden: 5,5 bis 7,5 Millionen

Größe: 1648000 Quadratkilometer

Davon kurdische Gebiete: rund ein Zehntel

Irak

Bevölkerung: 16 Millionen

Davon Kurden: etwa 4,5 Millionen

Größe: 438 446 Quadratkilometer

Davon kurdische Gebiete: rund ein Sechstel

Syrien

Bevölkerung: 13 Millionen

Davon Kurden: etwa 1 Million

Größe: 185 180 Quadratkilometer

Davon kurdische Gebiete: rund 3 Prozent

Halabja

Es ist der 16. März 1988. Der acht Jahre währende Krieg zwischen dem Irak und Iran befindet sich in seiner letzten Phase. Irakische Kampfflugzeuge steigen von ihren Basen auf und fliegen in Richtung Norden, auf die kurdischen Berge zu. Nach wenigen Minuten haben sie ihr vorgegebenes Ziel erreicht. Über der Ortschaft Halabja und zwei anderen Dörfern in der kargen, bergigen Umgebung klinken die Piloten ihre tödliche Last aus. Sie werfen Senfgas-Bomben, die von der Weltgemeinschaft geächteten chemischen Waffen. 8 000 Menschen finden einen grausigen Tod, 5 000 alleine in Halabja; die meisten Opfer sind Kinder, Frauen, Kinder und alte Männer. Das irakische Militär, geführt vom obersten Kriegsherren Saddam Hussein in Bagdad, hat sich an den - wie es heißt - »verräterischen« Kurden gerächt.

Das Massaker von Halabja ist für die Kurden des Iraks, ja für alle Kurden, bis heute ein traumatisches Erlebnis geblieben. Es erscheint in den Klageliedern ihrer Dichter; es festigt die Entschlossenheit, dem irakischen Despoten, den sie hassen, Widerstand zu leisten - bis zum Letzten, wenn es nötig ist, bis zum Einsatz des Lebens: *Peschmerga* - »die den Tod nicht fürchten«- ist der Name für die kämpfenden Kurden im Irak geworden.

Wolfgang Günter Lerch

Diese Worte sind Fiktion, sie stammen aus dem Roman »Der Agha von Dersim« von Haydar Isik, der sie einem türkischen Offizier in den Mund legt. Doch sie spiegeln die Realität wider. Im Aufstand von Dersim soll die türkische Armee 50 000 bis 70000 Menschen umgebracht haben, darunter viele Zivilisten. Einige Höhlen in der Region, in denen sich Frauen und Kinder geflüchtet hatten, wurden mit Giftgas ausgeräuchert. Mehr als 100 000 Kurden wurden deportiert. »Veränderung der Bevölkerungsstruktur« hieß das im offiziellen Jargon, niedergelegt im sogenannten Deportationsgesetz von 1930. Mit der Zerstörung der Infrastruktur Kurdistans sollte der kurdische Widerstand gebrochen werden.

Nach Dersim herrschte für die nächsten fünf Jahrzehnte erst einmal Ruhe in Türkisch-Kurdistan - Grabesruhe. Es war Abdullah Öcalan, der 1984 mit seiner Kurdischen Arbeiterpartei PKK den kurdischen Widerstand erneut ins Leben rief.

Die Entwicklung im Irak nahm einen gegenteiligen Verlauf. Hier steigerte sich die Kurdenhatz im Laufe der Jahre und erreichte 1988 ihren traurigen Höhepunkt.

Dennoch waren die irakischen Machthaber -selbst die radikalsten arabischen Nationalisten unter ihnen wie Saddam Hussein - im Umgang mit dem Kurdenproblem stets realistischer als die Türken. Es kam ihnen nie in den Sinn, den Kurden ihre Eigenart abzusprechen. Niemand kam etwa auf die Idee, sie als »Bergaraber« zu bezeichnen, und Kurdisch war im Irak nie verboten; es gab im

Gegenteil sogar kurdischen Schulunterricht und kurdische Universitäten. Auf den Straßen Dohuks und Sulaimanias sprechen die Menschen wie selbstverständlich ihre kurdischen Dialekte, während in Diyarbakir auch nach dem Ende des Kurdischverbots 1991 Türkisch weiterhin die dominierende Sprache geblieben ist. Siebzig Jahre Türkifizierung haben ihre Spuren hinterlassen.

An eine Autonomie, wie sie sich die Kurden wünschten, war jedoch auch im Irak nicht zu denken. Anders als Türkisch-Kurdistan, das bitterarm ist und keine nennenswerten Ressourcen aufzuweisen hat, war Irakisch-Kurdistan für die Regierung in Bagdad aufgrund seiner Erdölvorkommen von wirtschaftlicher Bedeutung, so daß sie wenig geneigt war, die Kurden sich selbst zu überlassen. Zwar gab es regelmäßig Verhandlungen über eine Autonomie Kurdistans, sie scheiterten aber letztendlich immer an der Forderung der Kurden, die Erdölgebiete um Kirkuk und Khanaqin zu kontrollieren.

Nachdem die Kurden im Irak 1961 erneut zu revoltieren begannen, erhielten sie seit den siebziger Jahren immer wieder aktive Unterstützung aus dem Iran. Grenzstreitigkeiten mit dem Nachbarn und später der Golf krieg waren Anlaß für Teheran, die *Peschmerga*, wie sich die kurdischen Freiheitskämpfer im Irak nannten, militärisch aufzurüsten - immer nur so lange aber, wie es Teheran politisch ins Konzept paßte.

Für die Kurden hatte das fatale Folgen. Zweimal, 1975 und nach dem Ende des Krieges zwischen Iran

und Irak 1988, standen die *Peschmerga* plötzlich ohne militärische Rückendeckung da, weil Teheran und Bagdad das Kriegsbeil begraben hatten und die iranischen Truppen sich daraufhin aus dem Nordirak verabschiedeten. Büßen mußte dann vor allem die Zivilbevölkerung. Wenn die *Peschmerga* in den Bergen militärisch nicht zu besiegen waren, dann müsse eben ihr Hinterland zerstört werden, so die Überlegung in Bagdad. Zwischen 1976 und 1988 entvölkerte die irakische Armee ganze Landstriche entlang der iranischen und türkischen Grenze; Hunderttausende Kurden wurden in Kollektivdörfern zusammengepfercht.

Der kurdische Widerstand indes gewann während des Krieges zwischen Irak und Iran erneuten Auftrieb. Wieder verbündeten sich die Kurden mit dem Iran, und diesmal mußten sie so teuer dafür bezahlen wie nie zuvor. Als 1988 das Kriegsende nahte, entschied sich die irakische Regierung, den Kurdenkonflikt nun endgültig zu »lösen«: Gezielt setzte die Armee Giftgas gegen Zivilisten ein, und in einer beispiellosen Aktion, genannt »Anfal«, wurden mindestens 100000 kurdische Zivilisten in den Süden des Landes deportiert und dort erschossen; ihre Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht.

»Es hat der irakischen Armee nicht gereicht, zu zerstören und dann einfach alles liegenzulassen«, wie der irakische Oppositionelle Samir al-Khalil 1992 in einem Interview erklärte. »Sie hat vielmehr eine große Anstrengung unternommen, alles vollständig zu vernichten. Und nicht nur ein paar

Dörfer. Sie haben die gesamte bäuerliche Zivilisation von Irakisch-Kurdistan zerstört.«

Wieder war der bewaffnete Widerstand der *Peschmerga* gebrochen, die kurdischen Führer im Exil. Aber ausgerechnet Saddam Hussein sollte ihn zu neuem Letzen erwecken. Der Golfkrieg im Frühjahr 1991, ausgelöst durch den irakischen Einmarsch nach Kuwait, brachte das Land an den Rand des Zusammenbruchs. Im kurdischen Norden und schiitischen Süden brachen Aufstände los; zeitweilig befand sich das gesamte kurdische Gebiet in den Händen der Rebellen. Als die irakische Armee zum Gegenschlag ausholte, flüchteten die Kurden - aus Angst vor neuen Gasangriffen - panikartig in die Nachbarländer Türkei und Iran.

Auf dem Tiefpunkt ihrer Freiheitshoffnungen angelangt, gab es für die Kurden einen unerwarteten Silberstreif am Horizont. Flucht war für sie keine neue Erfahrung; neu war jedoch, daß sie dabei von Fernsehkameras internationaler Sender begleitet wurden. Mütter mit ihren Kindern auf dem Rücken, die halb im Matsch versanken, alte Menschen, die saft- und kraftlos am Wegesrand zusammenbrachen - all das waren Bilder, die die Weltöffentlichkeit auf das elende Schicksal der Kurden aufmerksam machten.

Die Regierungen in Washington und London gerieten unter öffentlichen Druck: Gerade hatten die alliierten Streitkräfte mit Pauken und Trompeten Kuwait aus den Fängen Saddam Husseins befreit, und die Kurden sollten weiter unter seiner Knute stehen? Ohne die Konsequenzen vorauszusehen,

errichteten die UN im Nordirak eine sogenannte »Schutzzone«, die die Kurden zur Rückkehr aus den Bergen bewegen sollte.

In Kurdistan begann ein kurzer Frühling der Hoffnung. Aus der Schutzzone entstand ein autonomes Gebiet, auf das Saddam Hussein bis heute keinen Zugriff hat. Die Kurden versuchten, mit Hilfe internationaler Organisationen ihr Land wieder aufzubauen. Im April 1992 wurden Parlamentswahlen abgehalten, um dem staatsähnlichen Gebilde internationale Legitimation zu verleihen. Die ersten »freien Wahlen« überhaupt in Kurdistan, wie es hieß, wurden von den Beteiligten mit Freudentänzen gefeiert, und auch wenn es kaum jemand auszusprechen wagte: Insgeheim hofften die irakischen Kurden, daß sie über kurz oder lang einen unabhängigen Staat erhalten würden. Am Grenzübergang zur Türkei empfing ein Schild mit der Aufschrift »Willkommen im befreiten Kurdistan« die Besucher, schon nach wenigen Monaten teilten die kurdischen Grenzer eigene Visa aus.

Auch in der Türkei hinterließ der Golfkrieg seine Spuren. Die zigtausend irakischen Kurden, die sich im April 1991 über die Grenze geflüchtet hatten, lösten in den türkischen Medien Mitleidsund sogar Sympathiegefühle aus. Andererseits konnten die Türken kaum mehr verschweigen, daß auch sie ein Kurdenproblem hatten. Oder wie sollte man die Reaktion der türkischen Armee erklären, die aus Angst vor Verbrüderungsversuchen mit der eigenen

Bevölkerung die irakischen Kurden mit vorgehaltener Waffe in Schach hielt?

Einige Politiker, allen voran der damalige Präsident Turgut Özal, begannen umzudenken und sprachen zum ersten Mal offen von einem »Kurdenproblem«. Im Frühjahr 1991 wurde das kurdische Sprachverbot aufgehoben, kurze Zeit später konnten die ersten kurdischen Publikationen gedruckt werden, und im Mai 1992 kam »Özgür Gündem« auf den Markt: eine türkische Zeitung, die schonungslos über den Krieg in der Südosttürkei berichtete.

Sogar das kurdische Neujahrsfest *Newroz* durfte auf den Straßen gefeiert werden. Bei den Parlamentswahlen im Herbst 1991 zogen auf der Liste der Sozialdemokratischen Partei SHP erstmals kurdische Politiker ins Parlament ein, die sich offen zu ihrer Herkunft bekannten. Und der neue Ministerpräsident Süleyman Demirel sprach davon, den Konflikt mit den Kurden friedlich lösen zu wollen.

Doch wer jetzt glaubte, Kurdistan befinde sich auf dem Weg in eine rosige Zukunft, der hatte die Dynamik des Konflikts unterschätzt. Heute kämpft im türkischen und irakischen Kurdengebiet wieder jeder gegen jeden: die Türken gegen die PKK, die irakische Armee gegen kurdische Zivilisten, die *Peschmerga* gegen die PKK, die irakischen Kurden unter sich und schließlich der Iran gegen seine eigenen Kurden. Und die internationale Schutztruppe, die weiter mit Kampfflugzeugen die

Schutzzone im Nordirak überwacht, schaut dem Treiben tatenlos zu.

Wieder einmal zeigt sich, das weder die Länder in der Region noch die westlichen Großmächte gewillt sind, am Status quo im Nahen Osten wirklich zu rütteln; die Kurden hingegen haben einmal mehr die Erfahrung machen müssen, daß sie permanent gegeneinander ausgespielt werden. Und sie haben den traurigen Beweis erbracht, daß sie sich - nicht zuletzt wegen ihrer Gesellschaftsstruktur - besonders dazu eignen, gegeneinander ausgespielt zu werden.

Der Türkei war die Schutzzone im Nordirak schnell ein Dorn im Auge. Die PKK hatte dort Rückzugsbasen eingerichtet, die sie zu Vorstößen auf türkisches Gebiet benutzte. Die türkische Armee reagierte anfangs mit punktuellen Luftangriffen; im Oktober 1992 folgte eine regelrechte Invasion in den Nordirak, die sich 1995 noch einmal wiederholte. Die NATO-Partner, allen voran die USA, drückten ob dieser Verletzung internationaler Rechtsnormen ein Auge zu: Zu wichtig war die Türkei, als daß man sie an den Pranger hätte stellen wollen. Was die PKK veranstaltete, galt als Terrorismus, obwohl es sich nicht groß von dem unterschied, was die irakischen *Peschmerga* in früheren Jahren gegen das Regime von Saddam Hussein unternommen hatten. Die *Peschmerga* aber galten im Westen als Freiheitskämpfer gegen Unterdrückung und Barbarei, die Schutz verdienten.

Ausgerechnet diese *Peschmerga* unterstützten die Türken in ihrem Versuch, die PKK aus dem Nordirak zu vertreiben. Dahinter stand die alte Logik, der sich bislang alle kurdischen Befreiungsbewegungen gebeugt haben: Willst du gegen die Armee deines eigenen Landes bestehen, dann brauchst du die Hilfe zumindest eines deiner Nachbarn. Für die irakischen Kurden stellte die Türkei die wichtigste Nachschublinie dar, also mußte man dem türkischen Wunsch entsprechen, gegen das eigene Brudervolk vorzugehen.

Doch es sollte noch schlimmer kommen. Außerhalb der Städte ist die kurdische Gesellschaft, besonders im Irak, noch weitgehend tribal organisiert, so daß Konflikte sich über Jahrzehnte hinweg fortsetzen können. Solche Rivalitäten kennzeichnen auch das Verhältnis zwischen den beiden Führern der größten kurdisch-irakischen Parteien, Massud Barsani von der Kurdischen Demokratischen Partei (KDP) und Dschalal Talabani von der Patriotischen Union Kurdistans (PUK). Barsani und Talabani stammen aus rivalisierenden Familien, die sich bereits seit einigen Jahrzehnten die Führerschaft in Irakisch-Kurdistan streitig machen.

Bisweilen war ihnen jedes Mittel recht, um den Gegner zu schwächen. Talabani scheute Anfang der achtziger Jahre nicht einmal davor zurück, mit Saddam Hussein gemeinsame Sache gegen Barsani zu machen. Erfolgte damit einem Machtspiel, das in Kurdistan seit Jahrhunderten funktioniert hat und das der holländische Ethnologe Martin van

Bruinessen in seinem Klassiker »Agha, Scheich und Staat« wie folgt beschreibt: »Ein kleiner Stammesführer hat wenig zu verlieren und viel zu gewinnen, wenn er zum Vasallen eines mächtigen Staates wird. Vielleicht muß er einen Teil seiner Unabhängigkeit aufgeben, dafür wird er aber durch einen Zuwachs an Macht oft reichlich entschädigt.« Dieser Machtpoker bedeutete häufig eine Spaltung der kurdisch-irakischen Nationalbewegung, die man freilich nach dem Ende des Golfkrieges gehofft hatte, überwinden zu können.

Nachdem die irakischen *Peschmerga* gemeinsam den Nordirak befreit hatten, einigte man sich freilich darauf, alte Rechnungen zu vergessen. Trotz der anfänglichen Euphorie blieb jedoch das Mißtrauen auf beiden Seiten bestehen, und unter den schwierigen politischen und ökonomischen Bedingungen war es nur eine Frage der Zeit, wann es wieder ausbrechen würde. Ein Streit um Land war schließlich im Frühjahr 1994 der Auslöser für einen Bruderkrieg, dem bislang 2 500 Menschen zum Opfer gefallen sind und der das autonome Gebiet in zwei Hälften geteilt hat. Inzwischen herrschen »Bürgerkrieg, Anarchie und Willkür«, wie ein deutscher Journalist lakonisch feststellte. Von Freiheit keine Spur mehr. Im Februar 1995 machte amnesty international darauf aufmerksam, daß im Nordirak seit 1992 Hunderte Gefangene »willkürlich verhaftet, gefoltert und häufig auch ermordet wurden«.

Daß es so schlimm kommen würde wie im September 1996, hatte sich jedoch kaum jemand

vorstellen können: Massud Barsani bat Saddam Hussein schriftlich um militärische Unterstützung, um Talabani PUK aus Erbil zu verjagen! Gewiß hatte Talabani auch schon vorher mit dem irakischen Diktator paktiert, aber das war vor Halabja und vor der unsäglichen »Anfal-Kampagne« gewesen - Ereignisse, die die irakischen Kurden auf lange Zeit hätten zusammenschweißen müssen.

Doch auch Barsani folgte nur einmal mehr dem altbekannten Machtpoker in Irakisch-Kurdistan, denn »die Rivalen oder Feinde eines bestimmten Stammesführers, der zum Vasall eines Staates geworden ist, können nichts besseres tun, als sich der Unterstützung des anderen Staates zu vergewissern«, wie Martin van Bruinessen weiter schreibt. »Gewöhnlich suchten sich Staaten, die in Kurdistan Einfluß gewinnen wollten, ihre Vasallen unter den Rivalen der Vasallen anderer Staaten.«

Seit das autonome kurdische Gebiet in zwei Hälften aufgeteilt war, blieb Talabani praktisch nichts anderes übrig, als sich mit dem Iran zu verbünden; denn »sein« Gebiet liegt im Süden, ohne Zugang zur türkischen Grenze, über die die KDP ihre Geschäfte mit der Außenwelt abwickelt. Als sogar eine militärische Zusammenarbeit zwischen iranischer Armee und der PUK ruchbar wurde, sah Barsani offensichtlich die Zeit gekommen, den größten Feind Irans zu Hilfe zu rufen - Saddam Hussein. So kämpfen nun zwei kurdische Führer gegeneinander, unterstützt von

zwei Staaten, die ansonsten nichts übrig haben für kurdische Freiheitsbestrebungen.

In der Türkei ist der Frühling der Hoffnung gleichfalls verflogen. Seit dem Tod Özals im April 1993 geben wieder die Militärs den öffentlichen Ton an. Im Juli des gleichen Jahres beschloß die politische und militärische Führung des Landes, auf die Ausrottung der kurdischen Bewegung zu setzen. Das bedeutete die Rückkehr zur Politik der dreißiger Jahre: Zerstörung der Dörfer, Vertreibung der Bevölkerung und Verbrennung von Ernten und Wäldern.

Hunderttausende Kurden flüchteten nach Diyarbakir, Adana und Van im Osten der Türkei, doch die meisten landeten in den Slumvierteln von Istanbul. Pessimisten erwarteten die Ausweitung des Konfliktes auf die Metropolen, die PKK werde sich in eine Stadtguerilla verwandeln. Abgesehen von einigen Terroranschlägen in Istanbul und den Touristenorten an der Südküste ist dieses Alptraumszenario jedoch bislang nicht Wirklichkeit geworden.

Im Herbst 1998 konnte die türkische Armee die Früchte des Terrors ernten. Zu diesem Zeitpunkt war die PKK derart geschwächt, daß sie nur noch sporadische Angriffe unternahm. Ihre zivile Infrastruktur war zerstört; sie hatte kaum mehr Rückzugsmöglichkeiten. Zudem war das internationale Klima günstig, um endlich Zugriff auf Abdullah Öcalan zu bekommen.

Syrien, das Öcalan seit über einem Jahrzehnt beherbergte, war an einer Verbesserung der

Beziehungen zu den USA interessiert und willigte - nachdem die Türkei zusätzlich Druck ausgeübt hatte - ein, den PKK-Chef des Landes zu verweisen. Nach einer Odyssee quer durch Europa und Afrika landete Öcalan schließlich in Kenia, wo er im November 1998 von türkischen Sondereinheiten entführt und in die Türkei verschleppt wurde.

Damit war das Rückgrat der PKK gebrochen. Zwar warnten die Guerilla anfangs, sie würden den Krieg gegen die Türkei unerbittlich fortführen. Als aber Öcalan im August 1999 das endgültige Ende des bewaffneten Kampfes und den Rückzug der PKK hinter die Grenzen der Türkei befahl, willigte die neue Führung ein.

Öcalans Friedenskurs brachte ihm allerdings in der Türkei keine Sympathien ein. Wegen Hochverrats wurde er im Juni 1999 zum Tode verurteilt, und die politische Führung des Landes betonte, sie werde die PKK unter keinen Umständen als Verhandlungspartner akzeptieren.

Dennoch keimte während des Prozesses ein Hoffnungsschimmer auf, daß die Türkei in Zukunft ihre Kurdenpolitik ändern könnte. Am Anfang des Verfahrens beschimpften die türkischen Medien Öcalan als Kindermörder und Bestie. Der fanatische Ton wich jedoch bald der Einsicht, daß Kurden und Türken nur dann friedlich zusammenleben können, wenn die sozialen und wirtschaftlichen Probleme angegangen werden, die an der Wurzel des Konfliktes liegen. Ehemals ranghohe Diplomaten forderten, die kurdische Identität nicht mehr zu tabuisieren, und der frühere Außenminister İler

Türkmen schrieb in einem Zeitungskommentar zur Kurdenfrage, daß »kein Problem durch Verbote und Gewalt gelöst werden« könne.

Albrecht Metzger

Die einigende Kraft des Exils

Zur Kurdenfrage im Zeitalter der Medien und der Globalisierung ein Gespräch mit dem niederländischen Kurdologen Martin van Bruinessen. Er gilt als einer der Pioniere der Kurdistanforschung und lehrt derzeit Kurdologie und Turkologie an der Universität Utrecht.

Wie kommt man eigentlich zur Kurdologie?

Ich fand damals, Anfang der siebziger Jahre, die kurdische Frage interessant, weil die kurdische Bewegung nicht unseren damaligen Vorstellungen von fortschrittlichen Befreiungsbewegungen entsprach. Ich wollte mehr verstehen über die Rolle des Imperialismus in diesem Gebiet und warum ein Nationalführer sagt, er wolle sein Land nicht unabhängig, sondern zum 52. Staat der USA machen.

Wer war das?

Mustafa Barzani. Damals solidarisierten wir uns mit fortschrittlichen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt, und darunter gab es im Nahen Osten manch tribalistische, wie in Oman oder in Eritrea. Es gab nahöstliche tribalistische Befreiungsbewegungen, die galten als »links«. Und die Kurden galten immer als »rechts«.

Warum war das so?

Weil die Regierung des Irak als linke Regierung galt, die sich alliiert hatte mit der Sowjetunion. Aber es hatte auch mit der Herrschaftsstruktur der kurdischen

Gesellschaft zu tun und damit, daß tribalistische Verhältnisse immer noch nicht überwunden waren.

Nun gibt es ja mehr als eine kurdische Nationalbewegung mit unterschiedlichen Zielen.

Alle Kurden sagen - wenn sie nationalistisch orientiert sind -, daß sie einen einheitlichen kurdischen Staat wollen. Die meisten politischen Bewegungen aber sind pragmatisch. Im Irak und im Iran haben sie nie etwas anderes gewollt als Autonomie für Kurdistan und Demokratie für den Irak oder den Iran. Das bedeutet auch, daß sie in der jeweiligen Landespolitik eine wichtige Rolle spielen wollen. Die PKK hat von Anfang an über eine Befreiung ganz Kurdistans geredet. Sie hat Sympathisanten und vielleicht sogar Mitglieder in anderen Teilen Kurdistans. Aber ihr wichtigstes Ziel ist, Verhandlungen mit der Türkei zu erreichen.

Macht es denn heute noch Sinn, von Kurdistan als Einheit zu sprechen?

Hat man das je tun können? Wir sprechen über »die Kurden« und verbinden damit die Annahme, daß sie ein Volk sind, eine Nation, eine ethnische Gruppe. Das behaupten natürlich auch alle kurdischen Nationalisten. In mancher Hinsicht gehören die Kurden zur Zeit aber drei oder vier Nationen oder ethnischen Gruppen an, denn die verschiedenen Teile Kurdistans sind wenig miteinander verbunden. Es ist fast unmöglich, kulturelle Elemente zu finden, die alle Kurden gemeinsam haben und sie nicht mit anderen teilen.

Was ist mit der Sprache?

Ist es eine Sprache? Oder sind es zwei, drei, vier verschiedene Sprachen? Welche linguistischen Merkmale haben die kurdischen Dialekte gemeinsam, die sie gleichzeitig von anderen iranischen Dialekten trennen? Kaum welche. Vielleicht das Wort »gehen« - das ist eines der wenigen Verben, das man in anderen kurdischen Dialekten findet und in anderen iranischen Sprachen nicht.

Kommen wir zur Politik. Woran scheitert eine Lösung des Kurdenkonfliktes in der Türkei?

Da gibt es mehrere Hindernisse. Erstens könnte man sich fragen, ob die türkische Armee den Konflikt wirklich beenden will. Er ist für die Armee sehr gut gewesen: Sie hat einen sehr hohen Etat, einen sehr hohen Status, und die türkische Politik ist völlig unter ihrer Kontrolle. Deshalb braucht die Armee die PKK wahrscheinlich immer noch.

Welche Rolle spielt der Drogenhandel im Krieg?

Ich denke, daß beide Parteien stark durch den Drogenhandel finanziert werden. Ob die PKK ihre eigenen Schmuggellinien hat, weiß ich nicht. Wir wissen aber, daß einige der kurdischen Drogenfamilien die PKK unterstützt haben.

Und der türkische Staat?

Organe des türkischen Staates spielen sicher eine wichtige Rolle. Wir wissen, daß der Geheimdienst und die Gendarmerie einen großen Teil des Transports innerhalb der Türkei übernommen haben und auf sehr hoher Ebene die Polizei und vielleicht auch Funktionäre des Militärs in den Drogenhandel verwickelt sind. 1997 wurde die sogenannte »Bande von Yüksekova« aufgerollt; da waren Dorfschützer,

Polizisten, Militärs und PKK-Nahe alle in einem Netz. Die Bande schmuggelte Heroin über die türkisch-iranische Grenze.

Das Abkommen von Sèvres

Zum wichtigsten Ereignis in der neueren kurdischen Geschichte wurden die Vereinbarungen von Sèvres 1920 und Lausanne drei Jahre später. Auf diese Abkommen beziehen sich alle kurdischen Nationalisten. Nur wer den »Verrat von Sèvres und Lausanne« kennt, vermag zu begreifen, was heute im kurdischen Volk vor sich geht, warum es vom Westen enttäuscht ist und warum die Kurden davon sprechen, daß sie keine Freunde haben.

Zwar betrafen Sèvres und Lausanne vor allem die Aspirationen der anatolischen Kurden, aber die Ereignisse strahlten auf alle anderen im Süden des kurdischen Siedlungsgebietes lebenden Stämme aus, zumal die gesamte Region des Nahen Ostens nach dem Ersten Weltkrieg im Sinne der Sieger neu geordnet wurde.

In Sèvres sollte das Türkische Reich, das an der Seite des kaiserlichen Deutschland den Krieg verloren hatte, aufgeteilt werden. Neben den westlichen Mächten erhielten auch Armenier und Kurden Gebiete im Osten Anatoliens zugesprochen, in denen sie ihr Recht auf Selbstbestimmung hätten verwirklichen können. Doch diese kolonialistischen Rechnungen wurden ohne den Wirt gemacht. Der hieß Mustafa Kemal Pascha und führte eine türkische Rebellen-Armee und -Regierung, die sich vom Innern Anatoliens aus gegen die westlichen Mächte und ihrer Teilungsabsichten zur Wehr setzte.

»Atatürk« - so später sein ehrender Beiname - schaffte es, die Vereinbarungen von Sèvres vollständig zu revidieren: Er vertrieb die griechischen Besatzungstruppen vom anatolischen Boden, setzte den ohnmächtigen Sultan in Istanbul unter Druck und erreichte, daß von den Teilungsplänen nichts mehr übrigblieb. Die kurdischen Träume von Autonomie, wenn nicht Selbständigkeit waren zerstoßen. Dieses neue Arrangement, besiegelt 1923 in Lausanne, war ein Triumph der Türken; es wurde zur Katastrophe für die Kurden.

Im Gebiet von Mossul und Kirkuk sorgte gleichzeitig Großbritannien dafür, daß die kurdischen Unabhängigkeitsbestrebungen ins Leere liefen. Die drei Paschaliks zwischen dem Schatt al-Arab im Süden und Kurdistan im Norden wandelten die Engländer 1921 in den »Staat« Irak um, den es bis dahin nicht gegeben hatte. Zunächst blieb der Irak freilich ein Protektorat von Englands Gnaden.

Ursprünglich war das irakische Kurdengebiet den Franzosen überlassen worden; doch als in jener Region Öl gefunden wurde, war Londons Appetit geweckt. England behielt diesen Teil des nahöstlichen Kuchens für sich, gegen den Widerstand der Kurden. In den zwanziger Jahren bombardierten die Briten Dörfer und Städte im irakischen Kurdistan. Der von Anfang an zum Scheitern verurteilte antibritische Aufstand in den Bergen wurde mit einer brachialen Gewalt gebrochen, die spätere Aktionen der irakischen Zentralregierung vorwegnahm.

Wolfgang Günter Lerch



Kurdischer Agha (um 1870)

»Ein guter Kurde ist ein toter Kurde«

»Bist du fertig, *Agha*? «Die Stimme des Leutnants glich einem Peitschenhieb. *Der Agha* sah sich um. Schwerfällig ging er umher. Mit glanzlosen Augen warf er einen Blick auf seine Kinder und Kindeskinde. Die Äste und Zweige des mächtigen Baumes waren beisammen, kräftig und gepflegt, einer schöner als der andere. Ihr Anblick war herzzerreißend.

Der Agha hätte die Zeit anhalten mögen. Genau in diesem Moment hätte sie stehenbleiben sollen. Das Leben war schön. Noch viel schöner war es auf dem Boden, auf dem man geboren und aufgewachsen war. Ganz ausgeschlossen war es, jemals von den Bergen, die man jeden Morgen beim Aufstehen als erstes sah, die Zeuge des Lebens waren, getrennt zu sein. Die Heimat mit ihrem Staub und ihrer Erde, ihrer Hitze und ihrer Kälte ist Teil des Menschen. *Der Agha* schaute auf die grünen Beete des Obstgartens am Fluß und die gelb-roten Felder. Konnte man ein solches Land verlassen?

Um nicht sagen zu müssen »Ich bin fertig!«, wollte er diesen Burschen noch einmal angehen und trat dicht vor ihn hin: »Kommandant Efendi, laß uns zu einer Übereinkunft kommen. Du bist ein junger Mann, du brauchst doch Geld. Ich gebe dir Gold, ich gebe dir Silber, ich gebe dir auch Juwelen. Das Schicksal hat mich in deine Hand gegeben, laß uns gehen.«

Der Agha sah ihn an, ohne die Augen zu senken. Vielleicht würde er sich erbarmen und sagen: »Ich habe es mir anders überlegt, ich nehme nur dich mit.« Was hätte er um diese Worte gegeben! Der Leutnant dachte an den Bataillonskommandanten, der ihm den Befehl erteilt hatte: »Kein Mitleid mit Frauen, Mädchen, Kindern und Alten! Alle werden mitgenommen. Wenn nur ein einziger davonkommt, bellen sie wie die Hunde, diese Dreckstücke!«

Außerdem hatte der Bataillonskommandant auf Versammlungen den Offizieren immer wieder die Regierungspolitik eingehämmert: »Wer sich gegen unseren Staat, unsere junge Republik stellt, wird erbarmungslos vernichtet. Wo immer ihr sie antrefft, zu Hause, auf dem Feld, in den Bergen oder Tälern, ist das einzige, was ihr denken dürft: Vernichtet unsere Feinde! Ein guter Kurde ist ein toter Kurde. Vergeßt das nie.«

Täglich ließ der Generalfeldmarschall Befehle an seine Offiziere ergehen. Der Marschall war mit Ministerpräsident Celal Bayar und den anderen führenden Staatsmännern übereingekommen: »Dersim muß niedergeschlagen werden.«

Der Leutnant befahl den Soldaten, Haus und Hof sorgfältig zu durchsuchen. Ställe, Kornspeicher, Heu- und Strohlager durchstöberten sie bis in die hintersten Winkel. Die Strohballen durchstachen sie mit Bajonetten, und selbst die Schläuche mit Fett und Käse übersahen sie nicht. Nachdem sie sich davon überzeugt hatten, daß hier kein lebendiges

Wesen mehr steckte, verschlossen und versiegelten sie das Haus.

Dann machten sich alle auf den Weg. Die vierzig Personen zogen wie vierzig Tote dahin. In das Gerausch ihrer schleifenden Füße mischte sich das Klirren des Metallschmucks der Frauen, und immer wieder war ein tiefes Seufzen, ein Stöhnen oder Klagen zu hören. Die Großen waren unter der Last der Ereignisse klein geworden. Sie zogen dahin, ohne zu wissen, was sie hätten tun können, ihrem Schicksal ergeben. Obwohl sie noch mit ganzer Kraft am Leben hingen, waren sie in der Stimmung eines Menschen, der sich auf den Sprung in einen Abgrund vorbereitet. An jedem Stein, an dem sie vorbeikamen, an jedem Strauch und jedem Baum, den sie zurückließen, hingen Erinnerungen.

Der Schar voran ging der Leutnant, hinter ihm der *Agha*. Ihm folgten die jungen Männer. Die Mädchen begleiteten ihre Mütter wie Schatten. Sie ängstigten sich wie Gazellen, die den Jäger bemerkt haben und ihn nun mit großen, scheuen Augen verfolgen. *Yemosch* bildete den Schluß. Unwillig trottete sie dahin. *Schilan* hing an ihr.

Ferad Aghas großer Kopf war auf die Brust gesunken. Sein Blick war auf den Boden, auf seine Fußspitzen geheftet. Er hing seinen Gedanken nach. »Die führen eine Politik wie die Engländer. Heute bist du nett und gut, wenn ihre Sache aber erledigt ist, werfen sie dich wie einen alten Lappen weg«, hatte *Cafir* aus *Xidan* gesagt.

»Die Kurden haben den Osmanen nie geglaubt, denn das wahre Gesicht der Osmanen zeigt sich in

der Geschichte. Sie haben nur Raub und Krieg gebracht. Selbst in Friedensjahren haben sie Kurdistan nicht in Frieden gelassen. Sobald ihre Schatzkammern leer waren, brachen sie nach Kurdistan auf. Wenn wir heute auf diesem schönen Boden in Armut leben, dann ist das die Schuld der Osmanen. Da man jenen nicht glauben konnte, warum sollte man heute diesen glauben? Welcher Unterschied besteht zwischen beiden?« Ferad hatte darauf nichts zu sagen gewußt.

Die Gedanken von Hauptmann Ali Fethi Esener waren bei dem Vermögen des *Agha*. »Wenn er das bloß nicht irgendwo vergraben hat!« kam ihm leise über die Lippen. »Die Armenier haben ihr Gold damals vergraben, damit es niemand findet, aber die Kurden tragen es bis zum Tod bei sich«, dachte er und beruhigte sich. Man mußte die Sache nicht länger hinauszögern. Er gab den Befehl: »Soldaten, bindet die Männer!«

Sie setzten sich in Bewegung. Sie fesselten Ferad Agha, Zeynel Agha, Hidir, Ali, Mustafa, Memed und Qemer. *Der Agha* war nicht mehr bei Sinnen, so daß er nicht bemerkte, was hier vor sich ging. Sie hielten es nicht für nötig, ihn zu fesseln. Schneidend kam der zweite Befehl: »Durchsucht sie! Nehmt ihnen Geld und Schmuck ab!« Die Soldaten fanden die Beutel mit dem Gold, das der *Agha* seinen Kinder gegeben hatte.

Dann kamen die Frauen an die Reihe. Senem stand ganz vorn. Ein Soldat trat vor und streckte die Hand nach ihrer Brust aus. Sie fuhr zusammen und wich zurück. Haß sprühte aus ihren Augen. Als der

Soldat wieder auf sie zukam, um ihr den Schmuck abzunehmen, riß sie ihn sich vom Leibe und warf ihn dem Soldaten vor die Füße.

Die Soldaten sammelten die Goldstücke, die Silbergürtel, den ganzen Reichtum des *Agha*, der in der Sonne funkelte, und brachten ihn dem Hauptmann. Es war eine reiche Ausbeute, der Hauptmann war zufrieden. Er befahl: »Bringt sie weg!« Die Gewehre klirrten, die Bajonette glänzten.

Dreiundvierzig Menschen wurden auf den Efkar-Hügel getrieben. Einundvierzig von ihnen erfaßten, daß nur noch ein paar Minuten bis zu ihrem Tode verblieben. *Der Agha* verlor nun ganz die Besinnung. Lebte er noch, oder war er schon nicht mehr? Der Atem reichte nicht zum Beweis. Keine Wolke stand am Himmel. Die traurigen Farben des Herbstes, die Melancholie beherrschte die Natur. Selbst der Kuckuck rief nicht. Was war sein Kummer neben dem der Menschen von Dersim.

Sie kamen an den verfluchten Ort, den roten Hang, an dem nicht einmal Diesteln wuchsen. Sie wurden in einer Reihe aufgestellt. Das Flehen und Beten der Kinder, Frauen und jungen Männer strömte in den Fluß. Ihre Schreie stiegen über die Berge, erfüllten die Ebene von Xidan. »Lemin dae! Uy lemin! Lemin!«

Die Soldaten knieten auf den Boden und drückten die Gewehre an ihre Schultern. Über Kimme und Korn zielend, den Atem anhaltend, warteten sie auf den Befehl. Dann hob sich der Arm und sauste herab. Er riß die Frauen, die jungen Männer um, wie Blätter, die vom Ast gestreift werden.

Einundvierzig Menschen und zwei Ungeborene rollten den Hang zum blutigen Fluß hinunter. Immer noch hing die kleine Schilan an ihrer Großmutter.

Haydar Isik, »Der Agha von Dersim«

Deportation per Gesetz

Zerstörung von Dörfern und Zwangsumsiedlungen haben Tradition in der Türkei. Während der Kurdenaufstände 1925-1938 wurden rund 1,5 Millionen Menschen aus Ostanatolien in den Westen der Türkei deportiert. Die Zwangsumsiedlungen stützten sich auf das Deportationsgesetz Nr. 2510 vom 14. Juni 1930. Darin heißt es: »Um die Bevölkerungskonzentration der nicht-türkischsprachigen Menschen zu verhindern und die bereits vorhandene aufzulösen, ist es notwendig, eine Verbannung innerhalb des Landes vorzunehmen.«

»Die Zerstörung der kurdischen Gemeinschaften und ihrer Kultur und Sprache« und die »Veränderung der Bevölkerungsstruktur zugunsten der türkischen Kultur« werden ausdrücklich als Ziel angegeben: Diejenigen, die nicht zur türkischen Rasse gehören, werden in Form von Zerstreung in Dörfer, in verschiedene Stadtteile und Bezirke zwangsumgesiedelt, damit sie keine Mehrheit bilden.

Als sich die kurdische Arbeiterpartei PKK Anfang der achtziger Jahre radikalisierte und 1984 zum bewaffneten Kampf übergang, nahm die türkische Regierung die Deportationspraktiken der dreißiger Jahre wieder auf - mit den gleichen Zielen und gleichen Methoden.

Karin Adelman

»Anfal«

Mit einer Aktion gigantischen Ausmaßes, genannt »Anfal-Kampagne«, organisierte das irakische Regime in den Jahren 1987 und 1988 die Vernichtung eines großen Teils der kurdischen Bevölkerung des Nordiraks. Erst bombardierte die irakische Armee die Zivilbevölkerung mit Giftgas, und wer fliehen konnte, dem drohten Deportation und Tod. Mindestens 100 000 kurdische Zivilisten wurden zwischen Februar und September 1988 in den Südirak verschleppt, exekutiert und in Massengräbern verscharrt. Ihre Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht. Von der kurdischen Kultur sollte nichts mehr übrigbleiben. Der irakische Oppositionelle und Buchautor Samir al-Khalil hat im Jahre 1991 erstmals Dokumente aus dieser Zeit einsehen können.

»Anfal«, was ist das?

»Anfal« ist der Name einer Sammlung von Versen im Koran. Es bedeutet »Beute«, die zu nehmen man durch die Gesetze der Religion berechtigt ist.

Die »Anfal«-Kampagne richtete sich nicht gegen Kämpfer, sondern gegen unbewaffnete Menschen.

Ja, es stimmt, einige haben sich an bewaffneten Aktionen entlang der iranisch-irakischen Grenze beteiligt, aber diese Kampagne war nicht gegen solche Aktivitäten gerichtet. Sie hatte einen anderen Zweck: die Vernichtung des gesamten bäuerlichen Lebens

der Kurden im Nordirak. Sie richtete sich nicht gegen die kurdischen Städte, sondern ausschließlich gegen die Dörfer. Die kurdische Frage sollte ein für allemal aus der Welt geschafft werden. Es handelte sich um eine systematisch angelegte, bürokratisch organisierte Kampagne.

Während der ersten Phase der Kampagne, die im Februar 1988 begann, haben sie alle Dorfbewohner mitgenommen. Dabei halfen viele kurdische Söldner. Die Dorfbewohner wurden umzingelt, festgenommen und zu diesen Sammelstellen gebracht. Dort wurden sie nach Frauen und Kindern auf der einen und Männern auf der anderen Seite getrennt. In den Frühzeiten von »Anfal«, also im Februar, März und April 1988, verschwanden ausschließlich die Männer. In den Dokumenten werden sie offiziell die Verschwundenen der »Anfal-Kampagne« genannt. Die Frauen und Kinder wurden in Lager im Nordirak gebracht. Ich habe solche Lager besucht. Aber in der Endphase der »Anfal-Kampagne«, die vermutlich im August 1988 begann und die schlimmste war, wurden alle umgebracht.

Sie wurden in die Wüste nahe der saudischen Grenze gebracht, in die Gegend westlich von Samawa. Es wurden Gruben ausgehoben, in jede Grube kamen ungefähr hundert Menschen und wurden dort erschossen. Dann kamen Bulldozer und haben die Gruben geschlossen.

Überall im Nordirak trifft man heute Leute, die Angehörige verloren haben. Niemand weiß genau, wie viele es sind. Aber es gibt Hinweise, die von Ali Hassan al-Majid selbst stammen, dem Onkel von Saddam Hussein und Oberkommandierenden dieser

Anweisung zum Völkermord

Grundlage für den Vernichtungsfeldzug war folgende Verfügung al-Majids:

Kommando des Nordbüros, Nr. 28/4008 vom 23. April 1987

Betrifft: Umgang mit den »aus Sicherheitsgründen verbotenen Dörfern«

1. Alle Dörfer, in denen sich weiterhin Saboteure - das heißt Anhänger von Talabanis PUK und Barsanis KDP - befinden, werden als »verboten aus Sicherheitsgründen« betrachtet. (...)

4. Die Korpskommandos werden in diesen Sperrzonen willkürlich und zu allen Tages- und Nachtzeiten Bombenangriffe mit Artillerie, Helikoptern und Flugzeugen unternehmen, um dort möglichst viele Menschen zu töten. Rückmeldung über Resultate erforderlich.

5. Jede Person, die in diesen Dörfern aufgegriffen wird, wird festgehalten und von den Sicherheitsdiensten vernommen; dann müssen die Personen im Alter von 15 bis 70 Jahren exekutiert werden, nachdem jegliche nützliche Information aus ihnen herausgeholt worden ist. Rückmeldung an uns erforderlich.

Gezeichnet:

Ali Hassan al-Majid,

Generalsekretär des Nordbüros

*Zitiert in »Neue Zürcher Zeitung«,
11. Mai 1994*

Kampagne. Während der Verhandlungen zwischen der irakischen Regierung und den Kurden nach Ende des Golfkrieges 1991 ist er mit den kurdischen Führern zusammengetroffen. Bei einer solchen Gelegenheit haben die kurdischen Unterhändler das Thema »Anfal« auf den Tisch gebracht, weil sie etwas über das Schicksal der Verschwundenen wissen wollten. Majid reagierte wütend, denn die Kurden sprachen von 200 000 bis 250 000 Menschen. Er sagte damals: »Was soll das alles? Es können auf gar keinen Fall mehr als 100 000 gewesen sein.« Daraus schließen wir, daß es sich mindestens um 100 000 Menschen handeln muß.

Wie wurden die Dörfer zerstört?

Erst sind kurdische Söldner, die der irakischen Armee angehörten, in die Dörfer gegangen. Sie haben die Bewohner beruhigt, es werde ihnen nichts passieren, und sie dazu gebracht, ein paar Sachen einzupacken. Dann haben sie sie zu diesen Sammellagern geführt. Anschließend ist die irakische Armee in diese Dörfer eingerückt, hat die Häuser mit Dynamit gesprengt und die Ruinen mit Bulldozern eingeebnet. Sie haben sogar die Brunnen mit Beton gefüllt, Friedhöfe wurden platt gewalzt. Manche von den früheren Dörfern erinnern an archäologische Fundstätten. Wenn man einen Stein hochhebt, findet man plötzlich Fetzen von Kleidern.

Wurde die Kampagne offiziell mit Verweis auf den Krieg mit dem Iran begründet?

Ja, offiziell haben sie sich auf den Krieg bezogen. Sie gaben dauernd Erklärungen über die Kampagne ab, auch im Rundfunk. Das Wort »Anfal« wurde zu einem Teil des irakischen Vokabulars. Es ist ein

altmodischer Begriff, der in der modernen Sprache eigentlich keine Verwendung mehr findet, außer im Zusammenhang mit dem Koran. Dann kam der Begriff dauernd in den Programmen von Radio Bagdad vor. Wir wußten irgendwie grob, worum es ging, aber keiner wußte etwas Genaues.

Wenn Sie sich erinnern: Im August und September 1988 konzentrierte sich das Interesse der internationalen Medien für kurze Zeit auf das Schicksal der Kurden, denn plötzlich tauchten Massen kurdischer Flüchtlinge im Iran und in der Türkei auf. Ich weiß noch, wie die ersten Berichte über den Chemiewaffeneinsatz kamen.

Jetzt wissen wir, was wir damals nicht gewußt haben, aber vielleicht hätten wissen sollen. Als die Kurden verstanden hatten, was passiert war, rannten viele weg, so schnell sie konnten, und manche schafften es tatsächlich bis in den Iran, andere hielten sich in den Bergen des Nordirak versteckt. Diejenigen, die damals in den Dörfern geblieben sind, waren die Opfer der »Anfal-Kampagne«.

Es ist merkwürdig, daß die Menschen damals lediglich auf die Giftgaseinsätze in Halabja reagiert und alles übrige ignoriert haben.

Es sah aus, als sei »Anfal« Teil des Krieges gewesen. Es sah nach den ganz »normalen Schrecken« des Krieges, den üblichen Kriegsverbrechen aus. Es ist gut, daß über Halabja berichtet worden ist. Im Gegensatz zu Halabja hatte »Anfal« jedoch die Qualität einer geplanten, bürokratischen, routinierten Vernichtungsaktion, an deren Ausführung eine Menge Leute beteiligt waren, Mitglieder der Armee und viele Kurden. So viele Kurden hätten sie nie mitnehmen können,

wenn sich nicht eine Menge Kurden an der Operation beteiligt hätten. Die Kurden wurden ja nicht im Nordirak umgebracht, sie wurden über riesige Entfernungen transportiert. An einem Sammellager im Nordirak, das ich besucht habe, standen 86 Lkw, die für den Transport der Kleider benutzt worden waren. Davor lagen Tonnen von Kleidern. Ich ging zwischen diesen riesigen Haufen von Kleidern umher, ich sah Berge von verrottenden Schuhen, Kleidern und Papieren. Ich fand das Algebra-Buch eines Kindes, einen Roman, eine kurdische Ausgabe des Koran. Das waren die Habseligkeiten von Leuten, die während der »Anfal«-Operation getötet worden waren.

Interview: Nina Corsten

»Wehe, man interessiert sich für Politik«

Mit einem Geräusch, das entfernt an das Verschwinden des letzten Badeschaums durch den Abfluß erinnert, verbrennt das Opium. Massud drückt ein glühendes Stück Holzkohle auf die kleine, schwarze Kugel auf dem tönernen Pfeifenkopf und nimmt mehrere tiefe Züge. Beim Ausatmen seufzt er: »Das Leben unter der Diktatur ist schwer.«

Im Wohnzimmer des 50jährigen in Sanandadsch, der Hauptstadt der iranischen Provinz Kordestan, haben es sich vier Kurden auf dem Fußboden vor dem Kamin bequem gemacht: Ali (39), Akbar (44), beide langjährige Untergrundaktivisten der illegalen kommunistischen Tudeh-Partei, Mahmud (35), begeisterter Musiker und ein Virtuose auf dem Saiteninstrument Tanbur, und Massud selbst, viele Jahre für die Kurdische Demokratische Partei - Iran (KDP-I) im Ausland aktiv.

Während das Opium verbrennt und süßer Tee die Kehlen herunterrinnt, diskutieren sie über ihre politische Vergangenheit. Die Droge stumpft nicht ab, sie versetzt in einen als wach empfundenen Schwebezustand, in dem sich trefflich lamentieren läßt. Ali saß fünf Jahre in einem iranischen Gefängnis. »Sie haben mir den Bauch mit kochendem Wasser übergossen und Elektroden am Genital befestigt. Ich habe immer noch

Schmerzen«, erzählt er. »Ich habe Scharafandi die Hand geschüttelt, wenige Stunden bevor er in Berlin ermordet wurde«, berichtet Massud. Scharafandi, der Generalsekretär der KDP-I, wurde 1992 im Berliner Restaurant »Mykonos« ermordet - wie 1989 sein Vorgänger Ghassemlou in Wien.

»Wir versuchen, uns aus der Politik der Islamischen Republik herauszuhalten, wo es nur geht«, berichtet Ali und nimmt gleich drei Züge aus der Pfeife. Und dann: »Wenn man nicht aufpaßt, wird man von dem Zeug süchtig.« Wahrscheinlich rauche ein Drittel der Iraner Opium. Das Hauptproblem sei nicht Repression, sondern Langeweile und wirtschaftliche Misere. »Hier ist einfach nichts los«, meint Mahmud. »Vor der Revolution konnte man in ein Teehaus gehen und mit schönen Frauen tanzen. Heute sitzen wir zu Hause und rauchen Opium.«

Entlang der Straßen der Provinz Kordestan sind noch die Stützpunkte der Revolutionswächter zu sehen. Trutzburgen mit Türmen und Zinnen, auf Hügeln errichtet, die maximal fünf Kilometer voneinander entfernt liegen, erinnern an den Krieg zwischen Kurden und iranischen Soldaten. Doch mindestens die Hälfte der Posten sind inzwischen unbesetzt.

Seitdem der irakische Staatsschef Saddam Hussein Anfang 1991 nach der Befreiung Kuwaits die Aufstände der irakischen Kurden niederschlagen ließ, sind einige hunderttausend irakische Kurden in den Iran geflüchtet. Offizielle Statistiken gibt es nicht. »Viele Handwerker

kommen aus dem Irak«, erzählt Massud. »Die meisten Leute hier haben sowieso keine Papiere, und die Kurden im Nordirak sprechen die gleiche Sprache wie wir. Da fällt es nicht auf, wenn jemand von jenseits der Grenze kommt.«

Doch die meisten Zuwanderer sitzen auf der Straße. An den Ausfallstraßen bieten sie geschmuggelte Zigaretten einzeln feil - auch im Schneegestöber: die kostbare Ware mit Plastikplanen bedeckt, den eigenen Körper der Kälte ungeschützt ausgesetzt, die Füße knietief im Matsch.

Hinzu kommen Emigranten aus kurdischen Dörfern Irans. Weil in den Bergen auch täglich 16 Stunden Arbeit nicht ausreichen, um die Familie zu ernähren, und weil der winterliche Schnee die Siedlungen über Wochen von der Außenwelt abschneidet, haben Tausende ihre bäuerlichen Existenzen aufgegeben und ziehen ein Leben als Tagelöhner in Sanandadsch vor.

Mohammed kommt aus einem Dorf an der Grenze zum Irak. Seit drei Jahren studiert er Literatur an der »Kurdistan-Universität« von Sanandadsch. Mit vier Kommilitonen teilt er sich im Studentenwohnheim zwölf Quadratmeter, mehrere auf dem Boden ausgebreitete Decken und Kissen sowie einen Blechschrank. Aus dem Kassettenrecorder ertönt kurdische Musik. Der kurdische Sänger Mohammed Rida Lotfi lebt seit Jahren im Exil in den USA. Seine Tonträger darf er trotzdem in der Islamischen Republik vertreiben - mit ausdrücklicher Genehmigung des Teheraner

Ministeriums für religiöse Führung, wie auf der Kassettenhülle vermerkt ist.

Mohammed wechselt die Musik zu Michael Jackson: »Wenn man sich aus allem heraushält, kann man hier leben. Aber wehe, man interessiert sich für Politik«, sagt er. Stolz zieht der 22jährige die *Schalwar* an, die kurdische Pumphose, bindet das schwarzweiß-karierte Tuch um den Bauch und streift die kurze kurdische Jacke über. »Ich gehe fast jeden Tag so zur Universität. Fast alle kurdischen Studenten machen das genauso.« Ansonsten habe der Name der Universität aber mit der Realität wenig zu tun. Unterrichtet werde in der Staatssprache Farsi, kurdische Kultur komme im Unterricht nicht vor. Nur wenn ein Dozent bei seinen Erklärungen auch beim zigsten Versuch nur verständnislose Gesichter sehe, wechsele er ins Kurdische. Dann reagierten jedoch andere ratlos: Rund ein Drittel der Studenten der »Kurdistan-Universität« seien zugereist, sie verstünden nur Farsi.

»Das größte Problem hier ist, daß es keine Jobs gibt«, meint Mohammed. Kordestan gehört zu den ärmsten Provinzen Irans. Anstatt die Bevölkerung direkt zu unterdrücken, hat die Führung in Teheran darauf verzichtet, Arbeitsplätze zu schaffen. Außer einer Abfüllstation für »Sam Sam«-Limo gibt es praktisch keine Industrie. Etwa 70 Prozent der Hochschulabsolventen Irans seien arbeitslos, berichteten kürzlich die staatlichen Medien. In Kordestan ist die Quote noch wesentlich höher; Statistiken gibt es nicht.

Mit der kurdischen Guerilla der KDP-I haben alle fünf trotz dieser miserablen Aussichten nichts zu tun. »Soweit ich weiß, agitieren die nicht mal an der Uni«, berichtet Mohammed. »Das wäre zu gefährlich.« Dennoch hätten die meisten kurdischen Studenten Sympathien für die Bewegung: »Das sind sehr tapfere Menschen. Sie halten auch im Winter in den Bergen aus.« Militärische Erfolge der Guerilla seien jedoch rar.

Sympathien für die Bewegung »darf ich nicht einmal denken«, meint Mohammed, sonst rutsche ihm im Schlaf vielleicht ein falsches Wort heraus. »Seitdem die irakische Führung international isoliert ist, sucht Saddam Hussein Hilfe in Teheran. Deswegen unterstützt er die iranischen Kurden nicht mehr«, analysiert er. Seit der Befreiung Kuwaits im Jahr 1991 werde die kurdische Guerilla auf iranischem Gebiet nur noch selten aktiv.

»Früher hat es hier in Sanandadsch nachts gekracht. Heute überfallen die Kurden nur noch gelegentlich einen Posten der Revolutionswächter auf dem Land. Die bombardieren dann ein Dorf. Das ist ein Katz-und-Maus-Spiel. Seit 40 Jahren geht das so und bringt wenig, außer Toten.«

Thomas Dreger

Befehl aus Teheran

Befehl aus Teheran: »Zieh die Schuhe nicht aus, bevor die Kurden tot sind.« Diese Anordnung erging im Frühjahr 1979, wenige Monate nach dem Sturz des Schahs. Dabei hatte die kurdische Minderheit Irans die Revolution maßgeblich mitgetragen. Doch in Teheran setzten sich die Mullahs durch. Sie wollten eine islamische Republik, geprägt durch die schiitische Bevölkerungsmehrheit des Landes. Die etwa acht Prozent Kurden des derzeit rund 60 Millionen Einwohner zählenden Irans sind in der Mehrheit Sunniten. Wie viele Kurden seither in den Gefängnissen zu Tode gefoltert oder hingerichtet wurden, ist nicht bekannt. Die Kurdische Demokratische Partei - Iran (KDP-I) hat über 270 zerstörte kurdische Siedlungen registriert. 17 Jahre nach der Revolution gehört die Provinz Kordestan zu den ärmsten Teilen Irans. Die Regierung in Teheran duldet, daß die kurdische Sprache auf der Straße gesprochen wird sowie einige kurdische Zeitungen und Bücher, in denen nichts Politisches steht.

Thomas Dreger

Die Flucht der Kurden 1991

*Wieder bist du geflohen
wieder haben deine Füße in den nackten Fels
kurdische Geschichte geschrieben hin und her von
Feindesland zu Feindesland von Heimat zu Heimat...*

Zeilen aus einem Gedicht, das ein kurdischer Student 1988 auf der Flucht vor den Gasangriffen Saddam Husseins in die Türkei geschrieben hatte. Jetzt sind sie wieder geflohen, diesmal nicht 300000, sondern weit über eine Million. Die »Hochzeitsberge« in der Nähe der türkisch-kurdischen Kreisstadt Uludere sind - soweit das Auge reicht - mit weißen und bunten Punkten übersät. Schmale Rauchsäulen steigen da auf, wo vor provisorischen Zelten aus Decken kleine Feuer brennen. Was von weitem wie ein gigantisches Picknick aussieht, verwandelt sich bei näherem Hinsehen in eine unvorstellbare Tragödie. Tausende, Zehntausende von Menschen lagern auf dem nackten Fels, viele von ihnen mit zerrissenen Kleidern und ohne Schuhe. Auf den Gipfeln der Hochzeitsberge liegt noch Schnee. »Paß auf«, ermahnt ein alter Mann einen kleinen Jungen. »Da, wo die Steine liegen, sind Gräber, tritt nicht darauf.« Ungefähr 200 Menschen, meist Säuglinge und Kleinkinder, sind seit der Ankunft auf der türkischen Seite gestorben - erfroren.

Beim Geräusch eines Traktors springen Hunderte

von Menschen auf und rennen den schmalen, schwer begehbaren Bergweg entlang. Es gibt Brot - nicht genug natürlich, deshalb wird gestoßen und gedrängt. Im Durchschnitt kommt jede Familie einmal alle zwei Tage an die Reihe.

Unten am Fuße der Berge wartet eine lange Schlange vollbeladener Lastwagen mit Brot, Mehl, Zucker, Kleidung, Babynahrung. Die Bevölkerung der Grenzregion und weit darüber hinaus hatte schon am Tag der Ankunft der Flüchtlinge eine Hilfskampagne großen Ausmaßes gestartet. Unter Beteiligung der jeweiligen Kommunen, Berufsverbände, Gewerkschaften und anderer Vereine wurden Hilfsgüter gesammelt, Lastwagen organisiert und in die Berge geschickt. Allerdings nicht ohne Schwierigkeiten.

»Bis jetzt haben wir die Kampagne ohne die geringste staatliche Unterstützung durchgeführt«, erklärt Hashim Hashimi, Bürgermeister der Stadt Cizre, in der die eingehenden Güter aussortiert und weitergeleitet werden. »Wenn man uns in Ruhe gelassen hätte, dann wäre auch alles zügig abgelaufen. Aber da oben verhungern die Leute, und unten, am Fuß des Berges, stehen Lastwagen voller Brot, die blockiert werden.«

Jeder Kontakt der Flüchtlinge mit der Bevölkerung ist streng verboten, deshalb müssen die Hilfskomitees ihre Lastwagen abliefern. Sie vertrauen den türkischen Soldaten, die die Lkw in Empfang nehmen, allerdings nicht.

»Was macht Ankara? Schickt Soldaten und noch mal Soldaten, sonst nichts.« Ein junger Mann

verliert die Geduld, als es erneut zu Diskussionen über die Brotverteilung kommt. »Wenn sich Ankara um die Brotverteilung kümmert, gehen wir hier weg. Eher nicht! Der Regierung ist es egal, wie viele hier sterben, uns nicht.«

Die Flüchtlinge aus dem Irak, die sich den Zugang zur Türkei trotz Drohungen und geladener Gewehre der türkischen Soldaten erzwungen hatten, werden momentan nur widerwillig geduldet. Bewaffnete Soldaten halten die Flüchtlinge in Schach, die versuchen, die Bergkuppen wenigstens bis zum ersten Dorf hinunterzusteigen. Dorfbewohner, die ihrerseits Flüchtlinge aufnehmen wollen, werden ebenfalls von den Soldaten davongejagt. Viele haben Verwandte unter den Flüchtlingen, doch auch sie dürfen keinen Kontakt aufnehmen.

Der amerikanische Außenminister James Baker würdigte auf einer Pressekonferenz in Diyarbakir die »humanitären Leistungen der Türkei«. Weiterhin erwähnte er die amerikanischen und englischen Flugzeuge, die in den vergangenen Tagen über dem Grenzgebiet Lebensmittel per Fallschirm abgeworfen hatten.

»Warum werden wir erst jetzt unterstützt, wo der Völkermord passiert ist?« Ahmed war vor gut zwei Wochen zusammen mit dem Kurdenführer Sami Abdurrahman aus Syrien in das befreite Zakho gekommen. Eine jubelnde Menge hatte sie dort begrüßt. Für Ahmed waren die Jahre des Exils vorbei. »Wir werden hart arbeiten müssen«, hatte er uns dort gesagt, »doch das ist die Arbeit für uns

selbst. Ich kann es noch gar nicht glauben, daß wir frei sind.«

Die Freiheit, von der er sprach, schien für die Kurden schon mehrfach in unmittelbare Nähe gerückt zu sein. Während des letzten Jahres des irakisch-iranischen Krieges hatte es im äußersten Norden des Irak ebenfalls befreite Gebiete gegeben. Mit Inkrafttreten des Waffenstillstandes waren diese Gebiete mit C-Waffen zerstört worden. Was dann folgte, war der ewige Kreislauf der kurdischen Geschichte: Flucht, Exil, Reorganisierung, Kampf. Nie hatten die Kurden so viel Erfolg gehabt wie nach dem Ende des Golfkrieges 1991, nie war das Ausmaß der Vernichtung so groß wie dieses Mal.

»Wie sollen wir das bewerten, daß die Staaten, die Saddam Hussein die Waffen gegeben haben, jetzt über humanitäre Hilfe reden«, fragt Ahmed. »Daß die USA Care-Pakete abwerfen und Saddam nicht daran hindern, seine Helikopter starten zu lassen? Was für eine Chance haben wir, in dieser Welt Solidarität zu finden?«

Lizzy Schmidt (Milena Ergen)

Lizzy Schmidt arbeitete seit 1989 als freie Journalistin in der Türkei und im Kurdengebiet. Ihre Reportagen erschienen unter dem Pseudonym »Milena Ergen« in der »Frankfurter Rundschau«. Am 3. April 1994 wurde sie auf der Straße zwischen Halabja und Sulaimaniya von Unbekannten erschossen.

Gelb oder Grün - Kurdische Bruderkämpfe

»Wenn diese internen Kämpfe weitergehen«, sagt ein verzweifelter kurdischer Politiker, »dann wird die Zeit kommen, daß der Westen sagt: Meine Herren, Sie haben ihre Chance gehabt, Sie müssen jetzt akzeptieren, was Bagdad ihnen anbietet.« 1991 haben die USA und ihre Verbündeten eine Sicherheitszone im Nordirak eingerichtet, um die flüchtenden Kurden vor den Truppen Saddam Husseins zu schützen. Die Kurden in ihrer Bergenklave hofften den Beweis erbringen zu können, daß sie durchaus imstande seien, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln. In der Zwischenzeit erwarteten sie den Sturz Saddams. Aber der irakische Präsident ist immer noch an der Macht, und die kurdischen Hoffnungen sind durch Bruderkämpfe schwer erschüttert worden. Der Nordirak ist inzwischen in zwei separate »Lehen« aufgeteilt.

Von seinem Hauptquartier hoch in den Bergen in Salahadin kontrolliert Massud Barsani den größten Teil im Nordwesten der Enklave. Er ist der Führer der Kurdischen Demokratischen Partei (KDP). Arbil hingegen, die Hauptstadt der Region, sowie die zentralen und südöstlichen Teile werden von seinem Rivalen Dschalal Talabani von der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) gehalten. Dazwischen haben die rivalisierenden Milizen eine

Reihe von Straßenblockaden errichtet, an denen sie Autofahrer anhalten, befragen und ihre Wagen durchsuchen.

Die Fehde zwischen Barsani und Talabani geht Jahrzehnte zurück. In den jüngsten Auseinandersetzungen, die im März 1994 um ein Stück Land entbrannt sind, sind bis heute 2000 Kurden gestorben, darunter viele Zivilisten. Die Amerikaner zwangen beide Seiten im Sommer 1995 an den Verhandlungstisch, und seitdem herrscht ein zerbrechlicher Waffenstillstand. Aber trotz zahlreicher Besuche sowohl amerikanischer wie britischer Unterhändler hat es zu einem schriftlichen Abkommen bislang nicht gereicht.

Barsanis KDP kontrolliert die lukrativen Zollstellen an der türkischen Grenze, wo täglich Hunderte Lkw über eine schmale Brücke in den Nordirak rollen. Sie bringen Lebensmittel und Zigaretten im Gegenzug für irakisches Öl aus Mossul. Die Kurden belegen diesen Schwarzhandel, der einen Bruch der UN-Sanktionen gegen den Irak darstellt, mit Zöllen. Sie sind die wichtigste Einnahmequelle für das autonome Kurdistan. Talabani hingegen kontrolliert etwa 70 Prozent der Bevölkerung.

Beide Seiten haben den Schaden erkannt, den diese Rivalität angerichtet hat. Die westlichen Sympathien schwinden dahin, einige Hilfsorganisationen mußten sogar abziehen. Jede Seite beschuldigt jedoch die andere. Für die normale Bevölkerung ist diese Erfahrung äußerst ernüchternd. Durch den Konflikt sind Familien

voneinander getrennt und Tausende Kurden vertrieben worden. »Du mußt dich entscheiden«, sagt ein Leidtragender. »Entweder du bist gelb, das heißt, du gehörst zur KDP, oder du bist grün, was die Farbe der PUK ist. Sobald du in die falsche Gegend kommst, wirst du drangsaliert. Wer gezwungen ist, seine Gegend zu verlassen, dessen Besitz wird im Namen der jeweiligen Partei eingezogen.«

Die Probleme werden durch die UN-Sanktionen gegen den Irak noch verschlimmert, denn sie gelten auch für die kurdischen Gebiete. Und Saddam Hussein hat seinerseits noch einmal Sanktionen gegen die rebellierenden Kurden verhängt. Die meisten Fabriken in der kurdischen Region liegen brach, weil es keine Ersatzteile gibt; es herrscht Arbeitslosigkeit. Die Inflation hat die Beamtengehälter aufgeessen: Der Monatsverdienst eines Lehrers entspricht heute dem Gegenwert von zehn US-Dollar.

Die gebildeten Kurden in den Städten sprechen von nichts anderem als Auswandern. Aber wer rauskommen will, der muß zahlen. Die »sichere« Route durch die Türkei und dann per Schiff nach Europa kostet für eine Familie 4000 US-Dollar; etwas weniger muß man für die Reise durch die Türkei oder den Iran in die früheren Sowjetrepubliken zahlen.

Auf dem Land geht es den Menschen besser. Seit 1991 ist sehr viel internationale Hilfe in den Aufbau von Dörfern gegangen, die der Irak in den siebziger und achtziger Jahren zerstört hat. Gleiches gilt für

die Wiedergeburt der Landwirtschaft in den fruchtbaren Tälern.

Die rund vier Millionen irakischen Kurden leben im Herzen der Heimat von 24 Millionen Kurden. Hier sind die Berge und Hochebenen, wo die Türkei, Syrien, der Iran und Irak zusammentreffen. Alle vier Länder sind fest entschlossen, die Zusammenarbeit der Kurden in der Region zu verhindern. Und sie widersetzen sich mit aller Macht der Idee eines unabhängigen irakisch-kurdischen Staates.

Die Türken erlauben es westlichen Flugzeugen, türkische Luftstützpunkte bei der Überwachung der nordirakischen Schutzzone zu benutzen. Dennoch haben sie für diese Schutzzone nichts übrig, da sie sie als Ausgangsbasis für Angriffe ihrer eigenen Kurden auf türkisches Staatsgebiet sehen. Nur sehr widerwillig hat das türkische Parlament im August 1996 den Vertrag über die Benutzung der türkischen Luftstützpunkte um weitere fünf Monate verlängert.

Die türkische Armee ist mehrfach in irakisches Staatsgebiet vorgedrungen, um ihre eigenen Kurden zu verfolgen. Von der anderen Seite sind im Juli 1996 einige tausend iranische Soldaten in den Nordirak vorgedrungen, auf der Jagd nach iranischkurdischen Dissidenten. Die USA verurteilten prompt diesen Angriff, da sie iranischen Einfluß in der Region fürchten. Aber wenn die Türkei solche Angriffe starten darf, warum dann nicht auch der Iran, mögen sich die Iraner gedacht haben.

Die irakischen Kurden befinden sich mitten in diesem Kreuzfeuer, oft sind sie gezwungen, aus ihren Häusern zu flüchten. Aber ihr Protest verhallt. Sie sind auf die Türkei und - zu einem geringeren Maße - den Iran angewiesen, da sie der einzige Zugang zur Außenwelt und für Nachschub sind. Und der ungeklärte Status der Enklave - kein eigenes Staatswesen, aber vom Rest des Irak abgeschnitten - sorgt dafür, daß seine streitenden Einwohner so machtlos sind.

Die Barsanis und Talabanis

»Krieg« und »Kurdistan« sind Begriffe, die leider zusammengehören. Leider auch Krieg unter Kurden. Schon der preußische Leutnant Helmuth von Moltke bemerkte im vorigen Jahrhundert über die Kurden, sie wären unbezwingbar, wenn sie nur vereint wären.

Die kurdische Gesellschaft ist bis heute nach zum Teil feudalen Strukturen organisiert. Geprägt ist sie durch eine Vielzahl von Stammesführern (Aghas), die sich um Einfluß, Besitz und um eine möglichst große Anzahl von Gefolgsleuten bemühen. Zum großen Teil stellen sie die Großgrundbesitzer in Kurdistan. Ihre Machtstellung zu sichern war jahrhundertlang ihr oberstes Ziel.

Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts gab es für die kurdischen Herrscher keine Notwendigkeit, an *ein* Kurdistan zu denken. Sie genossen ihre relative Unabhängigkeit vom Osmanischen Reich und wurden häufig von den jeweiligen Herrschern sogar bevorzugt behandelt, weil deren Gebiet an den »Erzfeind«, das Land der Perser, heranreichte, die sie gleichfalls umwarben. Die nationale Idee entwickelte sich erst nach und nach, als sich im Osmanischen Reich wegen des kolonialistischen Drucks zentralistische Bestrebungen zeigten.

Bis dahin waren die vielen *Aghas* wenigen großen Stammesfürsten (Mirs) unterstellt, denen sie Tribut wie Respekt schuldeten. Durch die allgemeine

Anerkennung dieser *Mirs* war für die Einheit der Stämme sowie für eine relative Friedfertigkeit gesorgt. Mit der zunehmenden Bindung an Istanbul verloren die kurdischen Emirate an Macht und die *Mirs* an Autorität. Immer mehr übernahmen die Stammesführer die Aufgaben ihrer Vorgesetzten. Das, was sich nach und nach daraus entwickelte, ist eine nicht nur auf der Landkarte, sondern auch in sich zersplitterte kurdische Gesellschaft.

Bis heute sind Herkunft und Rangordnung in der kurdischen Gesellschaft entscheidend für den gesellschaftlichen Werdegang. So wundert es kaum, daß die beiden bekanntesten politischen Persönlichkeiten im kurdischen Nordirak, Massud Barsani und Dschalal Talabani, einflußreichen Familien entstammen. Barsani ist Führer der Kurdischen Demokratischen Partei (KDP), Talabani steht der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) vor.

Der Stamm der Barsanis ist in Barsan beheimatet, einer Ortschaft im Norden des irakischen Kurdistans. Ihr wohl berühmtester Vertreter ist der legendäre *Mullah* Mustafa Barsani, der besonders in den Jahren 1961 bis 1975 die Kurden im Krieg gegen verschiedene irakische Regierungen anführte. Mit seinem Charisma, seiner legendären Lebensgeschichte und seinen militärischen Erfolgen verkörperte er die Idee, welche die Kurden von sich als einer Nation hatten. Ganz dem monarchistischen Prinzip der Erbfolge gehorchend, hat 1975 einer der Söhne, Massud, die Position des Vaters an der Spitze der KDP übernommen. Massud Barsani ist

ein echter Vertreter der traditionellen kurdischen Gesellschaft. Die KDP ist auf seine Person zugeschnitten. Er ist in seinen Meinungen weitgehend unantastbar, wenn auch viele Entscheidungen von seinem Cousin Nedschirawan, der inoffiziellen ersten Person in der Partei, getroffen werden.

Dschalal Talabani, Abkömmling einer einflußreichen Familie der Talaban-Scheichs, entstammt aus dem Gebiet um Kirkuk im Süden des irakischen Kurdistans. Noch zu Studienzeiten trat der angehende Jurist in die KDP ein, in der er sich schnell als wortgewandter Diplomat profilierte. Mit den Jahren störte sich Talabani zunehmend am traditionellen Führungsstil Mustafa Barsanis, bis es schließlich 1966 zur Spaltung der KDP kam. Die von Talabani neugegründete »alternative« KDP fand allerdings neben Barsanis Glanz und Mythos kaum Anerkennung. Ja, die meisten Kurden sahen in ihm in jenen Tagen des Kampfes gegen die irakische Diktatur nichts weiter als einen Verräter an der kurdischen Sache. Erst 1975, bezeichnenderweise in Berlin, weitab von kurdischem Boden, entstand die PUK - eine Partei, der sich vor allem Kurden anschlossen, die mit den westlichen Ideen der Meinungsfreiheit und Demokratie sympathisierten; Kurden, die auf die Unterstützung des Westens in der Kurdenfrage hofften; Kurden, die häufig im Ausland lebten.

Bis heute durchzieht diese Spannung zwischen modernen Ideen und traditionellen Strukturen die kurdische Gesellschaft. Eine Spannung, die sich oft

zwischen den Generationen zeigt, zwischen alt und jung. Dem Stammesgebiet der Barsanis beziehungsweise Talabanis entsprechend, hat diese Spannung sich mitten durch Kurdistan in einer Grenzlinie manifestiert: Der Norden mit den Schwerpunkten Zakho und Dohuk besteht fast durchweg aus Barsani-Anhängern, im weitaus größeren Süden, besonders in den Gebieten um Sulaimaniya, Kirkuk und Arbil, dominiert die Anhängerschaft Talabanis. Zu dieser politischen Trennung kommt noch eine sprachliche hinzu: Die Kurden im Norden sprechen den Badinan-, die im Süden den Sorani-Dialekt.

Namo Aziz

Halabja

Ein liebliches grünes Tal, viel grüner und fruchtbarer als das übrige Kurdistan, scheint es. Der Weizen steht höher und dichter als in den anderen Regionen, auch das Gemüse gedeiht besser als in den westlichen Landesteilen. In den Tümpeln entlang der Straße tummeln sich Enten, und in der Ferne glänzen noch Schneefelder auf den Gipfeln.

Von der Wasserknappheit, die in diesem Frühling den Nahen Osten und auch Kurdistan dominiert, ist in der irakisch-iranischen Grenzregion nichts zu spüren. Eher wähnt man sich in einer heilen Welt - bis die ersten zerstörten Häuser sichtbar werden und bei der Einfahrt in die kleine Stadt die Skulptur eines verzweiferten Vaters sichtbar wird, der sich über seine beiden Kinder gelegt hat und versucht, diese gegen Bomben zu schützen.

Vom 16. bis zum 19. März 1988 fielen Giftgasbomben auf Halabja, und rund 5 000 Personen gingen elendig zugrunde. Tausende erlitten Verletzungen, an denen sie noch bis heute zu leiden haben. Nach den Giftgasangriffen der irakischen Regierung gegen den damals von der mit Iran sympathisierenden Patriotischen Union Kurdistans (PUK) kontrollierten Ort wurde die Stadt bei Kämpfen zwischen dem Irak und Iran vollständig zerstört.

Die Stadt sei, so berichtet ein Bewohner, nach den Giftgasangriffen erneut mit konventionellen Waffen

bombardiert worden. Er hat den Gasangriff 1988 überlebt. Die Überlebenden seien deshalb nur kurz in die Stadt zurückgekommen, um ihre Angehörigen zu bestatten. Dann hätten sie definitiv die Flucht ergriffen.

Weshalb er den Giftgasangriff überlebt hat, sei ihm nicht klar, sagt er. Als die Flugzeuge über der Stadt zu hören gewesen seien, habe er mit 15 Familienangehörigen in einem Kellerloch in seinem Haus Zuflucht gesucht. Alle seine Angehörigen seien innerhalb von 15 bis 30 Minuten nach den ersten Detonationen verstorben. Ihnen sei die Haut abgefallen, und die Augen seien aus den Augenhöhlen herausgetreten. Als er realisiert habe, was geschehe, sei er aus dem Haus gelaufen und habe sich im Freien mit nassen Kleidern vor den Auswirkungen des Giftgases zu schützen versucht. Bis zum heutigen Tag leide er immer noch an Atembeschwerden, und oft suchten ihn die grauenhaften Bilder des furchtbaren Ereignisses in Träumen heim.

Ein Nachbar, der dem Gespräch gelauscht hat, mischt sich ein und zeigt auf seinen verunstalteten Brustkorb und den Inhalator, den er bei sich trägt. Auch er leidet unter Atembeschwerden und kann, ohne dauernd zu inhalieren, nicht mehr richtig gehen. Der Giftgasangriff, bei dem nach Angaben von westlichen Ärzten außer Senfgas auch Sarin, Tabun und VX eingesetzt wurde, führte zu einer ganzen Palette von Verletzungen und langfristigen Behinderungen bei den Überlebenden. Dazu gehören neben Schädigungen der Atemorgane auch

die Beeinträchtigung des Augenlichts, Unfruchtbarkeit, pränatale Mißbildungen und in vielen Fällen Krebserkrankungen.

Geblichen sind nicht nur die physischen und psychischen Wunden der Überlebenden, geblieben sind auch viele Spuren der Zerstörung in der Stadt. Der einst blühende Ort mit rund 80 000 Einwohnern hat sich bis heute nicht richtig von den verheerenden Angriffen erholen können. Die Häuserruinen am Stadtrand zeugen noch immer von den Bombenangriffen, und die Erinnerungstafel bei der Einfahrt nach Halabja sowie die Gedenkstätte neben dem Rathaus erinnern unablässig an die furchtbaren Geschehnisse.

Wer die irakischen Giftgasangriffe überlebt hatte, flüchtete 1988 nach Iran oder in die Gegend von Sulaimaniya. Erst nach dem Kurdenaufstand von 1991 im Gefolge des Golfkrieges und der anschließenden Errichtung der kurdischen Schutzzone kamen erste Gruppen von Vertriebenen und Flüchtlingen nach Halabja zurück und begannen, den Ort wieder aufzubauen, erzählt der Bürgermeister, Abderrahman Muhammad. In den ersten Jahren hätten die Rückkehrer aber praktisch keine Mittel gehabt, um den Wiederaufbau der Stadt wirklich in Angriff zu nehmen. Die Lage habe sich erst seit dem Beginn des UN-Programms »Öl gegen Nahrungsmittel« zu verbessern begonnen. Allerdings fehle es auch jetzt noch an den Mitteln, um eine dauerhafte Entwicklung der Stadt und der Region sicherstellen zu können.

Präsent sind einige nordische Nichtregierungsorganisationen und Agenturen der Vereinten Nationen - vor allem Habitat, die UN-Organisation für Siedlungen -, die in dem Ort eine neue Schule, verschiedene Bauten für das Landwirtschaftsministerium, ein Tierspital und ein Schlachthaus erstellen. Die Mittel dafür stammen alle aus dem Programm »Öl gegen Nahrungsmittel«: Es schreibt vor, daß 13 Prozent der Einnahmen aus den irakischen Ölverkäufen für die Kurdenprovinzen verwendet werden müssen.

Jegliche Entwicklungszusammenarbeit wird allerdings durch die labile politische Lage und den komplizierten und unsicheren Zugang zu der Region erschwert. So bleiben die kurdischen Gebiete für ihre ökonomische Entwicklung vor allem auf die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern Iran und Türkei sowie mit der irakischen Regierung in Bagdad angewiesen. Dabei scheinen die Beziehungen oft stärker zu sein, als die politischen Verantwortlichen einzuräumen bereit sind. Während Sprecher sowohl der Kurdischen Demokratischen Partei (KDP) als auch der Patriotischen Union Kurdistans betonen, daß lediglich technische Beziehungen zu Bagdad bestünden, wird in Gesprächen mit Einzelpersonen klar, daß zumindest Barzanis KDP noch immer enge Kontakte mit den Machthabern in der irakischen Hauptstadt hat.

Zudem scheint ein reger Handel zwischen den kurdischen Gebieten, dem Restirak und der Türkei und Iran zu bestehen. Dieser umfaßt sowohl

Schmuggelgüter der gehobenen Klasse, wie elektronische Geräte, als auch landwirtschaftliche Produkte.

jkp (Neue Zürcher Zeitung)

200 000 Kurden fordern Staatsbürgerschaft

Das Los der in Syrien lebenden Kurden ist in Europa weitgehend unbekannt. Ihre Zahl wird auf eine bis zwei Millionen geschätzt. Von Syrien wird ihre Existenz jedoch geleugnet. Die Kurden gelten zumeist als Araber, mehr als 200 000 sogar als Ausländer ohne Staatsbürgerschaft. Hinzu kommen nach offiziellen Angaben etwa 75 000 *Maktoumeen*, ebenfalls staatenlose Kurden, die im Gegensatz zu den Ausländern nicht einmal in den Bevölkerungsregistern geführt werden.

Daß Kurden, die in Syrien geboren wurden, staatenlos sind, verstößt gegen das Völkerrecht. Sie bekommen Sonderausweise, die ihnen die üblichen Bürgerrechte vorenthalten. Sie dürfen weder Land, noch Häuser oder Geschäftsbetriebe besitzen, werden von Regierungsbehörden oder staatlichen Unternehmen nicht angestellt, können nicht in akademischen Berufen arbeiten. Ihren Kindern ist der höhere Bildungsweg in Schule und Universität versperrt. Staatenlose Kurden haben keinen Anspruch auf Nahrungshilfe, werden in öffentlichen Krankenhäusern nicht aufgenommen. Wenn sie einen syrischen Staatsbürger heiraten, gelten beide Ehepartner offiziell als ledig. Auch das aktive und passive Wahlrecht besitzen sie nicht. Da sie keinerlei Reisedokumente erhalten, können sie das Land legal nicht verlassen.

Die kurdischen Gebiete in Syrien bilden seit der Festlegung der syrischen Grenzen nach dem Ersten Weltkrieg drei Enklaven: das Bergmassiv des Kurd Dagh (Gebiet um Afrin), die Region von Ain al-Arab (Kobani) nordöstlich von Aleppo und der rohstoffreiche Norden der Provinz Djazira, die sich über eine Länge von 280 Kilometern parallel zur türkischen Grenze im Westen bis zum Nordteil der irakisch-syrischen Grenze erstreckt. In der Djazira wurden zudem kurdische Halbnomaden sesshaft, die bereits während des Osmanischen Reiches im Winter mit ihren Schafherden von den Bergen des heute in Türkisch-Kurdistan gelegenen Anti-Taurus heruntergekommen waren. Nach fehlgeschlagenen Revolten gegen den Kemalismus in der Türkei schlossen sich ihnen weitere Kurden als Flüchtlinge an.

Im August 1962 wurde in der Region Djazira eine Sonderzählung der Kurden durchgeführt. Ihnen wurde unterstellt, illegal aus der Türkei eingesickert zu sein, um den angeblich arabischen Charakter der Provinz zu unterlaufen. 120 000 Kurden wurden damals ausgebürgert. Nach der Machtergreifung der Baath-Partei 1963 veröffentlichte der Sicherheitschef der Provinz Djazira, Mohammed Talab Hilal, einen Zwölf-Punkte-Plan zur Lösung des Kurdenproblems, der darauf abzielte, die kulturelle Identität der Kurden auszulöschen. Darin wurde auch der 1962 entworfene Plan aufgegriffen, einen 15 Kilometer breiten arabischen Gürtel entlang der Grenze zur Türkei und dem Irak als Puffer zu den dortigen Kurdengebieten

einzurichten. Die kurdische Bevölkerung sollte durch arabische Wehrbauern ausgetauscht werden, die in Modelldörfern zusammengefaßt und durch die Stationierung von Militär verstärkt werden sollten. Die Kurden sollten in andere Gebiete zwangsumgesiedelt werden.

Dieser Plan wurde nur teilweise verwirklicht und 1976 offiziell beendet. Doch das Programm läuft weiter. Im Januar 1997 soll in Nordsyrien mit der Enteignung von 600 Familien staatenloser Kurden begonnen worden sein.

Die Arabisierungspolitik wurde konsequent fortgesetzt. Die kurdische Sprache ist offiziell nicht anerkannt. Kurdische Landschafts- und Ortsnamen wurden nach 1967 arabisiert. Kurdische Publikationen sind verboten, kurdisch-sprachige Medien nicht zugelassen. Seit 1992 können Kinder nicht mehr mit kurdischen Namen in die Register eingetragen werden. Nur das kurdische Neujahrsfest Newroz wird gelegentlich erlaubt.

Im Gegensatz dazu hat Syrien der radikalen kurdischen PKK aus der Türkei Unterstützung und Unterschlupf gewährt. Daß die PKK dafür die Arabisierungspolitik Assads unterstützt hat, erfüllt die syrischen Kurden mit Bitterkeit.

Wer sich in Syrien als Kurde bekennt und kulturelle oder politische Rechte fordert, wird verfolgt, verhaftet und gefoltert. Trotz einer Ende 1995 verkündeten Amnestie gibt es in Syrien noch immer politische Gefangene, unter ihnen viele Kurden. Der Gesellschaft für bedrohte Völker liegen Namenslisten mit 43 kurdischen Gefangenen

vor. Sie haben öffentlich verlangt, den ausgebürgerten Kurden die Bürgerrechte zurückzugeben, an offiziell genehmigten Newroz-Festen teilgenommen oder in der Öffentlichkeit demonstrativ Kurdisch gesprochen. Wenn es überhaupt zu einer Anklage kommt, lautet sie oft auf Widerspruch gegen eines der Ziele der Revolution oder Veröffentlichung von Fehlinformationen mit dem Ziel, Unruhe zu schaffen und das Vertrauen der Massen in die Ziele der Revolution zu untergraben. Folter in der Haft ist an der Tagesordnung.

Yvonne Bangert

Leyla Zana - Eine Kurdin im Parlament

Im November 1991 versetzte eine junge Frau, die eben aus dem kurdischen Diyarbakir ins Parlament gewählt worden war, die Türkei in helle Aufregung. Im Anschluß an die vorgegebene Eidesformel, mit der sich die Parlamentarier verpflichten, für die »unteilbare Einheit des Landes und der türkischen Nation« zu wirken, machte Leyla Zana die Bemerkung: »Ich leiste diesen Eid auf die Brüderlichkeit des türkischen und kurdischen Volkes.« Sie war für die meisten Parlamentarier nicht zu verstehen, denn sie hatte - absolute Novität in den heiligen Hallen der Türkei - kurdisch gesprochen.

»Es gibt Kurden in diesem Land«, das war die Botschaft ihres Auftritts, die Zana noch dadurch unterstrich, daß sie Grün-Rot-Gelb, die kurdischen Farben, als Haarband trug. Der Tumult, der im Parlament losbrach, gelangte per Fernsehen live in die Wohnstuben, und die nationalistische Presse *hetzte* tags darauf, Zana habe kurdischseparatistische Parolen gerufen. In Cizre jedoch, der Heimatstadt Zanas an der syrischen Grenze, zogen die Menschen auf die Straßen und feuerten Freudenschüsse in die Luft.

Von einer Leyla Zana wußten die meisten Türken bis dahin nur, daß sie zusammen mit zirka 20 weiteren Abgeordneten der pro-kurdischen HEP auf

der Liste der sozialdemokratischen SHP ins Parlament eingezogen war. Trotzdem wurde die unbekannte junge Frau bald für beide Seiten zum Symbol der kurdischen Forderungen an den türkischen Staat.

Schon früh hat sich Leyla Zana geweigert, einfach mitzuspielen. Als sie gerade 14jährig der Familie ihres späteren Mannes »versprochen« wurde, hat sie das Tablett mit den Gläsern fallen lassen und ihren Vater mit den Fäusten bearbeitet. Fünf Mädchen waren sie zu Hause, ein Sohn blieb der Familie versagt, und es war Leyla, die ihren Vater in die Welt der Männer begleitete. »Ich wurde wie ein Junge erzogen«, sagt sie dazu.

Geschadet hat es ihr nicht. Sie war die erste Frau, die in Diyarbakir die Abschlußprüfung von Mittel- und Oberschule bestand, ohne je die Schulbänke gedrückt zu haben. Sie war die erste Parlamentarierin aus der Südostregion und auch die erste Kurdin in der Volksvertretung.

Leyla Zana ist für ihre Hartnäckigkeit bekannt. Mit ihrem Mann, Mehdi Zana, ist sie in politischen Fragen öfter geteilter als gleicher Meinung. Scherzhaft klagt der zwölf Jahre Ältere: »Mein Fehler war es, daß ich ein intelligentes Mädchen aus dem Dorf in meine Bücher habe sehen lassen.« Mehdi Zana ist in Diyarbakir eine Autorität. Als Unabhängiger war er vor 1980 Bürgermeister der Stadt und einer der ersten, der die Forderung nach Unterrichtung der kurdischen Sprache erhoben hat. Auch dafür saß er seit 1980 zehn Jahre im Gefängnis.

1975 heirateten die beiden, und Leyla kam nach Diyarbakir. Sie war 16 Jahre alt. »Für Politik habe ich mich damals nicht interessiert«, sagt sie rückblickend, »sondern nur versucht zu begreifen, was mein Mann tut.« Als der dann im Gefängnis saß, geschah die Politisierung von allein: »Nach 1980 war ich Dauergast am Gefängnistor. Du wirst beschimpft, herumgestoßen und geschlagen. Du wirst beleidigt, versuchst etwas zu entgegnen und beherrscht doch die Sprache nicht vollkommen.«

Jetzt erst lernte sie richtig Türkisch und holte die Schulabschlüsse nach. Der eigentliche Unterricht jedoch wurde andernorts erteilt: »Das Gefängnis war unsere Universität, und wir draußen waren die Studenten derer, die einsaßen. Du beginnst, die Presse zu verfolgen, und die, die fit im Lesen sind, versorgen dich mit Literatur.«

Leyla kommt nicht aus ärmlichen Verhältnissen, und Mehdi Zana ist gar Sproß eines *Agha*, eines Großgrundbesitzers. Diese finanzielle Rückendeckung ermöglichte es Leyla, die zehn Jahre Inhaftierung ihres Mannes durchzustehen. Hinzu kommt, daß früher aus beiden Familien religiöse Autoritäten kamen. Das soziale Ansehen und das Selbstbewußtsein, die aus dieser Herkunft resultieren, geben Kraft.

Ihre Partei, die HEP, hat in Leyla Zana jemanden gefunden, die nahezu alle Wähler anspricht: die Frauen und die politisch bewußten jungen Leute ebenso wie diejenigen, die sich bei ihrer Entscheidung nach der Herkunft des Kandidaten aus einer einflußreichen Familie richten. Doch

dafür, daß sich die Erwartungen so vieler in ihrer Person bündeln, muß Leyla Zana teuer bezahlen.

Besonders die konservativen Politiker, die sich jeglicher Diskussion der Nationalitätenfrage verschließen, waren sich sofort über die Wirkung der attraktiven Kurdin im klaren und ließen nichts unversucht, sie zu demontieren.

Von Anfang an beschuldigte der ehemalige Ministerpräsident Bülent Ecevit seine sozialdemokratische Konkurrentin SHP, sie ebne mit den Kandidaten der HEP eigentlich der Kurdischen Arbeiterpartei PKK den Weg ins Parlament. Begeistert schlugen die rechten Parteien in die gleiche Kerbe, und tatsächlich erlitt die SHP im Westen des Landes einen Einbruch. »Dies zeigt, daß die Türken sich immer noch weigern, die Existenz des kurdischen Volkes anzuerkennen«, kommentierte Zana damals das Wahlergebnis.

Bereits im Dezember 1991 behauptete auch der Staatsanwalt, daß Leyla Zana und einige ihrer Kollegen der politische Arm der PKK seien. Doch erst im März 1994 entschloß sich das Parlament, die Immunität der Beschuldigten aufzuheben. »Ich habe die Verräter aus dem Parlament geworfen«, rief anschließend Ministerpräsidentin Tansu Ciller ihren Wählern zu.

Gunter Seufert

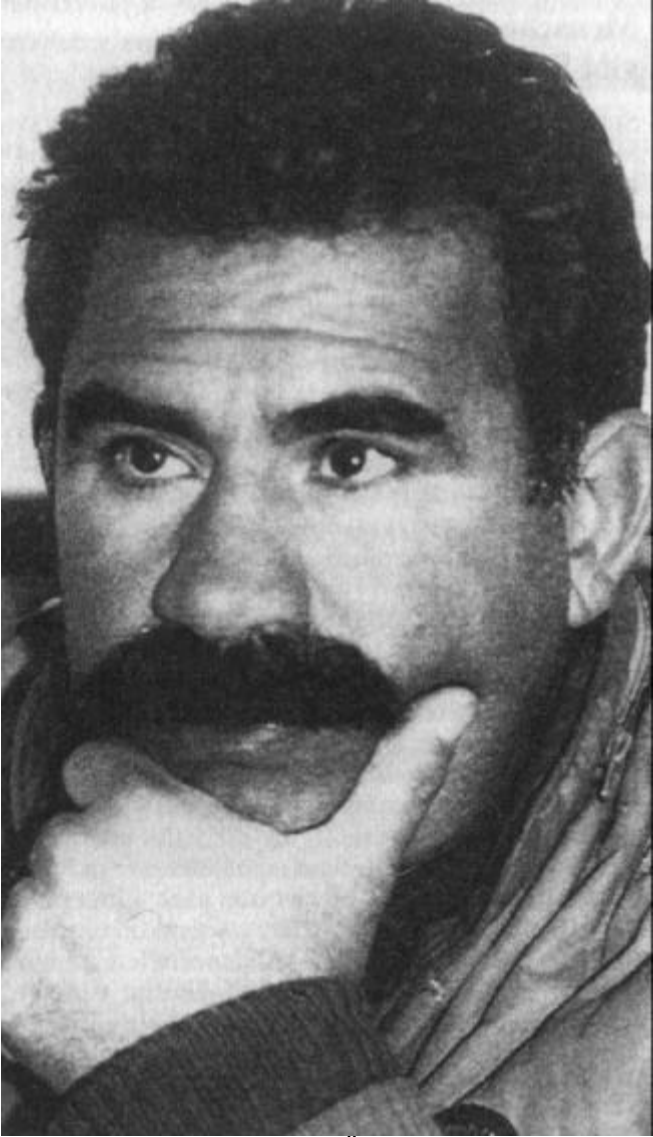
Im Dezember 1994 wurde Leyla Zana in Ankara wegen »Separatismus« zu 15 Jahren Haft verurteilt. 1995 erhielt sie den Aachener Friedenspreis.

Menschenrechtsgerichtshof gibt Kurdin recht

Straßburg (afp) - Die wegen »Separatismus« zu 15 Jahren Haft verurteilte kurdische Abgeordnete des türkischen Parlaments, Leyla Zana, hat vor dem Straßburger Menschenrechtsgerichtshof einen ersten Sieg davongetragen. Der Gerichtshof verurteilte die Umstände der Festnahme Zanas und fünf anderer Abgeordneter und wies die Regierung in Ankara an, den Politikern eine Entschädigung von umgerechnet 84000 Mark zu zahlen.

Die Abgeordneten, damals Mitglieder der inzwischen verbotenen prokurdischen Partei DEP, waren im März 1994 nach Aufhebung ihrer Immunität festgenommen worden. Auf Anweisung des türkischen Staatssicherheitsgerichtshofes blieben die Politiker bis zu 14 Tage in Polizeigewahrsam, ohne einem Haftrichter vorgeführt zu werden. Nach neunmonatiger Untersuchungshaft wurden Zana und drei ihrer Kollegen zu 15 Jahren Freiheitsentzug wegen »separatistischer Propaganda« und Zugehörigkeit zu einer »bewaffneten Bande« verurteilt.

Das vorliegende Urteil betrifft nur die Dauer des Polizeigewahrsams, die nach Auffassung der Straßburger Richter einen Verstoß gegen die Menschenrechtskonvention darstellt. In ihr heißt es, jeder Festgenommene müsse »unverzüglich« einem Richter vorgeführt werden. In weiteren in Straßburg anhängigen Verfahren soll geklärt werden, ob die Verurteilung der ehemaligen Abgeordneten deren Grundrecht auf freie Meinungsäußerung verletzt hat - und ob der türkische Staatssicherheitsgerichtshof überhaupt ein »unabhängiges Gericht« im Sinne der Menschenrechtskonvention ist.



Abdullah Öcalan

Zu Besuch bei der PKK

An einer Tankstelle, irgendwo hinter dem Städtchen Bar Elias in der Bekaa-Ebene, biegt der Wagen ab. Der Fahrer steuert durch eine bescheidene Wohngegend, parkt in einer Seitenstraße. Keine Umwege, keine auffälligen Sicherheitsvorkehrungen, keine schwerbewaffneten Leibwächter, keine Leibesvisitation: Der Besuch bei PKK-Chef Abdullah Öcalan verläuft auf den ersten Blick so normal wie die Visite bei einem alten Bekannten.

Und Öcalan ist ein guter Gastgeber. Der *Apo*, der Onkel, wie ihn seine Anhänger und Kämpfer voller Respekt nennen, nimmt sich Zeit für seine Gäste, ist ausgesucht freundlich, bietet Tee an. Der dicke schwarze Schnurrbart zeigt erste silberne Fäden, auch an den Schläfen wird der PKK-Chef langsam grau. Den kleinen Bauch trägt er wohl schon länger. Seit zwölf Jahren kämpft Öcalan seinen Guerillakrieg gegen die türkische Armee. Den Sicherheitskräften Ankaras gilt der 47-jährige als der bestgehaßte und meistgesuchte Terrorist; für seine Leute und offenbar auch für viele der mehr als zehn Millionen türkischen Kurden aber ist der *Apo* der Führer, der sie befreien wird vom Joch des kemalistischen Nationalismus der Türken.

Im Haus herrscht eine eigenartige Stimmung, eine Mischung aus gedämpfter Ruhe im Vorzimmer zur Macht und der Stille eines Klosters. Die knapp ein

Dutzend PKK-Leute sprechen kein lautes Wort; sie gehen betont leise über die Gänge und durch die spartanisch ausgestatteten Zimmer. Sobald eine Tür klappert, springen sie auf - der *Apo* könnte nach etwas verlangen. Wenn der Besucher das Wartezimmer verläßt, tut er keinen Schritt allein. Die Sicherheitsmaßnahmen sind vielleicht unauffällig, sie sind aber effizient.

Öcalan ist ein Machtmensch, der Widerspruch nicht schätzt. Was er denkt, was er sagt, ist unumstößlich, erlaubt keinen Widerspruch. Die Bilder an den Wänden zeigen, wie weit die Verehrung geht. Öcalan in einer Traube von gut hundert PKK-Kämpferinnen, dahinter die Berge Kurdistans. *Der Apo* vor einer PKK-Flagge, *der Apo* bei einer Pressekonferenz. Die Treue zur PKK und damit zu *Apo* gilt auf Lebenszeit. Für Dissidenten, so sagen seine Kritiker, gibt es kein Pardon. Die PKK ist eine streng hierarchisch organisierte Kader-Partei, in die man eintreten, aus der man aber nicht wieder austreten kann.

Im Gespräch mit Öcalan fällt immer wieder ein Wort: Völkermord. Der »Genozid« der Türken an den Kurden sei noch viel grausamer als der Völkermord an den von den Türken massakrierten Armeniern. »Und Deutschland ist mitschuldig am Krieg in Kurdistan«, sagt Öcalan und wird heftig. •

Was den PKK-Chef derzeit besonders erzürnt, ist das rigide Vorgehen Bonns gegen in Deutschland lebende Kurden. Daß die rüden Methoden seiner

Anhänger in Deutschland nur auf völlige Ablehnung stoßen, scheint sich Öcalan nicht vorstellen zu können. Auch seine Leute haben offenbar keine Vorstellung davon, daß die Militanz der in Deutschland lebenden PKK-Anhänger ihrer Sache nur schadet. »Bei uns nahm dieses Jahr sogar der neue Premierminister an einer *Newroz-Feier* teil«, sagt einer von ihnen. »Und euer Kanzler will uns verbieten, bei Newroz-Demonstrationen unsere Landesfarben zu zeigen. Das ist doch verrückt, was ihr da macht.«

In der Garage des Hauses steht ein Mercedes mit einem syrischen Kennzeichen. Von Bar Elias bis Damaskus ist es vielleicht eine Stunde Fahrt - daß Öcalan die meiste Zeit in Damaskus lebt, ist ein offenes Geheimnis. Der syrische Staatschef Hafis Assad hält seine Hand über den PKK-Chef, weil der für ihn ein politisches Faustpfand ist, solange Damaskus wegen Territorialansprüchen und wegen der Wasserfrage mit der Türkei im Streit liegt. Und der Libanon, wo sich noch immer Ausbildungslager der PKK befinden, ist das Protektorat Assads. Zumindest mit dem Syrer hat Öcalan ein »Gentleman Agreement« getroffen, auf das er sich verlassen kann. Jedenfalls so lange, bis Assad an einem Agreement mit den Türken Gefallen findet und den PKK-Chef hinauskomplimentiert.

Tomas Avenarius

Bremen, 8. Oktober 1994: Am Nachmittag betreten drei Männer die Teestube des Deutsch-Türkischen Freundschaftsvereins und fragen nach Fuat A. Als der sich meldet, sticht einer sofort zu. Ein zweiter schlägt mit einem Hammer auf den 26jährigen ein. Das Opfer bricht schwer verletzt zusammen. Die Angreifer können unerkant entkommen. Fuat K. wird in ein Krankenhaus gebracht, wo er wegen akuter Lebensgefahr sofort operiert werden muß.

Hamburg, am selben Abend: Der Kurde Halil A. wird brutal überfallen. Auch er muß in ein Krankenhaus gebracht werden.

In den vergangenen zehn Tagen wurden mindestens sechs Kurden angegriffen, einige sind lebensgefährlich verletzt. Alle Opfer hatten sich für ein Buch interessiert, auf dessen Besitz offenbar schwere Strafen stehen - bis zur Hinrichtung. Das Buch heißt »Apo'nun Ayetleri« und ist von Selim Cürükkaya verfaßt worden. Bis 1993 gehörte der 40jährige zur Führungselite der kurdischen Arbeiterpartei PKK; er hatte deshalb mehr als zehn Jahre in türkischen Gefängnissen verbracht. 1993 fiel er beim PKK-Führer Abdullah Öcalan in Ungnade, er konnte im letzten Moment nach Beirut und von dort nach Deutschland flüchten, wo er seitdem verborgen lebt. In seinem Buch rechnet der Insider mit dem diktatorischen Führungsstil Öcalans ab. Öcalan soll die Losung ausgegeben haben, alle »Leser zu verbrennen und zu töten«.

tageszeitung, 12. Oktober 1994

Interview mit Abdullah Öcalan (1996)

Eine Umfrage der türkischen Handelskammer hat gezeigt, daß nur 13 Prozent der Kurden einen eigenen Staat fordern, mehr als 50 Prozent sind für ein Ende des bewaffneten Kampfes: Steht die PKK alleine da ?

Ich halte nicht alles für richtig, was diese Umfrage angeblich ergeben hat - schließlich wurde sie von staatsnahen Organen durchgeführt. Und die Wahlen haben doch gezeigt, daß die Kurdenpartei »Hadepe« 77 Prozent der Stimmen in den Kurdengebieten bekommen hat.

Die PKK kann zwar vom türkischen Militär nicht in die Knie gezwungen werden, sie kann den Kampf aber auch nicht für sich entscheiden.

Das stimmt. Man sollte uns aber militärisch nicht unterschätzen. Die Welt sollte sehen, wo wir stehen im Krieg gegen die Türkei: Wir haben vor zwölf Jahren bei Null angefangen; jetzt haben wir ein militärisches Gleichgewicht mit der Armee erreicht und kontrollieren weite Gebiete in Kurdistan. Und hinter der Türkei steht immerhin die gesamte NATO.

Noch ein zweites sollte man bedenken: Die PKK hat die Kurdenfrage überhaupt erst wieder zum Leben erweckt. Die Kurdenfrage war seit dem niedergeschlagenen Aufstand von Dersim im Jahre 1937 regelrecht begraben worden.

Welche Bedingungen stellen Sie denn für ein Ende des Krieges?

Zuerst einmal muß das Militär abziehen, es müssen alle politischen Gefangenen freigelassen werden. Die 3 000 von der Armee zerstörten Dörfer müssen alle wieder aufgebaut und besiedelt werden, und die »Dorfschützer« müssen weg. Dann müssen Wahlen abgehalten werden. Langfristig denke ich an ein föderatives System, etwa nach deutschem Vorbild. Dafür muß die türkische Verfassung geändert werden.

Früher haben Sie immer einen eigenen kurdischen Staat gefordert. Sind Sie plötzlich Realist geworden?

Ich war schon immer realistisch, und ich fühle mich in dieser Frage mißverstanden. Türken und Kurden haben seit vielen hundert Jahren eine gemeinsame Kultur und Geschichte.

Die PKK ist in Deutschland verboten; in Deutschland lebende Kurden prügeln Polizisten halb zu Tode, besetzen Konsulate, begehen Straftaten. Erwarten Sie von der deutschen Bevölkerung und der Regierung etwa Verständnis für diese Ereignisse?

Das sind Vorurteile. Man muß doch gerecht sein: Zwei Polizisten wurden die Nasen blutig geschlagen. Daß auch 300 Kurden verletzt wurden, davon redet keiner. Deutschland ist maßgeblich mitschuld am Genozid an den Kurden. Es liefert seit Jahren für Milliarden von Mark Militär- und Wirtschaftshilfe an Ankara. Die kurdischen Dörfer sind mit Waffen der NVA zerstört worden. Das

harte Vorgehen gegen Kurden in Deutschland soll nur von der deutschen Verwicklung in den Krieg in Kurdistan ablenken.

Sehen Sie Deutschland wirklich als Kriegsgegner der PKK?

Ich war noch nie so überzeugt wie jetzt, daß wir den Krieg fortsetzen müssen. Wenn Ankara jetzt nicht den Dialog mit der PKK sucht, werden wir die Kriegführung ändern. Dann werden wir Selbstmordattentate in der gesamten Türkei und vor allem auch in den Tourismusregionen des Landes begehen. Und wenn Deutschland die Kurden dem faschistischen türkischen Staat ausliefert, dann könnte es auch in Deutschland zu solchen Selbstmordanschlägen kommen. Deutschland liefe Gefahr, zu unserem zweiten Kriegsgegner zu werden. Ich hoffe aber auf ein »Gentleman Agreement« mit der deutschen Regierung.

Sie drohen, deutsche Türkei-Urlauber würden in »Zinksärge« zurückkehren. Können Deutsche 1996 überhaupt noch Urlaub in der Türkei machen?

Unsere Anschläge werden sich nicht gegen einfache deutsche Bürger richten, sondern gegen touristische Einrichtungen. Daß dabei Menschen sterben, ist aber unvermeidlich, da Krieg herrscht. Wahrscheinlich würden dabei vor allem deutsche Urlauber sterben. Die Deutschen sollten lieber nicht in der Türkei Urlaub machen und damit den Krieg der Türken in Kurdistan mitfinanzieren.

Interview: Tomas Avenarius

»Dorfschützer«

Um den Aktivitäten der PKK etwas entgegenzusetzen, hat die türkische Regierung 20000 sogenannte »Dorfschützer« aufgestellt: Dorfbewohner, die bezahlt und bewaffnet werden, um die Widerständler zu bekämpfen. Außerdem sollen sie verhindern, daß die PKK-Kämpfer aus den Dörfern im kurdischen Gebiet logistische Hilfe erhalten.

Die meisten Dorfbewohner nehmen diese Aufgabe nicht gern auf sich und haben Angst vor Vergeltung seitens der Guerilla. Andererseits fürchten sie die Gewalt der Sicherheitstruppen, wenn sie nicht mitmachen. Theoretisch geschieht das »Sich-Anmelden« bei dem Dorfwachschutz auf freiwilliger Grundlage, Verweigerung wird jedoch als Unterstützung der Guerilla ausgelegt. Bei Verweigerung folgt als Strafe Deportation und Zerstörung von Haus und Dorf.

Im Frühjahr 1995 ist die Anzahl der »Dorfschützer« auf 45 000 bis 50 000 geschätzt worden. Sie sind mit automatischen Gewehren bewaffnet und mit Funkgeräten ausgerüstet. In den Kämpfen spielen sie inzwischen eine aktive Rolle.

Antimilitaristies Onderzoekskollektief

Die PKK nach Öcalans Festnahme

An den Händen gefesselt, mit verbundenen Augen und als ob er aus einem durch Drogen verursachten Schlaf aufwachen würde, erzählte Abdullah Öcalan maskierten türkischen Sicherheitskräften, daß er das türkische Volk liebe, daß er zur Kooperation bereit sei und daß er ihnen sehr nützlich sein könne. In der Türkei ließen diese Bilder einen leidenschaftlichen Nationalismus aufwallen, für die Kurden aller politischen Richtungen, Öcalans erbitterteste Gegner inbegriffen, waren sie eine Schmach.

Die Ausstrahlung dieser Bilder sollte offensichtlich Öcalans Charisma zerstören, indem sie ihn als gebrochenen und schwachen Menschen zeigten, der bereit ist, seine Sache zu verraten. In dem Bemühen, etwaiges Mitleid oder gar Sympathie für Öcalan entgegenzuwirken, bezeichneten ihn die türkischen Medien immer nur als »Babykiller« und »Terroristenchef«.

Diese Propaganda bewirkte, daß die Kurden die Reihen schlossen. Fast jeder Kurde fühlte sich persönlich gedemütigt und identifizierte sich bis zu einem gewissen Grade mit Öcalans Schicksal. Selbst Anhänger der irakischen Kurdischen Demokratischen Partei (KDP), die mit Öcalans PKK einen Krieg führte, sprachen von einem schwarzen Tag für alle Kurden.

Die kurdische Reaktion auf Öcalans Gefangennahme zeigt deutlich, wie sehr die

kurdische Nationalbewegung inzwischen ein internationales Phänomen geworden ist. Binnen weniger Stunden nach dem Bekanntwerden der Festnahme besetzten radikale PKK-Mitglieder in ganz Europa diplomatische Missionen Griechenlands. Großdemonstrationen fanden nicht nur in Westeuropa und Rußland statt, sondern auch in den größeren kurdischen Städten in Irak und in Iran. Das türkische Konsulat in Urmia (Iran) wurde tagelang belagert, in Sulaymaniya und Arbil gingen derart viele Menschen auf die Straße, daß einige Kommentatoren meinten, die Gefangennahme Öcalans durch die Türkei hätte ihn bei den irakischen Kurden zu einem bedeutenderen Nationalsymbol gemacht als deren eigene Führer.

Die Gefangeneninsel Imrali im Marmara-Meer ist die vorerst letzte Station der Odyssee Öcalans, die fünf Monate zuvor mit seiner erzwungenen Ausreise aus Syrien begonnen hatte, dem Land, das lange der wichtigste ausländische Unterstützer der PKK gewesen war. Viele Kurden glaubten, daß Öcalans Ausreise aus Syrien ihre positiven Seiten habe. Nur wenige hatten sich Illusionen über Syriens Motivation für die Unterstützung der PKK gemacht. Zunächst war sie ein Trumpf in den Händen Assads bei seinen Konflikten mit der Türkei über die Provinz Hatay (Alexandrette) und das Euphrat-Wasser. Die PKK half dem Assad-Regime aber auch dabei, die im eigenen Land lebenden Kurden ruhig zustellen und seinen Einfluß in den Nordirak auszudehnen. Durch eine erfolgreiche Mobilisierung für ihre Sache hielt die

PKK die syrischen Kurden, die etwa zehn Prozent der Bevölkerung des Landes ausmachen, davon ab, ihren Groll über das syrische Regime offen zum Ausdruck zu bringen. Angeblich soll sich eine beträchtliche Zahl syrischer Kurden sogar der PKK-Guerilla angeschlossen und an Operationen innerhalb Türkisch-Kurdistans teilgenommen haben. Die PKK wurde aber auch beschuldigt, in Syrien als verlängerter Arm der syrischen Geheimdienste gehandelt zu haben und gegen kurdische Dissidenten vorgegangen zu sein.

Syriens Interesse an der Unterstützung der PKK bestand vorrangig darin, daß sie gegen den türkischen Staat kämpfte; Präsident Assad lag daher wenig daran, die PKK zu einer friedlichen Regelung mit der Türkei zu überreden. Wenn die PKK tatsächlich, wie sie seit 1993 behauptet, vom bewaffneten Widerstand zu politischen Verhandlungen hätte übergehen wollen, wäre die Abhängigkeit von Syrien möglicherweise sogar ein ernsthaftes Hindernis gewesen.

Die militärische Schwächung der PKK war möglicherweise ein Grund, warum Syrien die PKK losließ; andere waren der wachsende internationale (besonders US-amerikanische) Druck und die türkische Drohung mit einer bewaffneten Intervention. Der PKK nahestehenden Kreisen zufolge erhöhte sich in den letzten Jahren der US-amerikanische Druck auf Syrien, die PKK nicht mehr zu unterstützen, woraufhin Damaskus die PKK wissen ließ, daß sie die syrische Gastfreundschaft nun zu Genüge genossen hätte.

Das türkische Säbelrasseln im Oktober 1998 war dann nur noch der letzte Anstoß.

Die PKK war keineswegs ausschließlich auf Syrien angewiesen, sondern hatte sich auch andernorts umgetan. Seit den frühen achtziger Jahren unterhielt sie Stützpunkte in Nordirak und im Nordwesten Irans und erhöhte dort in den neunziger Jahren ihre Präsenz, als sie Leute aus Libanon und aus Syrien zu Lagern im Iran und in die Gebiete im Nordirak abzog, die von Mahud Barzanis Kurdischer Demokratischer Partei (KDP) und von Jalal Talabanis Patriotischer Union Kurdistans (PUK) kontrolliert wurden.

Die Türkei führte zahllose Kommandounternehmen in Nordirak aus, aber selbst Invasionen im großen Maßstab (mit Zehntausenden Soldaten und schwerem Kriegsgerät) konnten die PKK nie zerschlagen, deren Popularität bei den irakischen Kurden inzwischen sehr groß geworden war. Diese Popularität stieg noch, als sich zwischen der Zivilbevölkerung und den irakischen Kurdenparteien, deren Streitereien 1994 in einen offenen Krieg mündeten, eine immer größer werdende Kluft auftat.

Seit 1995 bekämpft die PKK die KDP Barzanis und hat dadurch einen Großteil der Sympathien bei den irakischen Kurden eingebüßt. Die größten PKK-Lager sollen sich angeblich in der südlich des 36. Breitengrades gelegenen kurdisch-irakischen Makhmur-Provinz befinden, die weder von der KDP noch von der PKK, sondern von der

Zentralregierung in Bagdad kontrolliert wird. Trotz der vereinten Bemühungen der türkischen Armee und der KDP verfügt die PKK auch noch über eine Reihe kleinerer Stützpunkte in der Nähe der Grenzen zur Türkei und zu Iran.

Viele Kurden knüpften an die Ankunft Öcalans in Italien die Hoffnung, daß sein Aufenthalt in Europa langfristig zu einer Lösung des Konflikts auf dem Verhandlungsweg führen würde. Es wurde erwartet, daß sich das Kräfteverhältnis zwischen dem »militärischen« und dem »politischen« Lager innerhalb der PKK-Führung zugunsten des letzteren ändern würde und die PKK nun den Alleinvertretungsanspruch aufgeben, andere als Repräsentanten für das kurdische Volk akzeptieren und vielleicht sogar selbst pluralistischer würde.

Öcalan war jedoch nicht unbedingt nach Europa gekommen, um sein Terroristenimage loszuwerden, obgleich viele seiner Anhänger genau dies wollten. Die veränderten Aufstandsbekämpfungstechniken der Türkei (darunter die Evakuierung und Zerstörung Tausender Dörfer und der Einsatz von Todesschwadronen gegen kurdische Führungspersönlichkeiten, Rechtsanwälte und Politiker) hatten einen Großteil der zivilen Unterstützungsstruktur der PKK zerstört. Während die PKK in den frühen neunziger Jahren zahlreiche Städte sowie einige ländliche Gebiete kontrollierte, war sie bis 1995 zu einer reinen Militärorganisation reduziert worden. Seitdem hat sich ihre militärische Präsenz innerhalb der Türkei erheblich verringert.

Öcalans Aufrufe zur friedlichen Beilegung des

Konflikts waren allerdings nicht nur Folge der militärischen Niederlage der PKK, wie die türkischen Behörden behaupteten. Schon seit den frühen neunziger Jahren, als seine Bewegung am stärksten war, war er bestrebt, den Guerillakampf in einen zuvorderst politischen Kampf zu wandeln. Er widerrief die früheren pankurdischen Ansprüche der PKK und befürwortete Verhandlungen mit der Türkei. Den ersten Schritt in diese Richtung machte er im Jahre 1988 in einem Interview mit der türkischen Tageszeitung »Milliyet«. Im März 1993 (wie auch 1995 und 1998) erklärte Öcalan dann einen einseitigen Waffenstillstand und forderte die Türkei auf, auf kulturelle Forderungen der Kurden einzugehen. Außerdem zeigte er sich willens, bei eventuellen Gesprächen auch andere kurdische Repräsentanten anzuerkennen.

Über Journalisten waren bereits im Jahr zuvor indirekte Kontakte zum damaligen Präsidenten Turgut Özal hergestellt worden. Öcalan wußte, daß Özal, wenngleich auf sich alleingestellt, zu einer Lösung der Kurdenfrage entschlossen war, und erwartete von ihm entsprechende Initiativen. Als Özal im März 1993 an einem Herzanfall starb, witterten die Kurden ein übles Spiel und waren überzeugt, daß der Präsident von jenen Falken ermordet worden war, die in den folgenden Jahren den »schmutzigen Krieg« führten.

Die Gruppe, aus der sich später die PKK entwickeln sollte, entstand Mitte der siebziger Jahre zunächst im studentischen Milieu Ankaras; später wurden aber bevorzugt Mitglieder aus den unteren

ländlichen Schichten Kurdistans rekrutiert. Die Gruppe nahm eine anti-intellektuelle Haltung ein und sprach sich gegen eine formale Ausbildung aus, da sie Schulen als Teil des türkischen kolonialen Systems ansah. Nach dem Beginn des Guerillakrieges nahm die PKK viele junge Dorfbewohner mit nur geringer Schulbildung in ihre Reihen auf, für die das Leben als Guerillero in den Bergen die einzige Ausbildung war, die sie jemals erhalten sollten.

Eine vollkommen andere Gruppe, die ich als »zivile PKK« bezeichnen möchte, besteht aus Unterstützern mit höherer Schulbildung, die sich der PKK nach deren ersten militärischen Erfolgen anschlossen und zum großen Teil vorher in anderen kurdischen oder türkischen Linksparteien aktiv gewesen waren. Hinsichtlich ihrer kulturellen und diplomatischen Aktivitäten (Veröffentlichung von Zeitungen, Zeitschriften und Websites in verschiedenen Sprachen; Organisation der Unterstützerkomitees in Europa, Satelliten-TV etc.) geriet die PKK mit der Zeit in starke Abhängigkeit dieser »Zivilisten«.

Die »militärischen« und »zivilen« Flügel der PKK haben offensichtlich verschiedene Ansichten über den Nutzen von Verhandlungen und Zugeständnissen. Öcalans Bemühungen der letzten Jahre, die PKK-Strategie zu ändern, machten einen Balanceakt notwendig, der beide Flügel zufriedenstellte. Die häufigen Ungereimtheiten in seinen öffentlichen Aussagen (Androhung von Gewalt einerseits und Versprechungen, den

Guerillakampf zu beenden, andererseits) sind zumindest teilweise vor diesem Hintergrund zu betrachten.

Fortschritte in Richtung auf eine politische Lösung setzten eine aktive Beteiligung »der Zivilisten« voraus, bargen aber das Risiko in sich, daß »die Militärs« sich marginalisiert fühlten. Nicht zuletzt wegen des Umstandes, daß letztere die einzige Bedrohung für Öcalans Machtstellung darstellten, mußte er sie unbedingt unter Kontrolle halten. So war es keine Überraschung, daß es in den neunziger Jahren eine Reihe von Säuberungen in der militärischen Organisation gab; die Rivalitäten zwischen einzelnen Kommandanten suchte Öcalan für sich zu nutzen.

Öcalans Gefangennahme brachte Bewegung in die PKK, deren Militärflügel nun die Führungsrolle übernommen zu haben scheint. Die Vorhersage türkischer Anti-Aufruhrspezialisten, die PKK werde in eine Vielzahl miteinander konkurrierender Militärfraktionen zerfallen, stellte sich als falsch heraus. Ein in Kurdistan abgehaltener außerordentlicher Parteikongreß ernannte keinen Nachfolger für Öcalan, sondern bestätigte ihn vielmehr als unsterblichen ewigen Parteiführer. Die europäischen Repräsentanten der Partei wurden getadelt und, wie es scheint, auch dafür bestraft, daß sie Öcalans Gefangennahme nicht verhindert hatten.

Obgleich in Parteiveröffentlichungen jetzt Öcalans Bruder Osman in den Vordergrund gestellt wird, der seit 1990 die Partei in Iran führt, hat

offensichtlich Cemil Bayik, lange Zeit der Militärführer, jetzt das Sagen. Er ordnete unmittelbar nach Öcalans Festnahme die Wiederaufnahme des Guerillakampfes an, obgleich Öcalan über seine Anwälte dazu aufrief, sich von der Gewalt loszusagen

Martin van Bruinessen

»Hochverrat« lautete die Begründung, mit der das türkische Staatssicherheitsgericht PKK-Chef Abdullah Öcalan zum Tode verurteilte. Gerichtspräsident Türgüt Okyay beschuldigte ihn »terroristischer Aktivitäten«. Nachfolgend Auszüge aus der Urteilsbegründung:

»Zum Abschluß des Verfahrens unseres Gerichtshofs gegen den Angeklagten Abdullah Öcalan haben wir einstimmig entschieden, ihn zum Tode zu verurteilen nach Artikel 125 des Strafgesetzbuches. Der Angeklagte hat die bewaffnete terroristische Organisation PKK gegründet und Aktionen befohlen, die Tausende unschuldige Opfer bewirkt haben und niemanden verschonten - weder Säuglinge noch Kinder, Frauen, Greise oder Zivilisten -, um sein Ziel zu erreichen, einen Teil des türkischen Staatsgebiets abzutrennen und einen sogenannten Kurdenstaat zu gründen.

Das Ausmaß der Aktionen der von dem Angeklagten angeführten Organisation stellte eine ernste, nahe und offene Bedrohung des türkischen Staates dar. Hunderte von Aktionen, die von der PKK verübt wurden, rechtfertigen für sich alleine eine Verurteilung zum Tode. Der Angeklagte verliert seine Bürgerrechte auf Lebenszeit. Seine Anwälte haben das Recht, Berufung gegen das Urteil einzulegen.«

»Wir gingen in die Tendurek-Berge, wo uns ein Kampf erwartete. Die PKK hatte uns gesehen und versteckte sich in Erdhöhlen. Wir umzingelten sie. 16 PKK-Kämpfer wurden getötet. Wir sammelten die Leichen ein. Als wir am nächsten Morgen aufstanden, waren die Ohren der Leichen abgeschnitten. Ich sah einen Soldaten, wie er ein Ohr in einen Umschlag steckte. Diejenigen, die die Ohren abschnitten, schickten sie normalerweise an ihre Familien. Wenn ich etwas gesagt hätte, hätten sie mir vorgeworfen, daß ich den >kurdischen Nationalismus< unterstütze oder daß ich Mitglied der PKK sei.«

*Soldat, geboren in Mus, Osttürkei (Militärdienst
1993-1995)*

*Auszug aus dem Buch »Mehmedin Kitabi«
(Mehmets Buch), das nach seinem
Erscheinen im Juni 1999 in der Türkei
verboten wurde. In dem Buch, das von Nadire
Mater zusammengestellt wurde, beschreiben
42 türkische Soldaten ihre Erlebnisse
während ihres Militärdienstes in der
Osttürkei.*

Rache, Rache, Rache

In Amerika war Nilgün Tuyan noch nie, den Bundesstaat Texas kennt sie nur vom Namen her, und der Name John William King sagt ihr nichts. Aber die Hausfrau aus dem Istanbuler Stadtteil Bakirköy hat von einem Mordfall in Texas gehört und sich Gedanken darüber gemacht. Jetzt, da sie am Grab ihres Sohnes steht und zum weiß Gott wievielten Mal die Marmoreinfassung sauberwischt, sprudelt aus ihr heraus, was sie so lange in ihrem Herzen verborgen hat: »So wie in Amerika, so sollte man diesen dreckigen Hund umbringen!«

Der »dreckige Hund« ist Abdullah Öcalan, Terrorist für die Türken, Freiheitsheld für die Kurden und derzeit einziger Häftling auf der türkischen Gefängnisinsel Imrali. Die Sache in Texas ist soeben mit einem Todesurteil abgeschlossen worden. John William King wird durch die Giftspritze sterben, weil er einen Schwarzen an die Stoßstange eines Pick-up gekettet und auf geschotterten Feldwegen zu Tode geschleift hat.

Nilgün Tuyan hat sich noch andere Dinge für Apo, den Vorsitzenden der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), ausgedacht, aber die behält sie lieber für sich. Andere Frauen, die an diesem sonnigen Wintertag ebenfalls auf den *Şehitlik*, den »Märtyrerfriedhof« von Edirnekapi im Schatten der

alten Stadtmauern Konstantinopels, gekommen sind, zeigen weniger Scheu: »Jeden Tag sollte man ein Stückchen aus ihm herausschneiden«, ruft die eine. »Nein«, ruft eine andere, »jede Mutter eines Märtyrers sollte einen Fetzen aus ihm herausreißen dürfen. Gebt ihn uns, gebt ihn nur uns!«

In der Küstenstadt Mudanya, wo die Boote nach Imrali übersetzen, demonstrierten am Sonntag 5 000 Märtyrermütter. »Hängt ihn auf!« riefen sie, und: Imrali solle Apos Grab werden. Nirgendwo in der Türkei, so scheint es, ist Apo sicherer als in seiner Zelle.

Rund 10 000 sogenannte militärische Märtyrer zählt die türkische Armee nach 15 Jahren Krieg im Südosten des Landes: Soldaten, Unteroffiziere, Leutnants, Oberste und hier und da sogar ein General, die auf türkischer Seite in diesem schmutzigen und unerklärten Krieg gestorben sind. Nicht eingeschlossen sind »zivile Märtyrer« - Krankenschwestern, Postboten, Lehrer und Beamte, die entweder von PKK-Kommandos ermordet wurden oder zwischen die Kriegsparteien geraten waren.

Doch egal, ob Busfahrer oder Brigadegeneral -sie alle sind gefallen für Volk und Vaterland, und dadurch werden sie in den Stand des Märtyrers erhoben. *Sehit* heißt das auf Türkisch - man benutzt bewußt die Übersetzung des arabischen Worts *Schahid*, der opferbereite Blutzeuge. Es ist derselbe *Schahid*, der auch im Wort *Mudschaheddin* steckt, mit dem sich afghanische und andere muslimische Gotteskämpfer schmücken. Wenn es um das heilige

Vaterland geht, dann kennt die atheistische türkische Republik keine Berührungängste mit dem Islam. Vielleicht ist dies nur gerecht: Schließlich sind es meist Muslime aus armen Familien, die in Kurdistan krepieren.

Doch im Tod sind alle Märtyrer gleich, so jedenfalls schreibt es die Dienstvorschrift der türkischen Armee vor - auf zwölf, eigens den *Shitler* gewidmeten Seiten. Alle erhalten das gleiche Begräbnis, mit Imam und Ortskommandeur, ganz egal, ob der Gefallene Gefreiter oder General war. Auch die Grabstätten sind identisch - in weißen Marmor gefaßt und mit schlichten Grabsteinen. Name, Rang, Geburts- und Sterbedatum sowie das Wort *Shit* sind darin eingemeißelt. Neben die Gräber ist eine rote türkische Fahne in den Boden gepflanzt.

Nur auf der Rückseite des Steins dürfen die Hinterbliebenen eigenen Gefühlen Ausdruck geben.

Doch die unterscheiden sich nicht von der amtlichen Prosa. »Falls die Kugel nach der Anschrift gefragt hätte«, steht da zum Beispiel, »dann hätten wir unsere eigenen Herzen genannt.« Ein Vater ruft dem toten Sohn nach: »Für Vaterland und Nation hast du deine bloße Brust dem Feind entgegengereckt und bist in den Stand des Märtyrers eingetreten. Ruhe in Frieden; wo du schläfst, soll das Paradies sein.« Gleich am Eingang zum *Edirnekapi Shitligi*, wo auf 28 000 Quadratmetern Gefallene aller Kriege seit Beginn des Jahrhunderts liegen, heißt es gleichsam stellvertretend für alle: »Ein Türke zählt soviel wie

»Zuerst umzingelte eine Einheit die Gegend, dann drangen wir in das Dorf ein, wo die Terroristen waren. In dem ersten Schußwechsel verloren wir einen Kameraden. Wir forderten sie auf, sich zu ergeben, aber sie antworteten mit Gewehrfeuer. Als der Kommandeur gehört hatte, daß ein Soldat gestorben war, gab er uns Order, schweres Geschütz einzusetzen. Der gefallene Kamerad stand ein wenig höher als wir, es waren nur sechs oder sieben Tage bis zu seiner Entlassung. Seine Leiche wurde nach Corum in Zentralanatolien geschickt. Sein Vater weinte und sagte: >Er war so kurz vor der Entlassung, und jetzt müssen wir ihn begraben!< Im selben Moment erlitt er einen Herzinfarkt und starb.«

*Soldat aus Cankiri, Zentralanatolien
(Militärdienst seit 1989)*

tausend Feinde«, und: »Wenn du frei leben willst, zeige Achtung für den *Sehit*.«

Im Tod sind alle gleich, sagt auch Sencan Bayramoglu und reckt sich in ihrer Kostümjacke, die genauso steif und schwarz ist wie der Schreibtisch, hinter dem sie sich verschanzt hat. »Für mich sind alle gefallenen Soldaten meine Söhne, so gut wie mein eigener Sohn.« Auch neben Sencan Bayramoglus Schreibtisch steht eine türkische Fahne, hinter ihrem Kopf hängt ein Foto Mustafa Kemal Atatürks in Generalsuniform. Das Profil des Staatsgründers zielt auch die Anstecknadel am Revers ihres Jacketts. Frau Bayramoglu, soviel ist gewiß, verkörpert die Ideale von Atatürks Republik.

Sencan Bayramoglu ist außerdem eine politische Kraft von schwer einschätzbarer Größenordnung. In Istanbul ist sie Vorsitzende der lokalen Märtyrervereinigung, die 500 eingeschriebene Mitglieder hat. Ihr Büro liegt im vierten Stock eines heruntergekommenen Hinterhauses am Aksaray-Platz. Sieben, acht, neun Leute drängen sich auf vielleicht 15 Quadratmetern, es ist heiß und stickig, und es riecht nach schwarzem Tabak und alten Teeblättern.

Doch der schäbige Eindruck täuscht. Hier wird Politik gemacht, gerade in diesen Tagen, da die ganze Welt einzig um das Wohlergehen des Angeklagten Öcalan besorgt ist und allgemein in Vergessenheit zu geraten scheint, daß zu jedem Krieg mit seinen Schweinereien mindestens zwei gehören. Daß es Opfer auch auf der türkischen Seite

gab, daran erinnern die »Märtyrerfamilien«, und deshalb bringt man sie propagandistisch groß heraus. Im Gerichtssaal, der auf Imrali zur Zeit für Öcalan gebaut wird, sind die ersten Zuschauerreihen für sie reserviert.

Aber auch früher kam niemand an den »Märtyrermüttern« vorbei, noch nicht einmal das mächtige Militär. Sie sind zu Zehntausenden landesweit in 34 Vereinen organisiert; meist sind es Mütter, Witwen und Schwestern, seltener Väter und Brüder. Es gibt sogar die Theorie, daß die Regierung Ende 1998 Syrien nur deshalb zur Vertreibung Öcalans zwang, weil die *Sehit-Versine* den Kopf des Separatistenchefs forderten, zumindest aber Bewegung an der Kurdenfront sehen wollten.

Doch anders als die russischen »Soldatenmütter« des Afghanistan- und Tschetschenien-Krieges sind die türkischen »Märtyrermütter« nicht das Gewissen der Nation. Sie sind deren Ankläger. Wenn sie an die Portale der Macht pochen, fordern sie nicht Rechenschaft, sondern Rache. Über eine politische Lösung des Kurden-Konflikts kann man mit ihnen nicht reden.

Nach Vergeltung verlangt auch Sencan Bayramoglu, obwohl sie es nicht so brüsk formuliert wie ihre Leidensgenossinnen draußen auf dem Friedhof. »Wir haben großes Vertrauen in unsere Justiz«, beteuert sie zunächst einmal. »Sie wird Apo seine Strafe zukommen lassen, und falls dies die Todesstrafe ist, so werden wir dies tolerieren.« Die Worte kommen sehr schnell und

sehr präzise. Frau Bayramoglu hält sich kerzengerade. Sie stammt von dem kaukasischen Volk der Tscherkessen ab und kommt aus einer Offiziersfamilie. Auch ihr Mann ist Offizier, und ihr Sohn Ekin Cenk war Leutnant, als er vor acht Jahren irgendwo im Osten des Landes fiel.

Ganze 25 Jahre war er damals. »Ich habe einen Juwelensohn für dieses Land großgezogen«, sagt Frau Bayramoglu ohne große Regung. Würde sie auch einen zweiten Sohn dem Vaterland opfern? Die Antwort kommt wie ein Pistolenschuß: »Tabu« - natürlich würde sie es tun. »Wo unsere Fahne weht, da muß er hin.« Natürlich sei er »viel zu früh gestorben«, gibt Sencan Bayramoglu zu, und Nilgün Tuyan auf dem Friedhof formuliert es poetischer: »Sie wurden alle vernichtet, bevor sie richtig erblüht waren.«

Gilt das vielleicht auch für jene jungen Männer, die ihr Leben für die PKK opferten? Zumal - wie die martialischen Mütter immer wieder beteuern - »Türken und Kurden immer Brüder waren«. Was also würde Sencan Bayramoglu einer Kurdin sagen, deren Erstgeborener von einer MG-Salve niedergemäht wurde?

»Daß sie nicht so viele Kinder in die Welt setzen soll, wenn sie sie nicht richtig erziehen kann, das würde ich ihr als erstes stecken«, sagt die Frau. »Die gebären zehn, zwölf Kinder, lassen sie auf die Straße, wo sie Drogen nehmen und von den Terroristen verführt werden.« Türken und Kurden als Brüder? Ohne es zu merken, widerspricht Frau Bayramoglu der These. Sie atmet tief durch, bevor

sie - schrill und äußerst überzeugt - ihr Urteil fällt:
»Mein Sohn wußte wenigstens, wofür er starb.«
Nicht einmal die Trauer gönnen sie und die anderen
Soldatenmütter den kurdischen Frauen: »Man kann
sie nicht mit uns vergleichen; sie haben so viele
Kinder, daher sind ihre Kinder nicht soviel wert,
und deshalb ist ihr Schmerz nicht so groß wie der
unsere.«

Wolfgang Koydl

»Ich liebe mein Vaterland und meine Nation, aber noch mehr liebe ich mein Leben. Versuchen Sie doch mal, den Sohn eines Offiziers zu finden, der seinen Militärdienst in Sirnak absolvieren muß. Einmal schickten sie versehentlich den Sohn von Generalmajor Ismail Hakki Karadayi zu uns. Der sagte zu uns: >In zwei Tagen werde ich weg sein.< Und nach zwei Tagen war er weg, sie flogen ihn mit einem Sikorsky-Helikopter nach Diyarbakir.

Verstehen Sie mich nicht falsch, aber man wird hier zum Tier. Man geht so durch den grünen Wald, ein Soldat nimmt ein Streichholz und zündet ihn einfach so an. Ich stattete Bericht ab, daß >flüchtende Terroristen den Wald abgebrannt hatten. Das mußte ich dann unterzeichnen.

Es gab Momente, in denen wir uns nach dem Tod sehnten. Ich wollte wirklich sterben. Ich litt nicht so sehr unter der PKK, sondern vielmehr unter der militärischen Disziplin. Nach der Logik des Militärs ist jeder, der seine Rechte einklagt, ein Mitglied der PKK. Wenn ein Bauer sagt: >Warum haben wir keine Straßen<, dann reicht das schon, aus ihm ein PKK-Mitglied zu machen.«

*Soldat, geboren in Samsun
am Schwarzen Meer (Militärdienst 1996-98)*

Nicht mehr tabu

In Frankreich sollen Bretonen, Elsässer und Katalanen ihre Sprache sprechen dürfen; in Spanien verhandelt die Madrider Zentralregierung mit der baskischen ETA, und in Großbritannien haben Schotten und Waliser soeben ihre eigenen Parlamente erhalten: Zumindest im friedlichen Westeuropa scheinen für nationale Minderheiten zum Ausklang des 20. Jahrhunderts bessere Zeiten anzubrechen. Sieht man einmal von den ethnischen Hexenkesseln auf dem Balkan und im Kaukasus ab, dann blieben nur die Kurden ohne kulturelle und politische Autonomie.

Aber auch ihr Schicksal soll sich verbessern, und die Grundlage für diesen Meinungswandel der türkischen Machthaber ist ausgerechnet das Urteil gegen die kurdische Symbolgestalt Abdullah »Apo« Öcalan. Seit Beginn des Prozesses gegen den Führer der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) haben sich die Indizien verstärkt, daß die Türkei erstmals zu gewissen Zugeständnissen an die kurdische Bevölkerungsgruppe bereit ist. Wirtschaftliche, soziale und politische Offensiven sollen offensichtlich die militärischen Aktionen der vergangenen 15 Jahre ablösen.

Schritt für Schritt haben die Massenmedien die Öffentlichkeit auf den neuen Kurs eingestimmt. In der Tageszeitung »Milliyet« beispielsweise rief der frühere Spitzendiplomat Sükrü Elekdag dazu auf,

das kurdische »Tabu zu beseitigen«. Öffentlich widersprach der angesehene Ex-Botschafter sogar dem Regierungschef: »Jetzt schreibt Bülent Ecevit in einem Brief an Bundeskanzler Schröder, daß es kein Kurdenproblem gibt. Aber landesweit und im Südosten des Landes zeigen Meinungsforschungsberichte, daß die erdrückende Mehrheit unseres Volkes das Kurdenproblem als nationales Problem sieht.« Noch vor zwei Monaten wäre ein Autor für solche Äußerungen hinter Gitter gekommen.

Als »beschämend« bezeichnete es Elekdag zudem, daß türkische Behörden noch nicht einmal wüßten, wie viele Menschen kurdischer Abstammung überhaupt innerhalb der Landesgrenzen lebten: »In der Türkei ist die kurdische Identität ein Tabu. Deshalb sind unsere Untersuchungen darüber sehr dünn, während andere Staaten das Thema in allen Dimensionen untersuchen«, schrieb er. Der Diplomat erhielt Flankenschutz von einem früheren Vorgesetzten: Der ehemalige Außenminister İler Türkmen schrieb in einem Zeitungskommentar zur Kurdenfrage, daß »kein Problem durch Verbote und Gewalt gelöst werden« könne.

Ein anderer staatstreuer Zeitungskolumnist, Hasan Cemal, sah sich persönlich in den kurdischen Städten Diyarbakir, Cizre, Sirnak und Mardin um und hatte Erstaunliches zu berichten: »Was würde sich schon ändern, wenn man Apo hängt«, hätten ihm die Leute auf der Straße gesagt. »Wäre es nicht besser, wenn man ihn nicht aufhängen würde?«

Viel wichtiger sei es doch, daß der Krieg beendet und das Problem gelöst werde.

Sogar Staatspräsident Süleyman Demirel wies Öcalan einen Weg, wie er dem Strick entgehen könnte. Öffentlich dachte er laut darüber nach, welche Berufungswege dem PKK-Chef nach dem Urteil des Staatssicherheitsgerichts offen stünden. Ausdrücklich erwähnte der Präsident dabei den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, eine Institution, für die der türkische Staat bislang nur wenig übrig hatte.

Zu diesen milden Ionen gegenüber dem »Staatsfeind Nummer Eins« paßt es auch, daß die pro-kurdische »Demokratiepartei des Volkes« (HADEP) seit Beginn des »Jahrhundertprozesses« freier atmen kann. Vor Beginn des Verfahrens drohte HADEP ein Verbot wegen angeblich enger Verbindungen zur PKK; davon ist jetzt keine Rede mehr.

Mehr noch: Ausgerechnet die Zeitung »Hürriyet«, das lauteste Sprachrohr des türkischen Nationalismus, teilte ihren Lesern mit, daß ein umstrittenes Amnestiegesetz wieder auf die Tagesordnung des Parlaments gesetzt werden solle. Danach kann die Todesstrafe für PKK-Terroristen auf neun Jahre Haft reduziert werden. Sogar »Apo« könnte in den Genuß dieser Amnestie kommen.

Vor diesem Hintergrund verschwinden die wenigen martialischen Töne, die noch zu hören sind. So hatten ein ehemaliger Heereskommandeur und ein aktiver General Gnade für den »Mörder von 30 000 Menschen« rundum abgelehnt. »Er bettelt

vor dem türkischen Volk um sein Leben«, hatte General Feridun Öztürk barsch erklärt. »Vergebens. Das hätte er sich überlegen müssen, als er noch ein Werkzeug ausländischer Mächte und Verräter war.«

Gründe für die neue konziliante Gangart gibt es viele. Zum einen können sich Armee und Staat mit dem Urteil gegen den »Separatistenführer« als Sieger in dem 15 Jahre währenden Krieg präsentieren und somit ein wenig Großmut zeigen. Zum anderen wissen sie aber auch, daß dieser »Krieg geringer Intensität«, wie er beschönigend genannt wird, weder wirtschaftlich noch militärisch, weder innen, noch außenpolitisch länger zu rechtfertigen ist: Der Krieg ist teuer, die Menschen sind seiner müde, und zu allem Überfluß sind die volkswirtschaftlichen Daten so schlecht wie seit Jahren nicht. Zum erstenmal wird sogar offen darüber diskutiert, daß die Armee einen Teil ihres dicken Budgets für dringend benötigte Investitionen in den kurdischen Gebieten in der Südost-Türkei freigeben solle.

Außerdem erkennt man in Ankara mögliche Parallelen zwischen dem Krieg im eigenen Land und der NATO-Aktion im Kosovo. Bundesaußenminister Joschka Fischer erinnerte wieder daran, als sein Amt die Auslieferung von Fregatten an die Türkei stoppte. Aus Gründen der eigenen Glaubwürdigkeit könne man nicht die Serben bombardieren, weil sie die albanische Minderheit unterdrückten, aber die Türken aufrüsten, hieß es dazu in Bonn.

Wolfgang Koydl

Öcalans Stimme verstummt

Nach der Verhaftung des PKK-Chefs Abdullah Öcalan und seiner anhaltenden Abschottung von jeglicher Öffentlichkeit werden nun auch die Sprachrohre der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) verstopft. Seit Ende März 1999 ist der aus London sendende Satellitenkanal Med-TV zum Schweigen verurteilt. Die britische Medienaufsicht ITC hat der Med-Broadcasting Ltd. vorübergehend die Lizenz entzogen. Begründung: Mehrere nach der Verhaftung Öcalans ausgestrahlte Sendungen enthielten eindeutig Elemente, die »zu Verbrechen ermutigen und anstacheln«.

Anlaß zu diesem Schritt gab eine Intervention der türkischen Regierung, die in London, Bonn und Brüssel vorstellig geworden war. Ihr Anliegen: In diesen Ländern produzierte, »zum Terrorismus anstiftende Medien« sollten geschlossen werden. Neben Med-TV richtete sich der Vorstoß der Türkei auch gegen die Zeitung »Özgür Politika« (Offene Politik) und die Nachrichtenagentur DEM. Beide Organe haben ihren Hauptsitz in Deutschland, und beide verbreiten Nachrichten und Berichte vor allem aus Sicht der PKK.

Einen Monat später wurde die Lizenz für Med-TV widerrufen - eine Entscheidung von weitreichender Bedeutung: Med-TV (der Name des Senders leitet sich von den antiken Medäern ab, die angeblichen Vorfahren der Kurden) war bis dahin das

einflußreichste kurdische Medium überhaupt. Über den Satelliten Hotbird 4 konnte das Programm sowohl im Nahen Osten wie auch in Europa gut empfangen werden; Kurden in ihrer Heimat und in der Diaspora profitierten davon. Nach Angaben des Senders schauten bis zu zehn Millionen Menschen das täglich 18 Stunden ausgestrahlte Programm. Sendesprachen waren die drei wichtigsten kurdischen Dialekte Kormandschi, Sorani und Sasa sowie Türkisch, Arabisch und Assyrisch.

Laut Selbstdarstellung war Med-TV »ein innovativer Satellitenkanal«, de facto gehörte der Sender zum Propagandaapparat Öcalans. Aufgelockert von Musik-, Kinder- und Kultursendungen standen die Erklärungen des PKK-Chefs im Mittelpunkt der Programmgestaltung. Einer der Anklagepunkte in dem Prozeß gegen Öcalan in Ankara bezog sich denn auch auf eine vor drei Jahren von Med-TV ausgestrahlte Rede des PKK-Chefs. Der türkische Generalstaatsanwalt hörte daraus »Hochverrat« und die »Steuerung von terroristischen Aktionen« heraus.

Seit der Kurden-Kanal am 15. Mai 1995 auf Sendung ging, ließ die türkische Regierung nichts unversucht, um die Invasion aus dem Äther abzuwenden. Störsender sollten den Empfang zumindest innerhalb der eigenen Grenzen erschweren. Länder wie Frankreich, Portugal, Spanien und Polen, die dem Sender Satellitenkanäle zur Verfügung stellten, sahen sich konsequenter türkischer Lobbyarbeit ausgesetzt, diese Unterstützung doch bitte einzustellen. Und am 5. März 1999 befaßten sich sogar die in Dresden tagenden Innenminister der

deutschen Bundesländer mit einem möglichen Verbot des Senders. Doch gegen Med-TV »könne nur auf europäischer Ebene« vorgegangen werden, lautete ihre Erkenntnis.

In den fast vier Jahren seiner Existenz hatte der Sender seine Infrastruktur erheblich ausgebaut. Neben Zentrale und Sendeanlage in London verfügte er über ein Hauptstudio in Brüssel sowie Niederlassungen in Deutschland, Schweden und Rußland. Die Finanzierung des Betriebs war unklar - wie übrigens bei allen Organisationen im Umfeld der PKK. Die Macher behaupteten, sie bekämen Geld für Werbung sowie Spenden von kurdischen Organisationen und ihren zahlreichen Zuschauern in Europa. In staatstragenden türkischen Medien hieß es dagegen, der Sender finanziere sich durch Schutzgelderpressung und Drogenhandel.

Die türkische Regierung bastelte außerdem an einer Alternative zu Med-TV. Im April 1999 ging »Kurdistan-TV« auf Sendung: Betrieben wird dieser Satellitensender im Norden Iraks von der dort herrschenden paramilitärischen Kurdischen Demokratischen Partei (KDP). Die Truppe machte bereits mehrfach gemeinsam mit türkischen Soldaten Jagd auf PKKler. Beraten werden die Fernsehmacher von Ilnur Cevik, dem Chefredakteur der in Ankara produzierten Zeitung »Turkish Daily News« und früheren Berater des türkischen Präsidenten Süleyman Demirel.

Allerdings entstanden auch im Exil neue kurdische TV-Sender: Sofort nach dem Verbot von Med-TV fing in London mit einer von der katholischen Kirche

kontrollierten *Lizenz* das »Kurdish TV« (CTV) mit überwiegend kulturellen Programmen an zu senden, und im August 1999 folgte »Media-TV« mit Sitz in Paris. In einer Pressemitteilung der »Kurdish Media« hieß es in London: »Obwohl es der Türkei gelang, den kurdischen Satelliten-Fernsehsender während der wichtigen Periode der Verhaftung und des Prozesses gegen Öcalan zu schließen, ist sie nun schlußendlich der Verlierer des Kampfes gegen Med-TV. Sie versuchte, den einzigen kurdischen Fernsehsender mundtot zu machen, und nun gibt es drei kurdische Satellitenprogramme, die in der - in der Türkei verbotenen - kurdischen Sprache Sendungen ausstrahlen.«

Thomas Dreger

Kurden in Deutschland

Es gibt wohl kein fremdes Land auf der Welt, dessen Innenpolitik sich so sehr auf deutschem Boden bemerkbar macht wie die Türkei. In Deutschland leben knapp zwei Millionen türkische Migranten, von denen 300 000 bis 400 000 kurdischer Abstammung sind. Die Konflikte, die sich in der Türkei abspielen, finden auch in Deutschland statt, denn - so der Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, Cem Özdemir - »die Menschen, die aus der Türkei hergekommen sind, haben ihre Identität nicht an der Garderobe abgegeben«.

Im Gegenteil: In den vergangenen Jahren hat ihre Suche nach Identität sogar noch zugenommen - auch und gerade unter jugendlichen Migranten, die bereits in Deutschland geboren und aufgewachsen sind.

Bestes Beispiel dafür ist der Kurdenkonflikt. Seit Anfang der neunziger Jahre ist der Krieg zwischen der türkischen Armee und der Kurdischen Arbeiterpartei PKK in Türkisch-Kurdistan zunehmend brutaler geworden und hat vor allem die Zivilbevölkerung in Mitleidenschaft gezogen. Die türkische Armee hat in diesem Zeitraum Tausende Dörfer in der Südosttürkei zerstört und Millionen Menschen obdachlos gemacht.

In Deutschland machte sich diese Entwicklung schnell bemerkbar. »Viele Kurden haben sich durch

die Eskalation des Konflikts überhaupt erst auf ihre Identität besonnen«, sagt Beko Seydam von der Migrantenorganisation KOMKAR in Köln. »Und das hat sie radikalisiert. Nach den Neujahrsfeiern in Cizre im März 1992, als die türkische Armee Dutzende friedliche Demonstranten erschoss, haben sich viele gefragt: Kann dieser Konflikt überhaupt noch gewaltfrei gelöst werden, wenn die Armee nicht einmal davor zurückschreckt, Zivilisten zu töten?«

Bereits 1991 hatte die PKK begonnen, in Europa und vor allem in Deutschland Brandanschläge auf türkische Läden, Gaststätten, Banken und Reisebüros zu verüben. Ihr Ziel war es, auf den Krieg in der Südosttürkei aufmerksam zu machen und die europäischen Regierungen dazu zu zwingen, ihre Politik gegenüber dem NATO-Partner zu ändern.

Nachdem im November 1993 bei einem Brandanschlag auf eine türkische Gaststätte in Wiesbaden ein Türke gestorben war, erklärte das Bundesinnenministerium die PKK zu einer »terroristischen Vereinigung« und verbot sie. Doch seitdem hat sie in Deutschland eher Anhänger hinzugewonnen, und ihre Aktionen sind noch radikaler geworden. So besetzten beispielsweise im März 1994 PKK-Anhänger mehrere Autobahnen, übergössen sich mit Benzin und versuchten, sich anzuzünden.

Der Verfassungsschutzbericht des Bundes für das Jahr 1995 scheint diesen Trend zu bestätigen. Demnach ist die Mitgliederzahl der PKK von 7 500

im Jahr 1994 auf 8 900 im Jahr 1995 gestiegen. Und die Zahl der Brandanschläge hat sich im gleichen Zeitraum auf 188 verdreifacht.

Als PKK-Chef Abdullah Öcalan in einem Interview mit der »Süddeutschen Zeitung« im März 1996 drohte, er werde Selbstmordattentäter nach Deutschland schicken, falls Bonn die Türkei weiter mit Waffen beliefern werde, schien sich zu bestätigen, was viele Politiker schon vorher zu wissen glaubten: daß die PKK eine terroristische Vereinigung sei, die ihre Ziele mit kompromißloser Härte verfolge, mithin ein Dialog mit ihr nicht möglich sei.

Dabei gab es durchaus Kontakte zwischen dem Verfassungsschutz und der PKK, und diese brachten auch Erfolge. So war der Leiter der Auslandsabteilung im Verfassungsschutz, Klaus Grünewald, im August 1995 in den Libanon gereist, um Abdullah Öcalan ins Gewissen zu reden. Denn in den Monaten vorher war es in Deutschland zu einer Serie von Brandanschlägen gekommen, die allem Anschein nach auf das Konto der PKK gingen. Betroffen waren vor allem türkische Reisebüros und Geschäfte, in Mannheim wurde sogar ein Anschlag auf eine Moschee verübt. Seinen Höhepunkt hatte die Gewaltwelle im Juli 1995 erreicht, als der Verfassungsschutz 59 Anschläge registrierte.

In Bonn glaubte man, es sei an der Zeit, härtere Saiten aufzuziehen. In seinem Gespräch mit Öcalan gab Grünewald dem PKK-Chef zu verstehen, daß kurdische Asylbewerber künftig rücksichtslos

abgeschoben würden, sollte die PKK ihre Terrorkampagne fortsetzen. Außerdem, so machte Grünewald dem Guerillaführer klar, verlören die Kurden mit jedem Anschlag ein Stück Sympathie in Deutschland.

Die Lektion zeigte Wirkung. Im August 1995 verzeichnete der Verfassungsschutz noch zehn Brandanschläge in Deutschland, in den Folgemonaten zwei bis drei und im Januar 1996 schließlich keinen einzigen mehr. Öcalan hatte seine Kommandos zurückgezogen.

In Deutschland nahm die Öffentlichkeit den neuen Kurs der PKK kaum wahr. Denn Schlagzeilen macht die PKK immer dann, wenn sie etwas tut und nicht dann, wenn sie etwas nicht tut. So änderte sie beispielsweise auch ihr Verhalten bei Demonstrationen. Zur neuen harten Linie der deutschen Innenpolitik gehörte es nämlich, jede Demonstration zu verbieten, bei der auch nur der leiseste Verdacht bestand, die PKK könnte ihre Finger im Spiel haben. Da das auf so gut wie jede Protestveranstaltung gegen die türkische Kurdenpolitik zutrifft, galt für Kurden in Deutschland seit 1995 quasi ein Demonstrationsverbot.

Udo Steinbach, Leiter des Deutschen Orient-Instituts in Hamburg, wurde in den Wochen vor dem kurdischen Neujahrsfest *Newroz* immer öfter von Kurden angerufen. »Sie sagten immer wieder: >Wenn wir nicht durch Demonstrationen auf unsere Belange aufmerksam machen können, wie dann?< Nach Auffassung vieler Kurden ist Gewalt zwar

bedauerlich, aber offensichtlich die einzige Möglichkeit, um die deutsche Öffentlichkeit auf den Krieg in Kurdistan aufmerksam zu machen«, so Steinbach.

»Genau deswegen genießt die PKK bei der Mehrzahl der Kurden in Deutschland Sympathie: Sie hat durch ihre gewaltsamen Aktionen immer dann auf den Krieg in der Türkei aufmerksam gemacht, wenn die Deutschen ihn wieder zu vergessen schienen«, sagt Süleyman Ergün, der sich als Mitglied der Hamburger SPD für die Belange der Kurden einsetzt. »Außerdem haben die Deutschen den psychologischen Effekt, den Verbote auf die Kurden haben, nicht verstanden. Wir Kurden sind in den Ländern unserer Herkunft nur von Verboten umgeben. Kurdische Flüchtlinge, die nach Europa kommen, haben nichts mehr zu verlieren. Sie sagen: >Was kratzt mich das PKK-Verbot in Deutschland, wenn ich in meiner Heimat mit dem Tode bedroht bin?< Sie haben deswegen eine viel niedrigere Hemmschwelle, wenn es um gewaltsamen Protest geht.«

Trotz verbotener Demonstrationen und der Drohung Öcalans, Selbstmordattentäter nach Deutschland zu schicken (die er wenige Wochen später wieder zurücknahm): Die PKK wird unter den Kurden in Deutschland nicht an Popularität verlieren - trotz aller Versuche, ihren Aktionsradius einzuengen. »Egal, ob man die Gewalt der PKK verurteilt oder nicht, solange der Krieg in Kurdistan weitergeht, solange wird auch die PKK in Deutschland eine Realität sein«, sagt ein junger

Kurde aus Hamburg. »Die deutschen Politiker können davor ihre Augen nicht verschließen. Sie müssen damit umgehen lernen, ob sie es wollen oder nicht.«

Albrecht Metzger

Waffenexporte von Deutschland in die Türkei (1993 bis 1995)

Diverse Nachtsichtgeräte für verschiedene Gewehre

ABC-Schutzausrüstung

RF-4 Phantom (Aufklärungsflugzeuge)

Radar für Phantom-Flugzeuge

MTW M113 (Mannschaftstransportwagen)

Leopard 1A1 (Panzer)

Kriegsschiffe (Tender »Elbe« und »Donau«)

Schuß 20x139-mm-Munition DM10 (für anzerkanonen)

40-mm-Kanonen (für Flak) sowie 14500 Geschosse dafür

Spreng-/Brandmunition DM31 Spreng-/Brandmunition

DM81 Panzerhaubitzen

RPG-18 Panzerfäuste

Bergepanzer M88 Bergepanzer M48

Brückenlegepanzer M48 US-Faltbrücken

Drohnen CL 89 (unbemannter Aufklärungsflugkörper)

Schlauchboote

Krankswagen

Tatra-Tankwagen Minenräumfahrzeuge

Was tun mit der PKK?

Kurzen Prozeß mit ihnen, heißt es. Oder noch besser: gar keinen Prozeß. Ab mit ihnen in die Türkei, heißt es - dann wird ihnen die Lust auf Gewalttaten schon ausgetrieben. Und wenn sie dann in türkischen Gefängnissen totgeprügelt werden? Dann haben die sich das doch selbst zuzuschreiben, heißt es. Die Öffentlichkeit reagiert erregt auf die Gewalttaten der PKK auf deutschen Straßen.

Und diese Erregung ist verständlich: Wer die Bilder von blutigen Polizisten sieht, der darf wütend sein. Indes: Wut und Zorn sind schlechte Ratgeber. Die Regeln des Rechtsstaates sind nämlich gerade für die Zeiten gemacht, in denen man leicht die Beherrschung verliert.

Zu den Essentialia des Rechtsstaats gehört der Artikel 19, Absatz 4 des Grundgesetzes: »Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen.« Dieser Satz gilt für jeden Menschen, auch und erst recht für jeden Kriminellen beziehungsweise für den, der dafür gehalten wird. Und er gilt, selbstredend, auch für Ausländer.

Es gehört zu den »Erfolgen« der PKK, daß man in der gegenwärtigen Erregung auf so selbstverständliche Dinge hinweisen muß. Doch das Selbstverständliche ist nicht mehr selbstverständlich: Die Forderungen nach einer Hau-Ruck-Abschiebung mißachten das zitierte

Grundrecht: Man will auf einen bloßen Verdacht hin abschieben, ohne rechtskräftiges, ja ganz ohne strafgerichtliches Urteil. Und man will abschieben, auch wenn in der Türkei Folter droht. Auf kriminelles Handeln soll der Staat also extralegal reagieren. So werden Grundrechte unter Vorbehalt gestellt: »Gelten nicht für verdächtige Kurden.«

Kein Staat kann es hinnehmen, daß sich ein Flüchtling durch Straftaten den Asylschutz erpreßt. Darauf muß er mit allen Mitteln reagieren, die er zur Verfügung hat: Diese Mittel freilich stehen im Strafgesetzbuch. Für das Strafen ist das Strafrecht zuständig, nicht das Ausländerrecht. Das Reden von den »Gästen«, die das Gastrecht mißbrauchen und deshalb hinausgeworfen werden müssen, ist gefährlich: Viele der mehr als 400000 Kurden in Deutschland leben seit Jahrzehnten hier, ihre Kinder sind hier geboren und aufgewachsen. Gäste? Es sind zum großen Teil Deutsche kurdischer Volks- und kurdischer Staatszugehörigkeit. Deutsche Straftäter werden ins Gefängnis abgeschoben.

Einen anderen Ort der Abschiebung kann es auch für Kurden, die in ihrer deutschen Heimat straffällig geworden sind, nicht geben. Wer Hoffnungen auf Massenabschiebungen weckt, der gibt ausländerfeindlichen Stimmungen einen neuen Schub.

Die kurdischen Gäste und der deutsche Gastgeber - wenn man partout bei diesem Bild bleiben will, dann stellt sich die Frage: Wie hat sich eigentlich der Gastgeber verhalten? Die Bundesrepublik

Deutschland hat Waffen in die Türkei geliefert. Sie hat es zugelassen, daß mit diesen Waffen Dörfer ausradiert und Tausende von Menschen massakriert wurden. Der Gastgeber hat die Augen davor verschlossen, was mit den Familien und Freunden des Gastes geschah. Er hat die Ankündigungen der Militärs nicht hören wollen, das Kurdenproblem blutig zu lösen. Und als dies geschah, hielt sich Deutschland ganz still - um Handel und Wandel mit der Türkei nicht zu stören.

Wo sind die intensiven Bemühungen des deutschen Außenministeriums, die Anstrengungen der Europäischen Union, der Vereinten Nationen und ihrer Menschenrechtskommissionen, um die türkische Regierung zu einer modernen Minderheitenpolitik zu bewegen? Wo sind die Proteste gegen die erneute Verurteilung des Schriftstellers Yasar Kemal? Wo ist die Unterstützung für diejenigen kurdischen Kulturvereine, die keine Gewalt predigen, denen es vielmehr um die Pflege ihrer kulturellen Identität geht? Das Gegenteil geschieht: Sie werden mit den Gewalttätern von der PKK in einen Topf geworfen.

Henbert Prantl

Blauäugige Freunde

Unter den deutschen Sympathisanten der Kurden gibt es ein Differenzierungsproblem. Viele verwechseln die kurdische Sache mit der PKK. Einigen aus der »Soli-Szene«, klagt Cem Özdemir, der innenpolitische Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen, mangle es an kritischer Distanz zur PKK und deren menschenverachtendem Vorgehen.

Nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes wird Öcalans Gefolge seit dem Organisationsverbot 1993 zunehmend von Linksextremisten unterstützt, auch von PDS-Mitgliedern. Die PDS weiß um ihre PKK-Freunde. Hanno Harnisch, Sprecher des Bundesvorstands, meint, mancher Genosse sei wohl »etwas blauäugig«. Der Parteivorstand äußere entschiedene Kritik an den Methoden der PKK.

Selbst in Hilfsorganisationen streitet man sich mittlerweile über den Umgang mit der Kurden-Partei. Tilman Zülch, der Vorsitzende der Gesellschaft für bedrohte Völker, hat erst vor wenigen Monaten medico international und dessen Chef Hans Branscheidt angegriffen, weil er beste Beziehungen zur PKK-Führung halte. Hans Branscheidt lassen die Vorwürfe kalt: »Zülch amüsiert mich.« Er halte zwar das Verbot der PKK für falsch, was aber nicht bedeute, daß er sich mit deren Ideologie identifiziere.

Michael Hoffmann

Durchs deutsche Kurdistan

Die zwei Männer leben in der kleinen Stadt Celle. Sie wohnen schon viele Jahre hier, nicht weit voneinander entfernt. Beide sind Kurden. Ihre Namen dürfen nicht genannt werden, nicht einmal ihr Alter und auch nicht die Orte, an denen sie geboren wurden. Denn das Thema, über das sie sprechen, ist die verbotene Arbeiterpartei Kurdistans, die PKK.

Der eine hat Tränen der Erschütterung in den Augen. Apo Öcalan, der Chef der PKK, der »Gott der Kurden«, wie er ihn nennt, ist in der Hand der Türken: »Sie werden ihn foltern, sie werden ihn töten.« Den ganzen Tag lang hat das türkische Fernsehen den gedemütigten PKK-Führer auf den Bildschirm gebannt. Der Kurde aus Celle ruft: »Wäre ich nur jung und ohne Familie. Tag und Nacht würde ich für die PKK arbeiten. Sie ist der einzige Freund der Kurden. Und sie nimmt nur die Besten von uns. Nur ehrliche, korrekte, vernünftige Leute mit starkem Willen. Denn sie kämpft für hohe Ziele: für Frieden und Menschenrechte, für die Armen und für die Schwachen. Sie tut es aus Liebe zu unserem Land, aus Liebe zu unserem allein gelassenen Volk.«

Bei seinem Landsmann, ein paar Straßen weiter, hält sich das Mitleid mit dem »Psychopathen Öcalan« in Grenzen. Es sei nicht in Ordnung, wie die Türkei mit ihm umgehe, immerhin sei er ein

Mensch - wenn auch ein »instabiler, komplexbeladener und im Grunde schwacher« - und verdiene menschliche Behandlung.

»Und doch bin ich froh, daß Öcalan festgenommen worden ist«, sagt der zweite Kurde, »die PKK wird führerlos sein und sich zersplittern.« Die Zukunft der Partei hänge jetzt davon ab, ob Öcalan sich vor Gericht politisch verteidigen könne und wie er sich dann verhalte. »Bleibt er hart«, sagt der Gewährsmann, »hält er eine flammende Rede auf den Patriotismus und wirft er den Türken öffentlich vor, sie hätten den Kurden den Krieg aufgedrängt, dann ist er ein Märtyrer und die PKK stark wie nie, auch wenn er hingerichtet werden sollte. Knickt er dagegen ein - was ich für wahrscheinlicher halte, denn er ist ein Angsthase - und entschuldigt sich bei den Türken, >es tut mir so leid<, dann werden sich alle von ihm und seiner Partei abwenden.«

Zwei Stimmen in der Kakophonie der 500 000 Kurden in Deutschland. Seit Verschleppung des PKK-Anführers Öcalan in die Türkei ist die weltgrößte kurdische Exilgemeinde in Aufruhr und in Verwirrung geraten. Was gilt und künftig gelten soll, weiß unter Öcalans Gefolgsleuten niemand mehr. Die Kadertruppe steht am Scheideweg: Werden sich Tauben oder Falken durchsetzen? Wird die PKK die Verhaftung ihres »großen Führers« nutzen, um sich von der Terrorgruppe zur politisch agierenden Befreiungsbewegung zu wandeln, wie es die mäßigen Stimmen im

kurdischen Exilsender Med-TV nahelegen? Oder trägt sie, jetzt erst recht, den Terror in die Städte?

Zunächst haben die Radikalen die Straße erobert, aufgeputzt von den demütigenden TV-Bildern ihres Idols. Auf eine Woche militanter Proteste blickt Europa nun zurück, und das Epizentrum der Gewalt ist Deutschland. Das Bundeskriminalamt zählte 26 Brandanschläge auf türkische Vereine, Gaststätten oder Geschäfte, 14 Besetzungen diplomatischer Vertretungen und 14 Aktionen gegen deutsche Einrichtungen, 500 vorläufige Festnahmen, 44 verletzte Polizisten - und drei Tote: junge Kurden, die von israelischen Wachleuten beim Sturm auf Israels Generalkonsulat in Berlin erschossen worden waren.

Die Bundesregierung reagierte streng. »Klare Kante«, sagt Innenminister Otto Schily, wolle er künftig gegenüber Gewalttätern zeigen. Die relativ weiche Linie seines ansonsten eisernen Vorgängers Manfred Kanther ist jetzt perdu. Dessen Regierung hatte auf eine Mischung aus Strafverfolgung und Deeskalation gesetzt. Sogar verhandelt hatte sie mit der verbotenen PKK, um den Frieden in deutschen Städten zu wahren - erfolgreich.

Otto Schily klagt nun, die PKK habe ihre Aktionen konspirativ vor Verfassungsschutz und Polizei abschotten können. Plötzlich will die Politik wissen: Wer ist hierzulande die PKK? Warum wächst die Zahl der Aktivisten jedes Jahr? Wie agieren sie im Untergrund? Und was hilft jetzt, um sie zu kontrollieren?

Wie es der PKK gelingt, sich die Kurden in Deutschland Untertan zu machen, läßt sich in der beschaulichen Provinzstadt Celle gut beobachten. Die 2 600 Kurden bilden hier eine abgeschottete Gesellschaft. Fast alle sind Jesiden, Anhänger einer uralten monotheistischen Religion, in die niemand hinein- und aus der niemand herausheiraten darf. Sie leben in einer für Deutsche unübersichtlichen Gesellschaftsordnung mit einem dichten Geflecht von Onkeln, Tanten und Paten. Fast kein Deutscher in Celle hat Beziehungen in diese Gemeinde.

Die PKK hat Celle in aller Stille unterwandert, der Fußballverein SV Diele ist in ihrer Hand, und der Deutsch-Kurdische Freundschaftsverein gilt als Tarnorganisation der PKK. Bei jeder größeren Feier, sei es eine Hochzeit oder ein Begräbnis, liegen Tücher der PKK ausgebreitet da, und es wird sehr genau darauf geachtet, wer Geld daraufwirft und wieviel. Wer nichts spendet, wird angesprochen: »Warum hast du nichts gegeben? Suchst du den Konflikt mit uns?« Fast alle zahlen. Denn jeder weiß, wer sich der PKK entzieht, über dem kippen die Genossen auf der nächsten Beerdigung laute Schmähungen aus: »Da kommt ein Verräter! Schämst du dich nicht?« Oder sie besuchen ihn nachts.

Die Kurden in Celle sind sehr einfache Leute, die meisten können weder lesen noch schreiben, man kann sie leicht unter Druck setzen. Ein PKKler hat nicht viel zu verlieren, die anderen Kurden haben jedoch eine Ehre und eine Familie zu verteidigen.

Man muß sich gut überlegen, ob man sich mit der PKK anlegt.

Wer die PKK unterstützt, gilt als Patriot; wer es nicht tut, gilt als Feind. Dieser totalitären PKK-Logik hat sich die kurdische Gemeinde in Celle unterzuordnen. Um in Ruhe leben zu können, kommt es häufig vor, daß ein Kind - quasi als Menschenopfer - in die PKK geschickt wird, damit die Familie als Ganzes verschont bleibt. Wohl auch deswegen gilt Celle als Hochburg der PKK. Die Kurden sagen, Celle habe etwa 50 militante PKKler und an die 300 Mitläufer.

Immer wieder verschwinden Jugendliche aus der Stadt - 1998 waren es fünf kurdische Mädchen-, die in Erziehungslagern die PKK-Ideologie eingetrichtert bekommen und dann, so wird vermutet, im Freiheitskampf um Kurdistan verheizt werden. »Diese Kinder gingen«, glaubt einer der Kurden, »weil sozialer Druck auf ihnen lastete. Sie leben von der Sozialhilfe, versagen in der Schule, und dann heißt es plötzlich: Du wirst ein Held in der Türkei. Sie kommen nach Syrien und von da in den Kampf. Die meisten überleben kein Jahr.« Die Angehörigen der Kinder trauern aus Angst nur im geheimen. Kaum einer traut sich, zur Kripo zu gehen.

Die jungen Kurden, die heute freiwillig in die PKK eintreten, täten das, sagen die Gewährsleute aus Celle, weil sie Probleme mit sich selbst und ihrer Umgebung hätten und nirgendwo integriert seien. Vor allem für Desperados sei die PKK attraktiv. »Wer dagegen ein gesundes soziales

Umfeld hat und ein paar Freunde, hat weder Zeit noch Lust, Brandbomben zu werfen.« In der PKK finde eher der »devote Typ« eine Heimat, sagt eine anonyme Frau. Es seien oft schwache Menschen, die sich nicht wehren könnten und nur im Traum vom Märtyrerdasein noch einen Ausweg sähen. Diese ängstlichen Charaktere hätten auch voreinander Angst. »Einer kontrolliert den anderen«, sagt jemand, »und der nächste kontrolliert die Kontrolleure.«

»Wenn es in der Türkei zu einem regelrechten Bürgerkrieg zwischen Türken und Kurden kommt, dann kann sich das auch auf deutschem Boden fortsetzen«, glaubt Sertak Bucak. Er ist Gründungsmitglied des Internationalen Vereins für Menschenrechte in Kurdistan, einer Prominenten-Lobby, die 1991 in Bonn unter dem Eindruck der Flüchtlingskatastrophe im Nordirak gegründet worden war.

Damals hoffte Bucak, der 1983 von der Türkei wegen »staatsfeindlicher Aktivitäten« ausgebürgert worden war, noch auf eine kohärente Kurdenpolitik der Europäischen Union. Inzwischen ist er nüchterner geworden. »Öcalan vor ein internationales Tribunal zu stellen war die große Chance der EU«, sagt er. Er selbst hatte den PKK-Führer im Dezember in Rom aufgesucht, wo der nervös beteuerte, sich einem internationalen Gericht stellen zu wollen.

Bis zur Verschleppung Öcalans hatte sich die Politik gegenüber dem deutschen Arm der PKK pragmatisch verhalten. Das Kurdistanproblem

wollte und konnte die Bundesregierung nie lösen. Es ging ihr allein um eins: den Frieden auf deutschen Straßen zu wahren.

Parteiübergreifend galt die flexible Linie als deeskalierend, ja friedensstiftend. Allerdings hatte sie einen Preis. Die Strukturen der PKK blieben unangetastet. Und nach innen, so stellte der niedersächsische Verfassungsschutz fest, ging die Gewalt weiter. Was innerhalb der kurdischen Kader geschah, beachteten die deutschen Ermittler kaum. Wer es versuchte, scheiterte. Das mußte auch die Bielefelder Polizei lernen, die der Organisation zu Leibe rückte wie kaum eine andere Dienststelle in Deutschland.

Die PKK-Leute, die im Januar 1996 ins Bielefelder Krankenhaus eilten, wollten keine Genesungswünsche überbringen. Ihr Auftrag lautete: Macht Bayram K. klar, daß er nicht zur Polizei gehen soll. Das wäre nicht gut für ihn und auch nicht für seine Frau und die kleinen Kinder. Wenige Tage zuvor war der 34jährige Kurde in Bielefeld auf offener Straße von mehreren Männern mit Eisenstangen übel zugerichtet worden. Jetzt wollten die Täter ihr Opfer zum Schweigen verpflichten.

Doch in seiner Not ging Bayram K. trotzdem zur Polizei, erzählte dort von dem Besuch im Krankenhaus, von Erpressungsversuchen und Schutzgeldzahlungen. Die Polizei stand vor einem Dilemma. Zwar wußten die Beamten des Staatsschutzes seit langem, daß Spendeneintreiber und Schutzgelderpresser der PKK auch in Bielefeld

unterwegs waren - aber nie war ein Opfer zur Aussage bereit. Und mit den bescheidenen polizeilichen Mitteln allein war dem konspirativ operierenden Kraken PKK nicht beizukommen.

Da mußte schon stärkeres Polizeigeschütz aufgefahren werden: Im Juli 1996 wurde die Ermittlungskommission Türkischer Extremismus gegründet, kurz EK TEX. Bis zu ihrer Auflösung im August 1998 waren bis zu zehn Beamte der PKK auf der Spur. Das Vorhaben - die Kommandostruktur der Partei knacken und ihre regionale Führungsriege hinter Gitter bringen - war ebenso einmalig wie der Aufwand: 13 500 Telefonate wurden abgehört, mehr als 500 Ermittlungsverfahren eingeleitet, 280 Personen vorläufig festgenommen, 110 Wohnungen und Geschäftsräume durchsucht.

Doch so viele Informationen die Polizisten auch sammelten: Ihr wichtigstes Ziel, den örtlichen PKK-Sumpf trockenzulegen, hat die EK TEX verfehlt. »Der Nachweis der PKK als kriminelle Vereinigung in Ostwestfalen-Lippe gelang nicht«, heißt es im Abschlußbericht. Den PKK-Führungskadern war nicht nachzuweisen, daß sie systematisch erpressen und Gewalt anwenden.

Wenn nicht einmal akribischer Ermittlungsaufwand wie in Bielefeld zur Überführung von PKK-Kriminellen führt, was soll dann noch helfen? Innenminister Schily hat seine Antwort gegeben: die harte Hand des Staates. Die soll frühzeitiger zulangen als bisher. Die Linie der früheren Bundesregierung, diese Mischung aus

dulden und unterbinden, verhandeln und bestrafen, »die gilt ab sofort nicht mehr«, verkündet Schilys Staatssekretär Claus Henning Schaper.

Im Detail erweisen sich Schilys Vorschläge als problematisch. Militante PKK-Kämpfer will er in die Türkei abschieben, obwohl dort gefoltert wird. Jahrelang galt die Gefahr der Folter als Abschiebehindernis. Schily will nun eine Idee seines Vorgängers aufgreifen. Der hatte sich 1995 von seinen türkischen Amtskollegen schriftlich bestätigen lassen, daß abgeschobene Kurden »eine rechtsstaatliche Behandlung zuteil« wird.

Dieses Verfahren »hat funktioniert«, wie das Innenministerium plötzlich feststellt. Damals ging es um 250 PKK-Kämpfer. In 220 Fällen hätten die Türken zugesichert, den Abgeschobenen werde nichts geschehen. Aber nur 30 seien tatsächlich abgeschoben worden. Diese Zahl will das Innenministerium nun erhöhen und hat bereits beim türkischen Botschafter in Bonn angefragt. Der zeigte sich hoch erfreut.

*Andrea Böhm, Thomas Kleine-Brockhoff,
Andreas Molitor, Sabine Rückert und
Johannes Schweikle*

Bonn für EU-Beitritt der Türkei

Die Bundesregierung verstärkt ihre Bemühungen, die Türkei in den Kreis der Beitrittskandidaten zur Europäischen Union aufzunehmen. Bis zum nächsten regulären EU-Gipfel im Dezember 1999 in Helsinki will Außenminister Joschka Fischer (Grüne) die Widerstände mehrerer EU-Partner gegen die Aufnahme der Türkei überwinden.

Günter Verheugen, der damalige Staatsminister im Auswärtigen Amt, äußerte sich zuversichtlich, daß die Türkei noch in Helsinki den Status eines Beitrittskandidaten erhält. »Wir sind noch nie so weit gewesen wie zur Zeit«, sagte er bei einer Podiumsdiskussion in Essen. Fischer will nach Griechenland reisen, um mit der dortigen Regierung zu sprechen. Griechenland ist einer der wichtigsten Gegner einer EU-Integration der Türkei.

Die Bundesregierung erhofft sich nach Angaben von Diplomaten von ihrem Einsatz für die Belange der Türkei verbesserte Möglichkeiten, die Hinrichtung von PKK-Führer Abdullah Öcalan zu verhindern. Verheugen erklärte den Verzicht der Türkei auf die Vollstreckung der Todesstrafe als Voraussetzung dafür, daß das Land in den Kreis der Beitrittskandidaten aufgenommen werden könne.

Ralf Beste

Adressen

medico international

Obermainanlage 7, 60314 Frankfurt/Main

Informationsstelle Kurdistan e.V. Maxstraße 50, 53111
Bonn

Netzwerk Friedenskooperative Römerstraße 88, 53111
Bonn

Internationaler Verein für Menschenrechte in
Kurdistan-IMK e.V. Postfach 200 738, 53137 Bonn

KOMKAR,

Bundesverband der Vereine aus Kurdistan e.V.
Bunsenstraße 7, 51145 Köln

»Kurdistan heute«/Redaktion Dorotheenstraße 49,
53111 Bonn

HEYVA SOR A KURDISTANE e.V.

(Kurdischer Roter Halbmond)

In der Stehle 26, 53547 Kasbach-Ohlenberg

Gesellschaft für bedrohte Völker Postfach 2024, 37010
Göttingen

Tips zum Weiterlesen

- Martin van Bruinessen, Agha, Scheich und Staat - Politik und Gesellschaft Kurdistans, Berlin * 1989
- Gérard Chaliand, Kurdistan und die Kurden, Gesellschaft für bedrohte Völker, Reihe Pogrom, Band 1, Göttingen 1988
- Karin Leukefeld, »Solange noch ein Weg ist - Die Kurden zwischen Verfolgung und Widerstand, Verlag Die Werkstatt, Göttingen 1996
- Ismat Charif Vanly, Kurdistan und die Kurden, Gesellschaft für bedrohte Völker, Reihe Pogrom, Band 2 und 3, Göttingen 1986 und 1988
- Andreas Berger/Rudi Friedrich/Kathrin Schneider, Der Krieg in Türkei-Kurdistan, Göttingen 1998
- Namo Aziz, Kurdistan und die Probleme um Öcalan, München 1999
- Selahattin Celik, Die Todesmaschinerie Türkische Konterguerilla, Köln 1999
- Inamo (Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten), »Kurdistan-Türkei: Verhängnisvoller Sieg - verpaßte Chance«, Nr. 18, Jg. 5, Sommer 1999

Quellenverzeichnis

- S. 7 Textauszug aus: Die Zeit, 13.10.1995
- S. 13 Quelle: Karin Leukefeld, »Solange noch ein Weg ist«- Die Kurden zwischen Verfolgung und Widerstand, Verlag Die Werkstatt, Göttingen 1996
- S. 16 Quellen: Fischer Welt-Almanach 1996, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt 1995; Luchterhand Flugschrift 2, Völkermord an den Kurden, Sammlung Luchterhand, Frankfurt 1991
- S. 18 Quelle: FAZ-Magazin, 1.10.1993
- S. 29 Quelle: Kampagne »Produzieren für das Leben - Rüstungsexporte stoppen«, Idstein, März 1996
- S. 34 Quelle: FAZ-Magazin, 1.10.1993
- S. 36 Abbildung aus: Globus - Illustrierte Zeitschrift für Länderund Völkerkunde, Band **XXX**, Nr. 21, Braunschweig 1876
- S. 37 Textauszug aus: Haydarlsik, Der Agha von Dersim, AI Verlag, München 1994, S. 119-121 und S. 128-130
- S. 42 Karin Adelman, Minderheiten und Menschenrechte in der Türkei, epd-Dokumentation Nr. 44/45, 23. Oktober 1995, 8.35
- S.43 Quelle: taz, 17.1.1992
- S. 49 Quelle: Frankfurter Rundschau, 11.4.1991
- S.55 Quelle: The Economist, 10.8.1996-Übersetzung: Albrecht Metzger
- S. 63 Quelle: Frankfurter Allgemeine, 13. Februar 1995 S. 67 Quelle: Neue Zürcher Zeitung, 3.6.1999
- S. 71 Quelle: Gesellschaft für bedrohte Völker, April 1999, <http://www.gfbv.de/voelker/nahost/syrien.htm>
- S. 75 Quelle: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 12.8.1994 - Copyright: DS - Das Sonntagsblatt, Hamburg
- S. 81 Quelle: Süddeutsche Zeitung, 30./31.3.1996 S. 85 ebenda
- S. 88 Quelle: Antimilitaristies Onderzoekskollektief (AMOK), Türkei-Connection, Wie die Türkei international aufgerüstet wird, Komzi Verlag, Idstein 1996, S. 20/21
- S. 89 Textauszug aus: INAMO, Heft 18, Sommer 1999
- S. 99 Quelle: Süddeutsche Zeitung, 2.3.1999
- S. 107 Quelle: Süddeutsche Zeitung, 29.6.1999
- S. 111 Quelle: taz, 30.3.1999 (ergänzt und aktualisiert)
- S. 115 Textauszug aus: der überblick, Juni 1996

- S. 120 Quelle: Kampagne »Produzieren für das Leben -Rüstungsexporte stoppen«, Idstein, März 1996
- S. 121 Quelle: Süddeutsche Zeitung, 22.3.1996
- S. 124 Quelle: Die Zeit, Nr. 9/1999
- S. 125 ebenda
- S. 133 Quelle: Berliner Zeitung, 9.7.1999

Über den Redakteur

Albrecht Metzger ist Orientalist und lebt als freier Journalist in Hamburg.

Süd-Nord

herausgegeben von Ekkehard Launer

Süd-Nord: Eine Buchreihe, die das komplizierte Verhältnis zwischen »Dritter Welt« und Industrienationen anhand konkreter Beispiele aufgreift, verständliche Hintergrundinformationen liefert, Zusammenhänge deutlich macht, Anregungen gibt, wie jede/r sich weiter informieren und engagieren kann.

Süd-Nord: Das gibt die Richtung an! Wir müssen die Umstände kennenlernen, die Armut, Hunger, Unterdrückung und Ausbeutung verursachen. Das Augenmerk liegt auf ungerechten Strukturen, von denen wir, die Bewohner des Nordens, profitieren.

Süd-Nord: Das sind keine wissenschaftlichen Studien, die durchgearbeitet werden müssen, sondern einführende Lesebücher, die keinerlei Vorkenntnisse voraussetzen.

Zu folgenden Themen sind bisher »Zum Beispiel«-Bände erschienen: Afrikanische Literatur, Altkleider, Amazonas, Atomwaffen, Autos, Babies, Bananen, Baumwolle, Bevölkerungspolitik, Blumen, Blut, China, Cocain, Dienstmädchen, Elefanten, Entwicklungshelfer, Entwicklungsprojekte, Fairer Handel, Fische, Flüchtlinge, Frauenalltag, Frauenprojekte, Fußball, Gesundheit, Gewürze, Giftmüll, Gold, Holz, Honig, Hunger, Internet, Islam im Alltag, IWF & Weltbank, Kaffee, Kakao, Ken Saro-Wiwa, Kinder im Krieg, Kinderalltag, Kinderarbeit, Korruption, Kurden, Landminen, Männerwelten, Mais, McDonald's, Menschenrechte, Mosambik, Nahrungsmittelhilfe, Osttimor, Palästina, Patenschaften, Pestizide, Regenwald, Reis, Rindfleisch, Rohstoffe, Saatgut, Schule, Selbsthilfe, Sextourismus, Sklaverei, Slums, Soja, Staudämme, Südafrika, Sudan, Tabak, Tee, Tellerwäscher, Textilien, Tourismus, Umweltschutz, Umweltzerstörung, Ureinwohner, Verschuldung, Wasser, Welthandel, Wüste und Zucker.

Nähere Informationen über die Reihe sind kostenlos erhältlich bei: Lamuv Verlag, Postfach 26 05, D-37016 Göttingen

Saddam Hussein ist mit Giftgas gegen sie vorgegangen. Die türkische Regierung hat über ihr Gebiet den Ausnahmezustand verhängt und schickt ihre auch mit deutschen Waffen ausgerüstete Armee zu "Säuberungsaktionen". Die rund 20 Millionen Kurden werden seit Jahrzehnten unterdrückt.

Sie leben in der Türkei, in Syrien, im Irak und im Iran. Als politisch selbständiges Gebiet hat es "Kurdistan" nie gegeben. Bis vor kurzem war die kurdische Sprache in der Türkei verboten; offiziell galten Kurden als "Bergtürken". Wer sich für ihre Rechte einsetzt, lebt noch heute gefährlich.

Kurdischer Widerstand: Das ist nicht nur die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), die vom Bundesinnenministerium als gefährliche Terroristische Organisation eingeschätzt und deshalb verboten wurde.

"Vermittelt wird Sympathie für ein Volk zwischen allen Stühlen..." (Heiko Wimmen in: der überblick)

Albrecht Metzger ist Orientalist und lebt als freier Journalist in Hamburg